

# aktuelle analysen | 76



Hanns  
Seidel  
Stiftung

## Rechtes Land? Demokratie stärken

Silke Franke (Hrsg.)

Silke Franke (Hrsg.)

---

# Rechtes Land? Demokratie stärken

---

# Inhalt

<b>Rechtes Land? Demokratie stärken</b> .....	6
Einführung	
■ Silke Franke	

<b>Demokratie ist eine Aufgabe</b> .....	12
... aber auch eine Gabe	
■ Ilse Aigner	

## SCHATTIERUNGEN „VON RECHTS“

<b>Wann greift der Staat ein?</b> .....	18
Die Aufgaben des Verfassungsschutzes	
■ Judith Faessler	

<b>Bedrohungslage von Kommunalpolitikern</b> .....	32
Wie soziale Medien die politische Kommunikation verändert haben	
■ Hans-Peter Mayer	

<b>Von der Erzählung vom „abgehängten ländlichen Raum“</b> .....	40
Was uns ein Blick auf Strukturdaten verrät	
■ Larissa Deppisch / Andreas Klärner / Patrick Küpper / ■ Stefan Neumeier / Torsten Osigus	

---

<b>Die Jugend will mehr beteiligt werden!</b> .....	52
Ergebnisse und Folgen der KLJB-Studie	
■ Heiko Tammena	
<b>Die Rechtsrockszene als Motor rechter Jugendkultur</b> .....	60
Musik als Ausdruck der Gesinnung	
■ Jan Nowak	
<b>Völkische Siedler und braune Ideologie</b> .....	66
Die netten Nachbarn	
■ Daniel Geschke	
<b>Braune Ökologie – Naturschutz von rechts außen</b> .....	74
Der Wald, ein Mythos	
■ Nils Franke	
<b>Heimatschutz – Heimatpopulismus</b> .....	82
Ein Begriff wird missbraucht	
■ Nils Franke	

---

## HALTUNG ZEIGEN, DEMOKRATIE STÄRKEN: ANLAUFSTELLEN FÜR BERATUNG UND VERNETZUNG

<b>Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus</b> .....	90
Individuelle Beratung und Hilfe für Betroffene ■ Daniela Marckmann	
<b>Die Arbeit des Beratungsnetzwerkes Bayern</b> .....	98
Gegen Rechtsextremismus: Beratung, Information und Vernetzung ■ Nicola Hieke	
<b>Demokratie braucht Engagement</b> .....	104
Erfahrungen aus der Arbeit eines Mobilen Beratungsteams ■ Christopher Vogel	
<b>Ein Kreuz ohne Haken</b> .....	112
Katholisches Bildungszentrum für Demokratie ■ Martin Stammler	
<b>Das Bayerische Bündnis für Toleranz</b> .....	118
Ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus ■ Martin Becher	
<b>Engagement belebt das Land</b> .....	124
Gemeinsam mehr erreichen ■ Elisabeth Schönrock	

---

## FÜR EINE STREITKULTUR

**Demokratische Streitkultur lernen** ..... 134  
Beteiligung und Kommunikation neu denken  
■ Christian Boeser-Schnebel / Florian Wenzel

**Dem Rechtspopulismus widerstehen** ..... 142  
Kann man mit „Rechten“ reden?  
■ Ina Schildbach

**Vorgehensweisen gegen Rechts** ..... 148  
Handlungsempfehlungen  
■ Silke Franke



**Silke Franke**

ist Referentin für Umwelt und Energie, Städte, Ländlicher Raum  
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,  
Hanns-Seidel-Stiftung München.

/// Einführung

# Rechtes Land? Demokratie stärken

**Demokratie ist ein hohes Gut. Sie steht für den Schutz der Menschenwürde und der Meinungsfreiheit. Sie ermöglicht uns eine Vielfalt an Ideen, Lebensentwürfen und Standpunkten, an Formen der Mitgestaltung und Mitverantwortung.**

Mittlerweile ist allerorten zu verspüren, dass sich im gesellschaftlichen Umgang miteinander eine gewisse Enthemmung, Respektlosigkeit und Verrohung zu verbreiten scheint. Schaulustige an Unfallstellen werden zunehmend zu einem Problem. Sanitäter werden bei ihrer Arbeit behindert oder gar angegriffen. Polizisten, Lehrer und Bürgermeister werden beleidigt und bedroht. Aussagen von Wissenschaftlern und Politikern werden manipuliert, Kompromisse, die nach demokratischen Entscheidungsprozessen geschlossen wurden, werden in Frage gestellt, ja sogar das ganze „System“.

Droht uns eine Spaltung der Gesellschaft? Besonders ins Auge fällt dabei die Stimmung, die von rechten Strömungen verbreitet wird, die Vorbehalte und Ängste, die dabei geschürt werden. Schleichend, indem Themen mit rechten Ideologien unterwandert werden, etwa bei der national überhöhten Auslegung von Begriffen wie Heimat- und Naturschutz oder durch intolerante, diskriminierende Familien- und Gesellschaftsbilder. Unverhohlen über radikale Parolen, die Fremdenfeindlichkeit verbreiten und mit Kampfgriffen arbeiten. Und bedauerlicherweise auch in ihrer hässlichsten Gestalt, in rechtsextremen Terroranschlägen.

**Im gesellschaftlichen  
Miteinander macht sich  
Respektlosigkeit breit.**

„Hass und Hetze in der Gesellschaft nehmen zu“, lautete tatsächlich die beängstigende Diagnose bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Bayern 2019, wobei festzustellen ist, dass die digitalen Massenmedien erheblich dazu beitragen. Als politische Stiftung, die ihren Auftrag und ihre Arbeit mit dem Motto „im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ überschreibt, ist dies umso mehr Anlass, uns mit diesen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen, sie zu analysieren, Zusammenhänge deutlich zu machen und Orientierung zu geben. Das Verständnis für Demokratie muss immer wieder neu vermittelt werden und auch die Erkenntnis, dass sie nicht selbstverständlich ist.

### Es gibt unterschiedlichste Erscheinungsformen rechter Unterwanderung.

Die vorliegende Publikation basiert auf einer Fachtagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen im Herbst 2019. Die eingeladenen Experten skizzierten aus ihrem Forschungs- und Arbeitsalltag, welche Erscheinungsformen rechte Unterwanderungen haben können und welche Ansätze es gibt, Demokratie zu stärken. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den ländlichen Räumen. Wir freuen uns, dass wir mit dem Heft die Inhalte nun auch einem breiteren Publikum zur Verfügung stellen können.

Für Landtagspräsidentin **Ilse Aigner** ist die leidenschaftliche Debatte ein Wesensmerkmal demokratischer Kultur. Nicht tatenlos hinnehmen will sie, wenn populistische Wortführer auf eine Polarisierung der Gesellschaft hinarbeiten und das politische System in Frage stellen. Ihr Apell daher: Die Sorgen der Menschen ernst nehmen und an der politischen Lösung von Problemen arbeiten. Entgleisungen von Populisten und Radikalen hingegen nicht dulden, sondern ihnen mit klaren Standpunkten entgegenzutreten.

Ab wann greift der Staat ein? Diese Frage beantwortet **Judith Faessler** vom Landesamt für Verfassungsschutz und blickt zunächst in die Nachkriegszeit zurück: Nie wieder sollte eine Demokratie so wehrlos reagieren, wie dies bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 geschah. Feinde einer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ wollte man künftig entschlossen entgegentreten. Allerdings, so stellt sie richtig, ist der Verfassungsschutz „keine moralische Instanz, die die Bürger in gute oder schlechte Demokraten einteilt“. Auch wenn dies gelegentlich gefordert wird, könne niemand für seine bloße Gesinnung bestraft werden, wohl aber für Taten. Zwischen Populismus (eher mündliches Propagieren) und Extremismus (zielgerichtete Handlungen) gibt es einen Unterschied, doch auch graduelle Übergänge. Die Expertin erläutert, auf welche Merkmale es ankommt.

**Hans-Peter Mayer** vom Bayerischen Gemeindetag schildert, wie Kommunalpolitiker tatsächlich zunehmend mit Beschimpfungen oder sogar Bedrohungen konfrontiert werden. Seine Vermutung: Sie sind die vor Ort bekannten und angreifbaren Vertreter des „Systems“ und werden für jene Personen

zur Zielscheibe, in denen sich eine allgemeine Unzufriedenheit aufgestaut hat. Mayer plädiert daher, der Kommunalpolitik allgemein wieder mehr Wertschätzung entgegenzubringen, aber, wo nötig, zum Schutz der Mandats-träger auch eine wirksame Strafverfolgung.

Wahlerfolge der AfD werden immer wieder dadurch erklärt, dass sich Menschen in ländlichen Räumen „abgehängt“ fühlen. Doch lässt sich die These auch halten? **Andreas Klärner** und weitere Experten vom Thünen-Institut für Ländliche Räume stellen in ihrem Beitrag gängige Annahmen auf den Prüfstand. Anhand von Strukturdaten zeigen sie auf, dass vereinfachte Bilder und Erklärungsmuster oft nur wenig zutreffen und pauschale Urteile relativiert werden müssen.

Oft sind es gerade die Jugendlichen, die in die Städte abwandern. Um junge Erwachsene zur Rückkehr zu bewegen, weisen Gemeinden günstiges Bauland aus und sorgen sich um Kinderbetreuungseinrichtungen. Gibt es aber auch „weiche“ Faktoren, die aus Sicht der Jugend wichtig wären? Dies wurde in einer Studie der Katholischen Landjugend Bayern (KLJB) untersucht. Für **Heiko Tammerna** ist eines der wichtigsten Ergebnisse, dass die Jugendlichen gerne in ihrer Heimatregion leben und dort die sozialen Beziehungen sehr schätzen, sich aber tatsächlich mehr Teilhabe und Mitbestimmung wünschen. Eine Vertrauenskrise zwischen Jugend und Politik wäre fatal, eine „demokratische Jugendpolitik“ auf Gemeindeebene könnte hier eine wirksame Maßnahme sein.

Die organisierte Rechtsrockszene ist insbesondere im ländlichen Raum verankert. Sie verherrlicht den Nationalsozialismus, propagiert rassistische und antisemitische Gewalt – und vermag es gut, gerade Jugendliche anzusprechen. Die Betonung von Gemeinsinn und das – durchaus lukrative Geschäft – mit identitätsstiftenden Angeboten (z. B. Kleidung) tragen dazu bei, wie **Jan Nowak** von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern schildert. Bislang wurde der Grad an Organisierung und Ideologisierung meist unterschätzt, doch die kritische Auseinandersetzung mit Neonazi-strukturen vor Ort wächst.

**Daniel Geschke** forscht am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. In seinem Beitrag beleuchtet der promovierte Psychologe das Phänomen der so genannten „Völkischen Siedler“. Diese finden in peripheren ländlichen Regionen preisgünstig Rückzugsorte. Auf den ersten Blick wirken sie oft wie freundliche, engagierte Nachbarn, die nach einem traditionellen, naturverbundenen und selbstbestimmten Leben auf dem Land streben, während sich ihre ideologische Weltanschauung erst auf den zweiten Blick offenbart, so Geschke.

Das Denken des Rechtsextremismus baut nach wie vor stark auf dem des Nationalsozialismus auf, wie **Nils Franke** in seinen beiden Beiträgen zu den Beispielen Umweltschutz und Heimatschutz aufzeigt. Ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung ist demnach die „Blut und Boden“-Ideologie, die eine Überlegenheit des „arischen Volkes“ aus seiner Herkunft und Verbundenheit mit den „nordischen“ Landschaften begründet. Da der Heimatbegriff sich dadurch leicht ideologisch vereinnahmen lässt, ist es ihm wichtig, dem bewusst einen „demokratischen Heimatbegriff“ entgegenzusetzen.

Mittlerweile gibt es zahlreiche Anlaufstellen für Menschen, die Opfer von Bedrohungen geworden sind, gegen Extremismus aktiv werden wollen bzw. sich in Projekten zur Demokratieförderung engagieren wollen. In einem eigenen Abschnitt stellen Mitarbeiter verschiedener Einrichtungen die Schwerpunkte und Erfahrungen in ihrer Arbeit dar:

- BIGE – Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus. Die Einrichtung der Bayerischen Staatsregierung unterstützt bayernweit kostenfrei Kommunalverwaltungen, Landesbehörden, Schulen, Verbände, Vereine sowie Unternehmen. Der Schwerpunkt liegt in der Prävention, mit angesiedelt ist jedoch auch das Bayerische Aussteigerprogramm für Extremisten ([www.bige.bayern.de](http://www.bige.bayern.de)).
- „Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus“(LKS). Hier handelt es sich um eine Einrichtung des Bayerischen Jugendrings, die sich um die Information und Vernetzung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure kümmert. Ziel ist der Aufbau niederschwelliger Beratungsangebote in der Fläche, die Einzelpersonen, Verbände, Schulen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Kommunen, Firmen und Bürgerbündnisse unterstützt, die sich mit Rechtsextremismus konfrontiert sehen bzw. sich dagegen engagieren wollen. Das „Beratungsnetzwerk Bayern“ besteht aus drei dezentralen Fachstellen und wird von der LKS koordiniert. Die Beratung selbst ist kostenlos und erfolgt bei Bedarf aufsuchend vor Ort („Mobile Beratung“), deckt daher auch ländliche Regionen ab ([www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)).
- Ähnliche Formen der „Mobilen Beratung“ gibt es auch deutschlandweit, sie sind vernetzt und tauschen sich aus. Das erste Mobile Beratungsteam in Westdeutschland entstand in Hessen – Christopher Vogel zieht in einem weiteren Beitrag ein Zwischenfazit und berichtet von einem aktuellen Modellprojekt zur Aktivierung gesellschaftlichen Engagements in der Gemeinde.

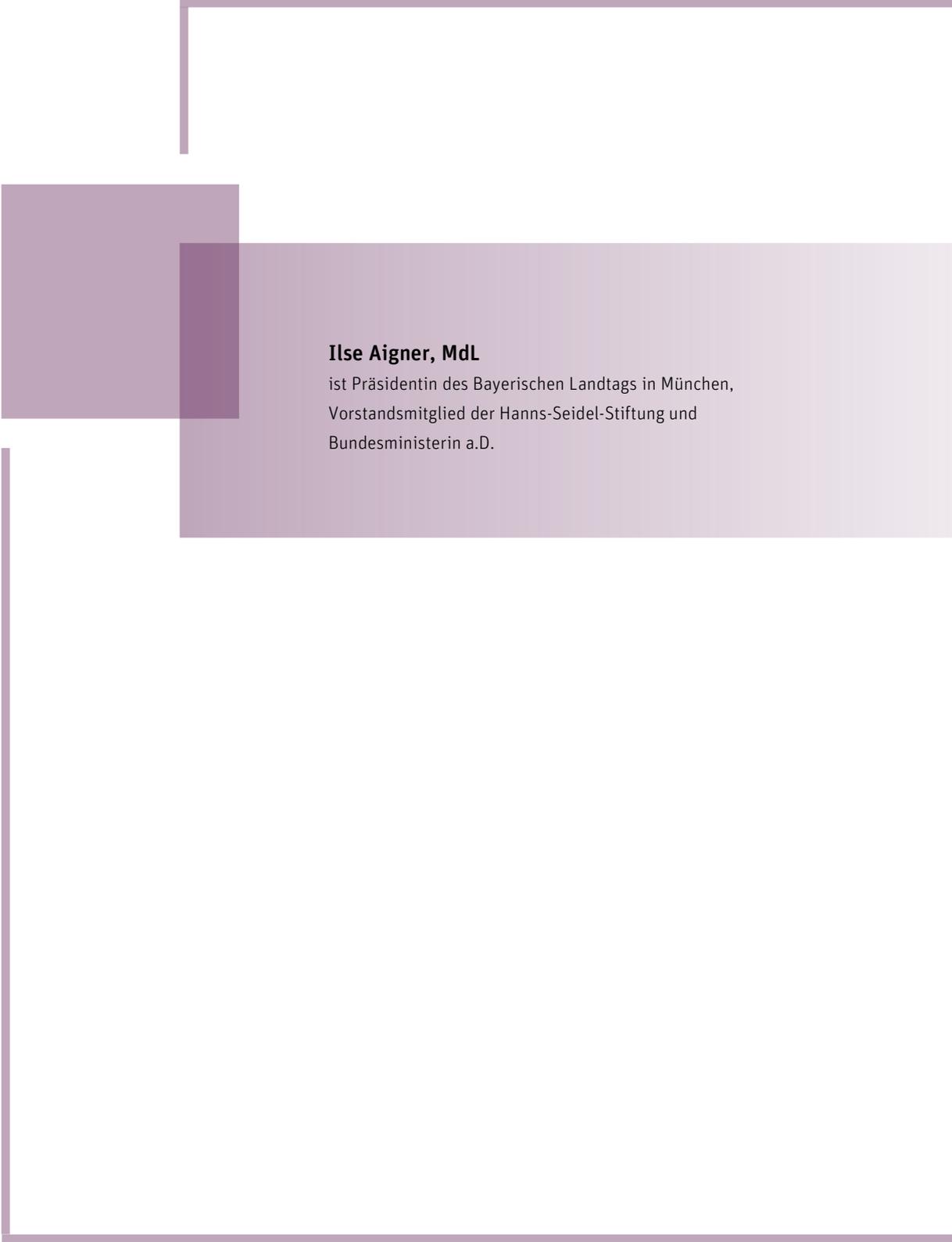
- Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche Bayern mit Standorten in Freising und in Nürnberg. Der Schwerpunkt liegt in der Fortbildung von Haupt- und Ehrenamtlichen in Kirchen- und Verbandsstrukturen sowie von Lehrkräften an Schulen. Ziel ist, Menschen zu ermutigen und zu befähigen, klar Stellung zu beziehen ([www.kdm-bayern.de](http://www.kdm-bayern.de)).
- Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde mit der Geschäftsstelle im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad. Das Bündnis ist ein bayernweites Netzwerk aus Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Staat und Kommunen, die sich gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus einsetzen wollen und Aktionen starten (<https://www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/>).
- „Arbeitsbereich Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ des Bundesnetzwerks für Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Hier handelt es sich nicht um eine eigene Einrichtung, aber ein systematisch angegangenes Projekt. Durch die zielorientierte Zusammenarbeit von verschiedenen etablierten, bislang aber nebeneinander arbeitenden Plattformen wurden völlig neue strukturelle Anknüpfungspunkte und Förderinstrumente erschlossen (<https://www.b-b-e.de/projekte/demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum/>).

Der letzte Abschnitt der vorliegenden Publikation regt mit praktischen Beispielen dazu an, ein zentrales Element der Demokratie zu stärken: die Streitkultur! Die Politikwissenschaftler **Christian Boeser-Schnebel** und **Florian Wenzel** setzen sich in zahlreichen Projekten der politischen Bildung mit der Vermittlung demokratischer Grundlagen und Schlüsselqualifikationen auseinander. Ein besonderes Augenmerk liegt immer wieder bei der Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert werden kann. In Verbindung von Wissenschaft und Praxis haben sie neue Formate entwickelt, die z. B. völlig unterschiedliche Menschen in einem Dorf zu persönlichen Begegnungen und zum Nachdenken über die eigene Haltung gegenüber anderen anregen. Konkrete Rhetorik-Tipps für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen steuert **Ina Schildbach** bei, die als Referentin im Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde tagtäglich Ratsuchende für die Auseinandersetzung mit rechten Parolen fit macht.

Das Fazit am Schluss der Publikation fasst nochmals die Handlungsempfehlungen zusammen, die die Autoren in ihren Beiträgen mitgeliefert haben.

**Praktische Beispiele zur Streitkultur und Handlungsempfehlungen runden die Publikation ab.**

///



**Ilse Aigner, MdL**

ist Präsidentin des Bayerischen Landtags in München,  
Vorstandsmitglied der Hanns-Seidel-Stiftung und  
Bundesministerin a.D.

/// ... aber auch eine Gabe

# Demokratie ist eine Aufgabe

**Wenn einzelne Traktoren wie Anfang des Jahres 2020 auf einer Demonstration von heimischen Bauern in Nürnberg rechtsextreme Banner tragen, transportieren die Bilder eine verheerende Botschaft. Ausgerechnet ländliche Räume gelten oftmals als Rückzugsraum für rechtsextreme Agitatoren – suggeriert werden blinde Flecken, wo Radikalität unwidersprochen bleibt.**

## Keine Vorverurteilung der ländlichen Region

Die hiesigen Veranstalter haben sich sofort distanziert, für Bayern stellen solche Berichte eine absolute Ausnahme dar. Eine Vorverurteilung der ländlichen Regionen ist fehl am Platze, sind doch gerade sie Schwerpunkt vorbildlichen zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements. Auf dem Land sind die Bindekräfte intakter als anderswo. Heimat ist Lebens-, aber eben auch Sozial- und Kulturraum. Netzwerke von Vereinen und Verbänden oder auch in der Nachbarschaft sind dichter geknüpft und bieten Halt. Zusammenhalt wird dort in der Regel großgeschrieben.

Zugleich stellen wir fest, dass sich unsere Streit- und Debattenkultur vielerorts verändert hat. Der Ton ist rauer geworden. Der Umgang miteinander verroht, der gegenseitige Respekt verliert an Stellenwert. Die Empörungspirale dreht sich in immer neue Höhen. Die so genannten „sozialen Netzwerke“ bieten jeder noch so unqualifizierten Meinung, die oft im Schutze der Anonymität geäußert wird, eine Plattform und erschreckend viele schließen sich an. Sie folgen der zugespitzten Meinung, erkennen darin Meinungsführerschaft. Das hat Widerspruch verdient – mit allen Mitteln des Rechtsstaates,

**Die ländlichen Regionen sind Vorbild für ehrenamtliches Engagement.**

wenn der Boden unserer freiheitlichen Grundordnung verlassen wird, und mit der Kraft des Arguments, wenn wir uns tatsächlich noch im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen. Unsere Demokratie ist wehrhaft.

Mit Sorge betrachte ich, dass Errungenschaften unserer Demokratie zurzeit gerne verächtlich gemacht werden: Der Austausch von Argumenten, dem Gegenüber zuzuhören, ihn ernst zu nehmen und abzuwägen sind Kulturtechniken, die wir nicht abwickeln, sondern sorgsam pflegen sollten. Der Kompromiss ist das Lebenselixier unseres politischen Systems. Das setzt voraus, auf der Suche nach Lösungen für politische Probleme nicht nur die eine Seite zu sehen, sondern möglichst das ganze Bild. Die Antwort auf eine polarisierte Gesellschaft kann nur im Zusammenführen liegen. Ich plädiere deshalb für Maß und Mitte. Und dass wir uns hier nicht missverstehen: Damit ist nicht eine Politik der ruhigen Hand gemeint, im Gegenteil.

## Populismus löst keine Probleme

**Populismus greift  
Stimmungen auf und  
dient nicht zur  
Wahrheitsfindung.**

Der Populismus arbeitet dagegen mit Mitteln der rücksichtslosen Vereinfachung und ohne den Willen zur Entschärfung von Konflikten. Populismus löst keine Probleme. Insofern hilft er in keiner Weise weiter. Er bedient Vorurteile, indem er Stimmungen aufgreift und übersteigert. Er zielt auf Reflexe, die dem Denkprozess ein Stoppsignal setzen. Die Emotionalisierung mag auch mal Teil üblicher parteipolitischer Auseinandersetzung sein – aber Entscheidendes kommt im Populismus hinzu: Am Ende sollten sich alle die Frage nach der Wahrheit stellen. Stimmt es oder stimmt es nicht, womit Stimmung gemacht wird?

Was es hier braucht, ist vor allem Bildung und Persönlichkeit. Ob nun in der Stadt oder auf dem Land – wenn wir die Widerstandsfähigkeit gegen Angriffe auf unser politisches System und unsere demokratische Kultur stärken wollen, müssen wir das Bewusstsein in dieser Hinsicht schärfen. Wer gelernt hat, gegenüber Pauschalurteilen vorsichtig zu sein, wer zur Skepsis angehalten wird gegenüber Scharfmachern, wer sich selbst nicht über andere erhöht – der erteilt Populisten wie Radikalen eine deutliche Absage.

Ein Patentrezept gegen Politikverdrossenheit ist das freilich nicht. Die etablierte Politik muss die Sorgen der Menschen tatsächlich ernst nehmen – und viel wichtiger noch: Sie muss die politischen Probleme lösen. Dabei wäre man – frei nach Franz Josef Strauß – gut beraten, zu sagen, was man denkt, und zu tun, was man sagt. Glaubwürdigkeit ist die Schlüsselgröße einer funktionierenden Demokratie. Parteien sollten im Hinblick auf den Willen

der Bevölkerung dazulernen können, zugleich aber auch den Mut und die Kraft haben, gegen Widerstände mit ihren Konzepten zu überzeugen. Wer nur auf der gerade aktuellen Welle der Empörung surft, wird schnell von ihr überrollt.

## Fazit

Das Coronavirus hat nun über Monate die Agenda dominiert. Überzeugte Demokraten unterschiedlicher Couleur haben in Bund und Ländern Verantwortung übernommen: Sie haben dem Schutz des Lebens höchste Priorität zugeordnet und wirtschaftlich gigantische Rettungsschirme gespannt. Sie haben glaubwürdiges Handeln gegen dumpfe Stimmungsmache gesetzt. Und sie erfahren Zustimmung.

Möglich war das auch, weil wir eine Dekade des Wachstums im Rücken haben. Der Staat hatte Jahr für Jahr wachsende Einnahmen zu verzeichnen, kann auf niedrige Zinsen dank hoher Bonität bauen. Zugleich haben wir heute das größte Sozialbudget in der Geschichte unseres Landes. Ludwig Erhard hat die Soziale Marktwirtschaft auch als Gesellschaftsordnung verstanden: Teilhabe verhindert Spaltung und Radikalisierung.

Zudem brauchen wir Abgeordnete, die Einsatz und Gespür zusammenbringen im Hinblick auf die Wahrnehmung in der Bevölkerung. Die Gestalt der Wahl- und Stimmkreise zählt dabei zu den wesentlichen Rahmenbedingungen: Die Nähe zum Wähler ist nicht zuletzt eine rechnerische Größe. Auch in der Fläche muss der Kontakt zum Bürger noch möglich sein, so dass seinen Anliegen Rechnung getragen werden kann.

Wo Populisten und Radikale in diesen Tagen Grenzen überschreiten, verlangt es nach einem klaren Standpunkt. Bedrohungen von Politikern, unabhängig von Ebene und Couleur, haben einen Aufschrei verdient. Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, muss sich auf den Schutz des Staates, aber auch unser aller Schutz verlassen können. Was an politischer Entgleisung – egal, ob auf der Straße, am Stammtisch oder im Verein – zur Sprache kommt, darf nicht schweigend geduldet werden. Zieht man sich in einen Neo-Biedermeier zurück, lässt man unsere Demokratie fallen. Demokratie ist und bleibt eine Aufgabe, die Tag für Tag neu gestaltet werden will. Sie ist es wert!

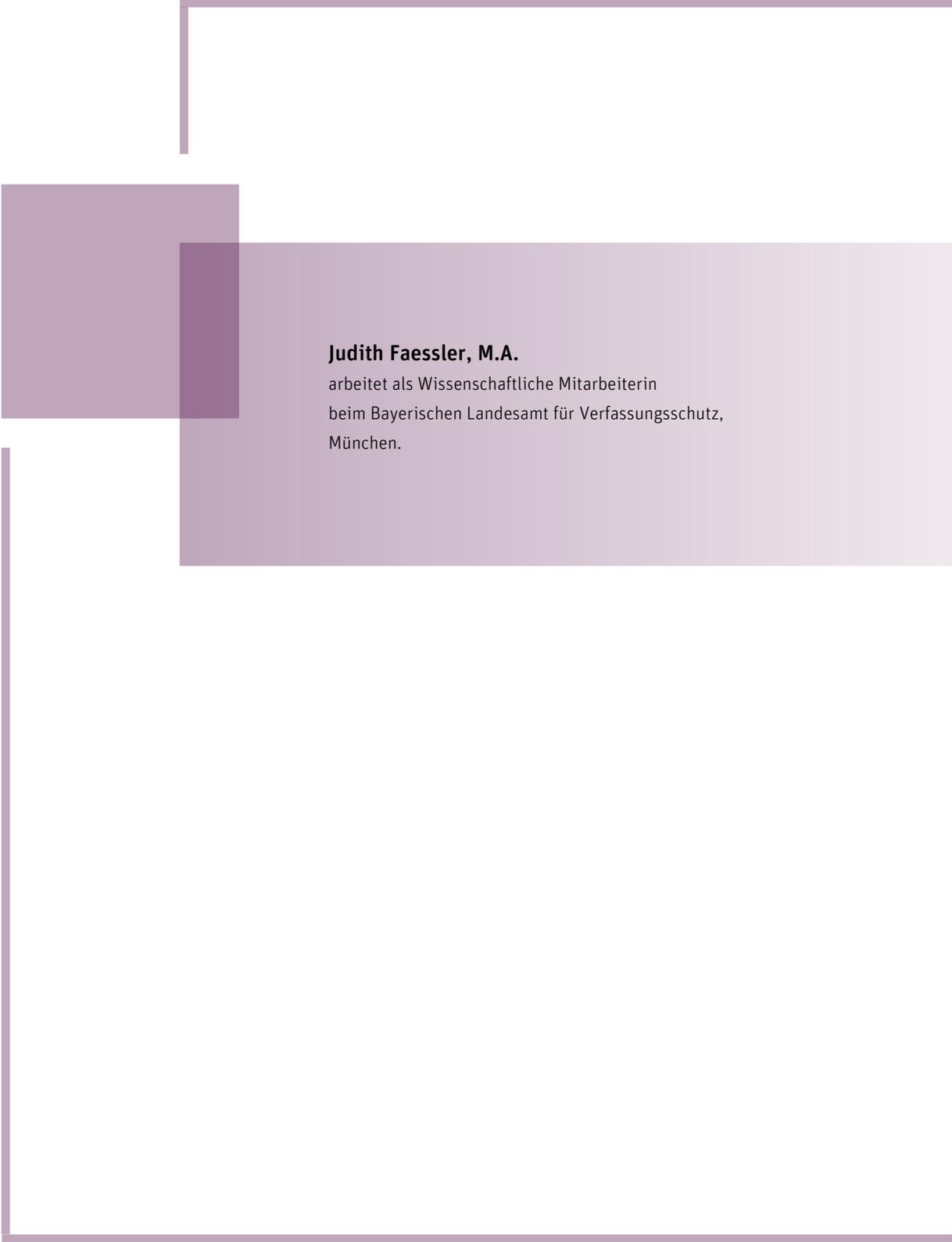
**Überzeugte Demokraten setzen glaubwürdiges Handeln gegen dumpfe Stimmungsmache.**

///





# SCHATTIERUNGEN „VON RECHTS“



**Judith Faessler, M.A.**

arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz,  
München.

/// Die Aufgaben des Verfassungsschutzes

# Wann greift der Staat ein?

**Wie kann die Abschaffung der Demokratie auf demokratischem Wege und auf demokratische Weise verhindert werden? Wann soll der Staat eingreifen? Hier ist neben der Polizei auch der Verfassungsschutz gefragt – eine Sicherheitsbehörde, die mittelbar den Staat schützen soll, um unmittelbar die Individualrechte der Bürger zu schützen.**

## Rückblick auf die Geschichte: Bedrohung durch Antidemokraten

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 bleibt das eindringlichste Beispiel dafür, wie eine Demokratie auf demokratischem Wege beseitigt werden kann. Die Weimarer Republik hatte ihren Feinden sozusagen sehenden Auges den Dolch gereicht, mit dem sie gemeuchelt wurde. So hatte der spätere Propagandaminister der NS-Diktatur, Joseph Goebbels, schon 1928 angekündigt:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. Uns ist jedes Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. ... Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“<sup>1</sup>

**1933 wurde die Demokratie auf demokratischem Wege abgeschafft.**

Später höhnte er: „Es wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst stellte, durch die sie vernichtet wurde.“<sup>2</sup>

Nicht minder zynisch stellte SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich 1936 fest: „Wir [die Nationalsozialisten] erledigten dieses System mit seinen eigenen Mitteln. Wir stellten uns auf seine Spielregeln ein, wir waren ‚legal‘ wie die Verfassung es wollte, und vernichteten mit den verfassungsrechtlichen Mitteln auf legalem Wege ein System, das ohne innere Substanz jederzeit bereit war, sich selbst aufzugeben, wenn es nur auf legalem Wege geschah.“<sup>3</sup>



Copyright: iStock.com/ETIEN Jones

Streiken ist ein demokratisches Grundrecht und wird vom Staat geschützt.

## Die Lehren aus der Geschichte

Zeitgenossen zogen daraus die Lehre: Nie wieder sollte eine Demokratie so wehrlos und gar zustimmend ihrem eigenen Untergang zusehen müssen.

Wird die Weimarer Republik heute oft als „Demokratie ohne Demokraten“ beschrieben, so darf man nicht vergessen, dass auch die junge Bundesrepublik zunächst mit einer Minderheit überzeugter Demokraten starten musste.

Zunächst musste aber folgende Frage beantwortet werden: Wie kann die Abschaffung der Demokratie auf demokratischem Wege (z. B. durch Wahlen) auf demokratische Weise (d. h. ohne die eigenen Prinzipien zu verraten) verhindert werden? Wann soll der Staat eingreifen?

Schon während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft entstand die Idee einer militanten Demokratie. Karl Loewenstein konzipierte eine streitbare Demokratie und Karl Mannheim entwarf eine geplante Demokratie. Thomas Mann hielt im amerikanischen Exil dazu Vorträge: „Europa wird nur sein, wenn der Humanismus seine Männlichkeit entdeckt, wenn er lernt, in Harnisch zu gehen, und nach der Erkenntnis handelt, daß die Freiheit kein Freibrief sein darf für diejenigen, die nach ihrer Vernichtung trachten.“<sup>4</sup>

Aber auch an Hermann Broch, Friedrich Stampfer, Curt Geyer und an die „Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ sollte in diesem Zusammenhang erinnert werden. Als wichtigster Vordenker der Verfassungsgerichtsbarkeit<sup>5</sup> gilt Hans Kelsen, der hellsichtig schon während der Weimarer Republik seine Gedanken in „Wer soll der Hüter der Verfassung sein?“ verfasste.

### Errichtung der wehrhaften Demokratie

Die Umsetzung in die Realität folgte aber erst nach dem Krieg. Die neu errichtete Bundesrepublik sollte wehrhaft sein und nie mehr ihren Feinden die Mittel zu ihrer eigenen Beseitigung in die Hand geben. Man folgte Carlo Schmid, der 1948 die Meinung äußerte, „dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selbst die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. ... Man muss auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“<sup>6</sup>

**Die „wehrhafte Demokratie“ verfolgt das Ziel, sich gegen Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) zu wehren.**

Vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone wurde die junge Bundesrepublik gegen Feinde rechtlich aufmunitioniert. Das Bundesverfassungsgericht prägte dazu die Begriffe „wehrhafte“ oder „streitbare Demokratie“, um die Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, sich gegenüber den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO)<sup>7</sup> nicht neutral zu verhalten, sondern sich zur Wehr zu setzen. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie wird gerne unter dem Motto „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ zusammengefasst. Treffender wäre dagegen: „Keine Freiheit zur Beseitigung der Freiheit“.

Unsere Verfassung hat nun im Gegensatz zur Weimarer Verfassung einen unveränderlichen Kern, der durch eine Ewigkeitsklausel geschützt ist.<sup>8</sup> So können weder Parlament noch Volk auf legalem Wege eine andere Grundordnung wählen als die freiheitliche demokratische. Die fdGO umfasst aber nur eine Teilmenge der in Art. 79 genannten Rechtsgüter, sie ist sozusagen der Kern des unveränderlichen Kerns. Die fdGO wurde durch Rechtsprechung definiert, welche im Bundesverfassungsschutzgesetz (§ 4 BVSchG) festgeschrieben wurde und kann durch das Bundesverfassungsgericht neu definiert und angepasst werden.<sup>9</sup>

### Die Waffen der wehrhaften Demokratie

**Die Verteidigungsinstrumente der wehrhaften Demokratie liegen in der Möglichkeit, Grundrechte einzuschränken.**

Eine Reihe repressiver Instrumente ermöglicht die Bekämpfung von Verfassungsfeinden. Einige werden aktiv genutzt, andere hängen nur wie Damoklesschwerter über den umstürzlerischen Aktivitäten: Während zahlreiche extremistische Vereine verboten wurden, gab es bisher nur zwei Parteiverbote<sup>10</sup> und keine einzige Grundrechtsverwirkung<sup>11</sup>. Der Gedanke dahinter ist ein grundsätzlich abgestuftes, maßvolles und zurückhaltendes Einsetzen der Repression. Die wehrhafte Demokratie ist mit einem breiten Repertoire an möglichen Maßnahmen ausgerüstet, je nach Gefährdung und Wahl der Mittel des Gegners. Die exekutive Auseinandersetzung bietet repressive Mittel, von der Beobachtung in unterschiedlicher Intensität bis hin zu Verboten<sup>12</sup> oder präventive Maßnahmen. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz beginnt mit der Auswertung offener Publikationen und kann bis hin zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gehen. Die wehrhafte Demokratie setzt in der Auseinandersetzung mit Verfassungsfeinden – zusätzlich zur exekutiven Bekämpfung oder ausschließlich – zudem auf den geistig-politischen Diskurs. Dieser ist in erster Linie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit Politik, öffentlichen Medien und Zivilgesellschaft als zentralen Akteuren. Aber auch staatliche Maßnahmen wie Aufklärung durch die veröffentlichten Verfassungsschutzberichte<sup>13</sup> zählen dazu. Es ist

grundsätzlich eine restriktive Auslegung der Anwendung geboten, also „im Zweifel für die Freiheit“ (in dubio pro libertate). Zudem gilt: Je gefestigter die Demokratie, desto eher kann man der zivilen Auseinandersetzung den Vorzug geben.

## Warum überhaupt eine freiheitliche Demokratie?

Schränkt eine wehrhafte Demokratie die Freiheit ein? Staatliche Normen sind ja nicht absolut, sondern von Menschen gesetzt. So bezeichnen die ägyptischen Muslimbrüder sich selbst als „wasatiya“ (Mitte) und ihre Ideologie als den „gemäßigten Weg der Mitte“, zwischen dem gewalttätigen Jihadismus und dem aus ihrer Sicht religionsfeindlichen Säkularismus. In Deutschland werden die Muslimbrüder dagegen als extremistisch eingeordnet. Variiert also Extremismus je nach Koordinatensystem? Genau hier setzt oft die Kritik an: Der Extremismus-Begriff sei ein Instrument der „herrschenden Klasse“<sup>14</sup>, um Gegner zu diffamieren. Aber sowohl diese Kritik als auch die gängige Vorstellung, je toleranter und pluralistischer eine Gesellschaft, desto relativistischer der Staat, zielt an der Idee der fdGO und damit an ihrem Extremismuskonzept vorbei.

**Von Menschen gesetzte staatliche Normen sind nicht absolut.**

Die freiheitliche Demokratie verzichtet auf das Einsehen für eine weltanschauliche Wahrheit – analog der Ringparabel.<sup>15</sup> Sie setzt dagegen

- die Freiheit über die Wahrheit: Religionsfreiheit etwa hängt nicht davon ab, ob es eine religiöse Wahrheit gibt oder nicht, sie gründet vielmehr in der nicht relativierbaren Würde der Person und ihrer Freiheit;
- das Individuum über die Gemeinschaft: Die kleinste Minderheit in einer Gesellschaft ist das Individuum. Somit ist jede Minderheit vor der Mehrheit geschützt und jede Wahrheit zulässig, sofern sie nicht andere Individuen in ihrer Freiheit oder Sicherheit einschränkt.

Sinn und Zweck des freiheitlichen Staates ist also, die individuelle Freiheit und das friedliche Zusammenleben der in vielerlei Hinsichten unterschiedlichen Bürger zu garantieren. Die individuellen Grundrechte bilden den unantastbaren Kern, den der Staat schützen muss. Alle anderen Grundprinzipien der fdGO sind nur deshalb schützenswert, weil sie selbst zum Zwecke des Schutzes der individuellen Grundrechte errichtet wurden, so die Gewaltenteilung, die Volkssouveränität, die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Verantwortlichkeit der Regierung und das Mehrparteienprinzip mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.<sup>16</sup>

Der freiheitliche Staat schützt also weder Meinungen, Ideologien oder Religionen, sondern die Personen, die die Meinungen, Überzeugungen und Religionen vertreten und leben – die Grundrechtsträger. Der freiheitliche Staat ermöglicht und schützt so das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Sichtweisen, Überzeugungen und Religion, unterschiedlicher Herkunft und Lebensvorstellung.

Diese als Pluralismus bezeichnete Form des Zusammenlebens ist aber nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln: Pluralismus bedeutet nämlich nicht Relativismus, sondern mehr Freiheit, d. h. mehr Wahlmöglichkeit für jeden Einzelnen. Jeder Versuch, diese Freiheit mittelbar oder unmittelbar einzugrenzen oder gar abzuschaffen, wird als freiheitsberaubend bzw. als extremistisch betrachtet.

Und so bedeutet Extremismus für den Staat nicht die Abweichung von einer willkürlich gesetzten Norm, sondern die Gefährdung der Grundrechte des Individuums, die Einschränkung der Freiheit und auch seiner Gleichheit vor dem Gesetz.

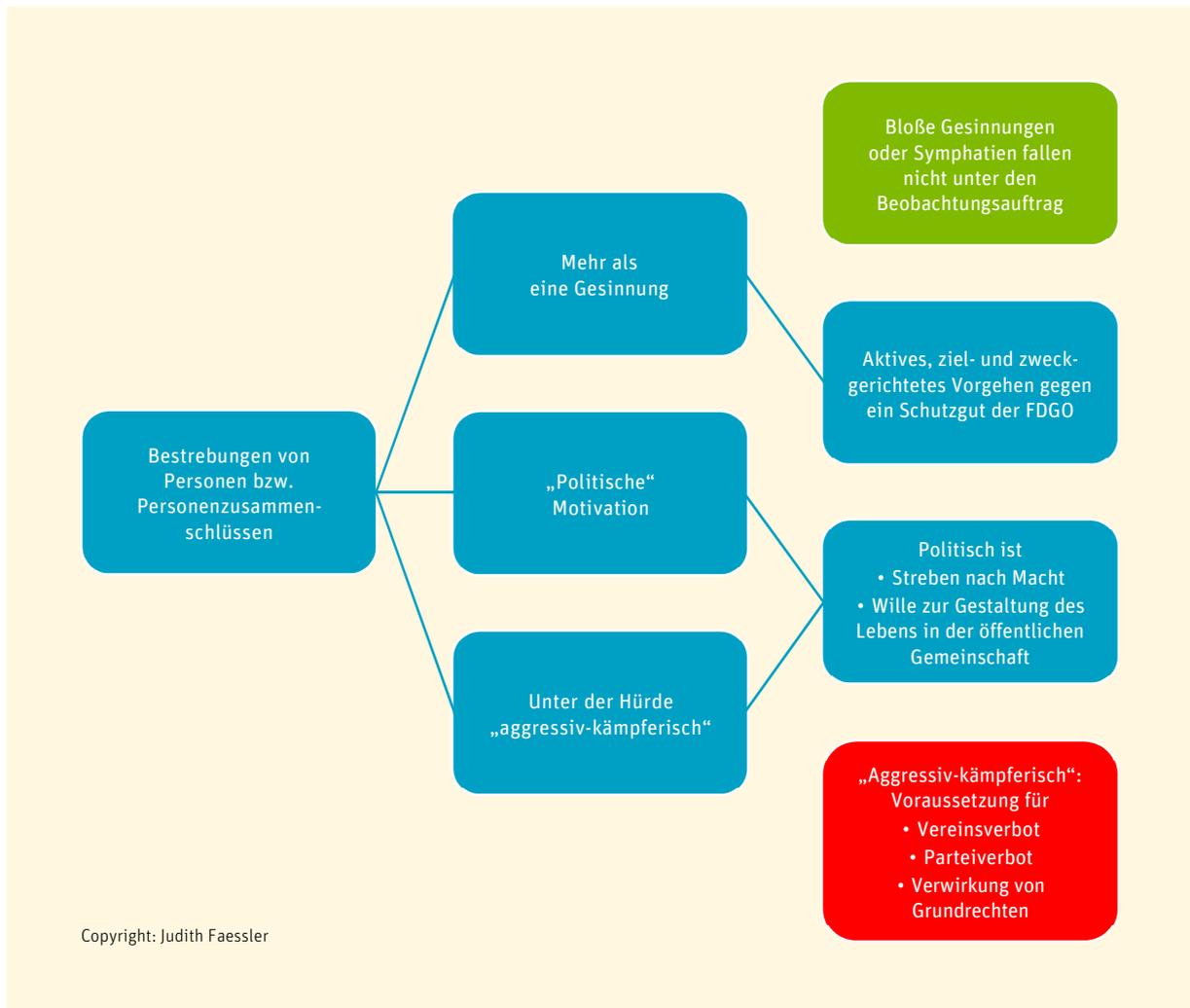
### **Ab wann kann der Staat nun eingreifen?**

**Die Polizei sorgt für Sicherheit und verfolgt strafbare und ordnungswidrige Handlungen.**

Die Aufgaben der Polizei sind den meisten Bürgern geläufig: Sie muss im Rahmen der Kriminalprävention eingreifen, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Außerdem hat sie im Rahmen der Repression strafbare und ordnungswidrige Handlungen aufzuspüren und zu untersuchen. An dieser Stelle sind die Straftatbestände der Volksverhetzung (§ 130 StGB) und einige Propagandadelikte (§ 86a StGB) zu erwähnen, die Kritiker als „Gesinnungsparagraphen“ verunglimpfen. Tatsächlich gibt es Demokratien wie etwa die USA, deren „Redefreiheit“ deutlich weiter geht als unsere „Meinungsfreiheit“. Gleichwohl wird unsere Meinungsfreiheit nach geltender Rechtsmeinung durch die genannten Paragraphen nicht eingeschränkt: Denn da die Vollendung der beschriebenen Tatbestände mit anderen Grundrechten kollidiert, ist ihre Strafbarkeit durchaus gerechtfertigt (und außerdem herrschende Rechtsmeinung). Sie dienen dem Schutz des öffentlichen Friedens und der Menschenwürde.

Weniger bekannt sind dagegen die Aufgaben des Verfassungsschutzes. Dabei ist gesetzlich klar geregelt, ab wann er tätig wird: Tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die fdGO eröffnen den Beobachtungsauftrag.

Abbildung 1: Der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes



Darüber hinaus kennt der Verfassungsschutz keine positive Definition des Begriffs Extremismus. Das Gesetz nennt nicht einmal den Begriff, spricht stattdessen nur von „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“. Mit dieser Aufgabenstellung kommt der Verfassungsschutz der Definition Karl Poppers ziemlich nahe, der in seinem Werk „Die Feinde der offenen Gesellschaft“ den politischen Extremismus negativ definierte. Wer die offene Gesellschaft bekämpft, gilt demnach als extremistisch. Der gesetzliche Auftrag kommt sogar ohne die Erwähnung von Phänomenbereichen (Rechts-, Linksextremismus oder Islamismus) aus. Damit kann der Verfassungsschutz flexibler auf neue Bedrohungen reagieren.

### **Extremistische Bestrebungen erfordern ein aktives Eintreten und Handeln.**

In einem demokratischen freiheitlichen Rechtsstaat kann man nur für Taten, nicht für Gesinnungen bestraft werden. Das ist eine zivilisatorische Errungenschaft, von der man um keinen Deut abrücken darf. Und selbst die wehrhafte Demokratie urteilt nicht über Gesinnungen – oder „Einstellungen“, wie gelegentlich gefordert wird. Extremistische Bestrebungen sind deshalb weit mehr als Gesinnungen: Sie erfordern ein aktives Eintreten (und sei es nur das öffentliche mündliche Propagieren) und Handlungen, die darauf ausgerichtet sind, freiheitliche Grundrechte zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.<sup>17</sup>

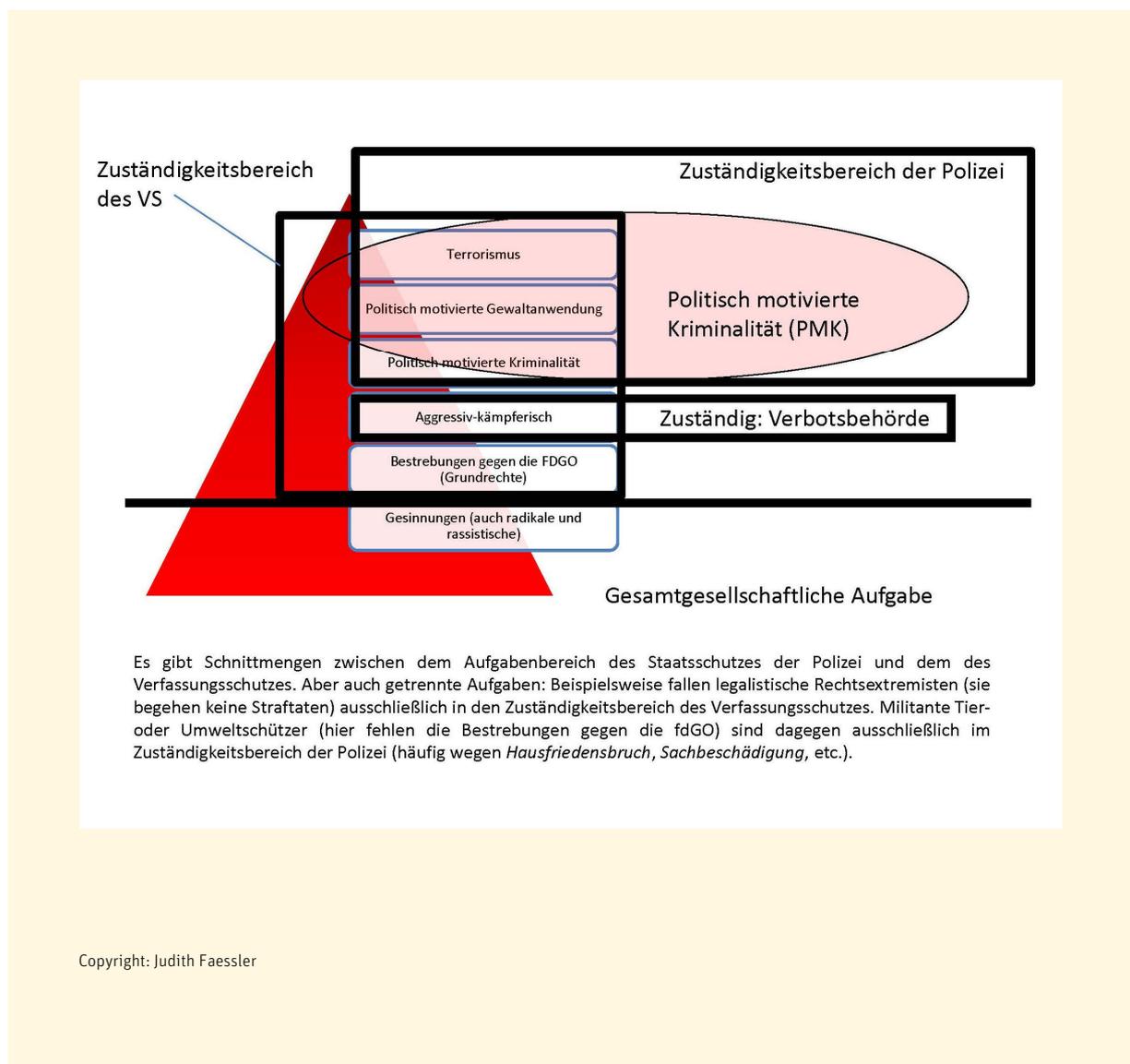
Die Frage nach dem Extremismus ist eine schlichte Alternative – extremistisch oder nicht, ja oder nein. Dies gilt ganz gleich, ob die Bestrebung gegen nur ein Prinzip der fdGO gerichtet ist oder gegen alle, ob verbal oder mit Gewalt. Die Frage nach der Intensität des Extremismus ist eine andere und davon unberührt. Ob die Bestrebungen nun gegen nur ein Grundrecht gerichtet sind oder gegen das ganze System, ob sie Gewalt ablehnen, befürworten oder sogar anwenden bzw. anzuwenden bereit sind. Aber so wie der Taschendiebstahl und der Mord beides Straftaten sind, wenn auch von unterschiedlichem Grad des Eingriffs in die Grundrechte anderer, so gibt es unterschiedliche Grade von Extremismus.<sup>18</sup>

Jede Demokratie kennt Handlungen, die als Straftaten gelistet sind. Extremismus ist eine zusätzliche Kategorie von Handlungen im Vorfeld von Straftaten: Deshalb werden Extremisten zwar „beobachtet“, also selbst in ihrer Freiheit und ihren Grundrechten eingeschränkt, aber Extremismus ist nicht verboten. Daher darf der Extremist seine Gesinnung öffentlich kundtun, beispielsweise auf Demonstrationen – und der Staat muss ihm dieses Grundrecht sogar gewährleisten. Die Unterscheidung ist gelegentlich knifflig und für manche schwer nachvollziehbar: So ist beispielsweise selbst die beleidigende und polemische Kritik an Religionen genauso von der Meinungsfreiheit gedeckt wie eine nüchtern vorgebrachte Forderung, etwa Moscheebauten allgemein zu verbieten – aber nur letztere ist extremistisch, weil ihre Ausführung die Religionsfreiheit einschränkt. Und Forderungen nach einem Systemwechsel gelten nur dann als extremistisch, wenn zugleich keine freiheitliche Alternative<sup>19</sup> angeboten wird.

Darüber hinaus greift der Staat vermehrt frühzeitig im Rahmen seines Präventionsauftrags ein. So bietet etwa die beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelte „Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus“ (BIGE) u. a. umfangreiche Beratungsleistungen für Kommunen, Fortbildungen für Schulen und Sensibilisierungen der Öffentlichkeit an. Zum Eingreifen des Staats zählen aber auch zahlreiche Programme, die man unter Resozialisierung zusammenfassen könnte: Der Staat unterhält eigene Aussteiger-

programme und unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich auf Deradikalisierung spezialisiert haben. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen hat den Vorteil der schnelleren Vertrauensbildung gegenüber den Betroffenen. Nachteilig mag sich die fehlende Erfahrung im Sicherheitsbereich auswirken. Gefährdungen zu erkennen erfordert meist langjährige Erfahrung. So wurde beispielsweise einer der beiden Attentäter des Anschlags auf den Essener Sikh-Tempel in einem Salafisten-Präventionsprojekt betreut.

Abbildung 2: Zuständigkeiten im Bereich des Extremismus und der politisch motivierten Kriminalität



**Beobachtet wird, wer versucht, gegen die fdGO zu verstoßen.**

## Der Staat ist keine moralische Instanz

Personen, Personenzusammenschlüssen und Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, kann man Bestrebungen gegen die fdGO nachweisen. Mehr nicht. Es ist keine Frage der Sympathie oder gar der Gewogenheit zur Regierung – wie häufig von Kritikern suggeriert. Im Gegenteil: Verfassungsschützer sind ausschließlich an Recht und Gesetz gebunden und nicht an die Regierung. Sie wären schlecht beraten, sich von subjektiv beeinflussbaren Aspekten wie dem Erscheinungsbild leiten zu lassen – genauso wie Richter, Staatsanwälte und Polizisten. Der Verfassungsschutz ist auch keine moralische Instanz, die die Bürger in gute oder schlechte Demokraten einteilt. Denn umgekehrt sind Personenzusammenschlüsse, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, nicht unbedingt vorbildliche Demokraten. So unterliegt beispielsweise Populismus in der Regel nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Als Populismus bezeichnet man gemeinhin sowohl eine politische Strategie als auch politische Inhalte mit Überschneidungen und Übergängen zum Extremismus. Er mag sich im Rahmen der fdGO bewegen, dennoch handelt es sich nicht um ein vorbildlich demokratisches Handwerk. Wenn Populisten nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, ist das jedenfalls kein demokratisches Gütesiegel.

Auch in Bezug auf den Islamismus meinen viele Bürger im Umkehrschluss, nicht vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierungen seien demnach „gut“. In der Islamdebatte beispielsweise offenbaren sich hier die Fallstricke dieses Denkfehlers: Nur weil ein Verband kein Verfassungsfeind ist, ist er noch lange kein idealer Bündnispartner für den Staat. Es ist auch nicht Aufgabe des Staates, Positivlisten, Persilscheine und Anständigkeitsbescheinigungen zu erstellen. Jede Auslegung, die tatsächlich vertreten wird, ist als gegeben zu nehmen. Der Staat hat grundsätzlich nicht zu urteilen, ob eine Religion richtig oder falsch ausgelegt wird. Ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat das im Jahr 2000 noch einmal verdeutlicht: Der Staat darf weder Lehre noch Schriften einer Religion beurteilen, sondern lediglich die Auslegung konkreter Gläubiger anhand weltlicher Kriterien (Gesetze) bewerten. Sein Maßstab ist das Grundgesetz.<sup>20</sup>

Auf dem Gelände der fdGO unterhält der Staat eben keine Wegweiser für seine Bürger, lediglich Schutzdämme, die eine Flutung durch totalitäre Wellen verhindern sollen. Auf dem Gelände der fdGO kann sich der Bürger frei bewegen und wird nicht durch den Staat angeleitet. Die Verantwortung für seinen Wandel liegt allein beim Bürger mit seinen freien Entscheidungen.

## Zusammenfassung

Im Zweifel für die Freiheit: Wir haben gesehen, dass der Gedanke hinter der wehrhaften Demokratie nicht im Einschränken der Freiheit, sondern in der Garantie der größtmöglichen Freiheitsrechte liegt. Unter dem Begriff des Extremismus werden alle Aktivitäten (niemals Gesinnungen) zusammengefasst, welche die freiheitliche Demokratie gefährden und bekämpfen. Die Gesinnungen der Bürger werden in freiheitlichen Demokratien nicht beobachtet und erst recht nicht sanktioniert. Im Gegenteil, der Staat greift erst ein, wenn seine Gegner mit Handlungen politisch zielgerichtet gegen die fdGO vorgehen. Der Verfassungsschutz ist eine Sicherheitsbehörde, die mittelbar den Staat schützen soll, um unmittelbar die Individualrechte der Bürger zu schützen. Seine Aufgabe besteht u. a. in der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen, nicht in der Erziehung von Bürgern. Das Eingreifen des Staats kann aber nur Weckruf und Signal sein. Freiheitliche Demokratien werden von mündigen Bürgern getragen, daher ist auch zukünftig das Augenmerk auf die Bildung der Bürger zu legen.

**Die wehrhafte Demokratie hat das Bestreben, die größtmögliche Freiheit zu garantieren.**

///

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Goebbels, Joseph: Was wollen wir im Reichstag?, in: Der Angriff, 30.4.1928.
- <sup>2</sup> Goebbels, Joseph: Die Dummheit der Demokratie, in: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, von Joseph Goebbels, hrsg. von Hans Schwarz van Berk, München 1935, S. 61.
- <sup>3</sup> Heydrich, Reinhard: Die Bekämpfung der Staatsfeinde, in: Deutsches Recht – Zentralorgan des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1936.
- <sup>4</sup> Mann, Thomas: Humaniora und Humanismus, Wien 1936, XI, S. 447.
- <sup>5</sup> Die ganze Debatte wird skizziert, in: Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, hrsg. von Jens Hacke, Berlin 2018.
- <sup>6</sup> Carlo Schmid (SPD), Rede im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948.
- <sup>7</sup> Der Begriff beschreibt zunächst ziemlich abstrakt im Grundgesetz den unabänderlichen Kern der Verfassung, unabhängig von möglichen zeitgebundenen Ausprägungen und Neuerungen durch den einfachen Gesetzgeber. Das Verbotsurteil zur Sozialistischen Reichspartei (SRP, einer Nachfolgeorganisation der NSDAP) 1952 betonte den liberalen Kern unserer Verfassung. So wurde die freiheitliche demokratische Grundordnung folgendermaßen präzisiert: „Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage

der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (BVerfGE 2,1 (Ls. 2, 12 f.). Diese im Urteil genannten acht Prinzipien waren fortan maßgeblich für Extremismusbewertungen. Wann immer der Verfassungsschutz eine Organisation als extremistisch bezeichnet, sind ihr Bestrebungen gegen mindestens eines dieser Prinzipien nachzuweisen. Erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsverfahren der NPD vom 17. Januar 2017 setzte einen neuen Akzent, indem es einige der Prinzipien besonders betonte und somit auf diese reduzierte: In seiner Begründung für die Verfassungsfeindlichkeit fokussierte das Urteil auf den Begriff der Menschenwürde. In ihm finde die fdGO ihren Ausgangspunkt. Andere Prinzipien, wie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip gestalteten das die fdGO überwölbende Prinzip der Menschenwürde nur näher aus. Wenn es zukünftig um die Extremismusbewertung geht, werden auch die weiteren Grund- und Menschenrechte fortan auf ihren menschenwürderechtlichen Kern zurückgeführt. Dem Gedanken der Menschenwürde steht beispielsweise der Volksbegriff der NPD entgegen, sowie deren fremden- und minderheitenfeindliche Positionen. (siehe auch: Warg, Gunter: Nur der Kern des demokratischen Rechtsstaats – die Neujustierung der fdGO im NPD-Urteil vom 17.1.2017, in: NVwZ-Beilage 2017, S. 42). Zwar waren diese Positionen bisher auch schon verfassungsfeindlich, neu ist die dezidierte Verknüpfung der Begründung mit dem Begriff der Menschenwürde. Aber auch Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip gelten dem Gericht als zentrale Punkte. Es handelt sich nicht um eine Verwerfung der bisherigen Bewertungskriterien, sondern um eine neue Schwerpunktsetzung auf das Individuum. Im Grunde betont das Gericht den liberalen Charakter des Grundgesetzes: Der Staat ist für den Menschen da, nicht umgekehrt.

- 8 So proklamiert Art. 79, Abs. 3 GG: Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.
- 9 Zuletzt im Rahmen des Urteils zum Verbotsverfahren der NPD im Januar 2017.
- 10 Die Sozialistische Reichspartei SRP, eine Nachfolgepartei der NSDAP 1952, und die Kommunistische Partei Deutschlands KPD 1956.
- 11 Das Grundgesetz sieht vor, einzelnen besonders gefährlichen Verfassungsfeinden bestimmte Grundrechte abzuerkennen, auch ohne dass sie eine Straftat begangen hätten. Die betroffenen Grundrechte und das Aberkennungsverfahren sind in Art. 18 GG

geregelt: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.“ Bisher wurden vier Verfahren, alle gegen Rechtsextremisten, beim Bundesverfassungsgericht angestrengt, die sämtlich zurückgewiesen wurden.

- <sup>12</sup> Hier sind die Hürden beim aggressiv-kämpferischen Vorgehen gesetzt. Vereine können beispielsweise verboten werden, wenn sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, indem sie als solche nach außen eine kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber den elementaren Grundsätzen der Verfassung einnehmen. Das wird auch in Art. 9, Abs 2 GG und der dazugehörigen Rechtsprechung geregelt.
- <sup>13</sup> Da sie eine für genannte Extremisten diffamierende Wirkung haben, gilt deren Nennung auch als Grundrechtseingriff, gegen den sie sich rechtlich zur Wehr setzen können. Daher gilt auch hier ein maßvolles Abwägen der Berichterstattung und nicht deren Vollständigkeit.
- <sup>14</sup> Eine ohnehin seltsam anachronistisch anmutende Formulierung, in grober Unkenntnis des demokratischen Staates, in dem das Volk als sein eigener Herrscher regiert, also Herrscher und zugleich Untertan ist.
- <sup>15</sup> In der Ringparabel lässt ein Vater, der seine drei Söhne beerben will, aber nur einen Ring mit besonderen Eigenschaften besitzt, zwei weitere identische Ringe anfertigen. Nach seinem Tod weiß keiner der Söhne, wer von ihnen den „wahren“ Ring geerbt hat, denn ähnlich den Religionen hat der Vater ihnen keine Kriterien zum Erkennen des Wahren mitgegeben. Entsprechend kann und darf der Staat nicht die wahre Weltanschauung erkennen und darf keine bevorzugen.
- <sup>16</sup> Siehe dazu das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei, einer Nachfolgepartei der NSDAP, im Jahre 1952, BVerfGE 144, 20-367 (Ls. 3).
- <sup>17</sup> Vgl. § 4 Abs. 1c BVerfSchG.
- <sup>18</sup> Es ist ein wiederkehrender Vorwurf: Der Verfassungsschutz setze beispielsweise Rechtsterrorismus und linksextremistischem Aktivismus gleich. Das stimmt genauso wenig wie die Polizei verschiedene Straftaten gleichsetzt.
- <sup>19</sup> So kann eine konstitutionelle Monarchie wie Schweden oder ein Zentralstaat wie Frankreich durchaus zugleich eine freiheitliche Grundordnung sein.
- <sup>20</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 2BvR1500/97, 19. Dezember 2000. Zur Verfassungsbeschwerde der Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas in Deutschland e.V., Randnotiz 89.



**Hans-Peter Mayer**

ist Referatsleiter für Finanzpolitik und Recht der Bürgermeister  
beim Bayerischen Gemeindetag in München.

■ [hans-peter.mayer@bay-gemeindetag.de](mailto:hans-peter.mayer@bay-gemeindetag.de)

/// Wie soziale Medien die politische Kommunikation verändert haben

# Bedrohungslage von Kommunalpolitikern

**Immer wieder werden Kommunalpolitiker, aber auch ehrenamtliche Helfer beleidigt, bedroht oder sogar angegriffen. Aus der langjährigen Beobachterperspektive und dem Beratungsalltag des Bayerischen Gemeindetags heraus müssen wir feststellen, dass sich für Kommunalpolitiker die Bedrohungslage gegenüber den früheren Jahren subjektiv verändert hat.<sup>1</sup>**

## Einschätzung der Situation

Im Zuge der verstärkten Berichterstattung haben erstmals Kommunalpolitiker, wenn auch überwiegend anonym, den Mut gefunden, sich zu ihren Erfahrungen und Erlebnissen zu äußern. Zwar stellen direkte körperliche Angriffe immer noch die Ausnahme dar, doch haben Pöbeleien und Beleidigungen, aber auch Einschüchterungen und Bedrohungen deutlich zugenommen. Während solche Äußerungen vor 20 Jahren nur im Rahmen von unmittelbaren Kontakten oder in Form anonymer Schreiben möglich waren, stehen heute vielfältigste Kommunikations- und Handlungswege zur Verfügung, die auch genutzt werden. Zugleich werden auch drastischere Begrifflichkeiten und Schmähungen verwendet, als dies noch vor Jahren vorstellbar und denkbar war. So geht es diesen Leuten mit ihren Äußerungen nicht mehr nur darum, ihre Ablehnung von politischen Entscheidungen oder Projekten zu bekunden, sondern dass sie die betroffene Person unmittelbar verbal herabwürdigen, verletzen oder erniedrigen wollen. Und dies mit der ganzen Bandbreite von Verbalinjurien, aber auch bildlichen Darstellungen und

**Verbale Angriffe auf Kommunalpolitiker haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.**

manipulierten Bild- und Tonsequenzen. Die betroffenen Personen fühlen sich diesen „Angriffen“ im Regelfall schutzlos ausgesetzt und mit den hieraus resultierenden Folgen überfordert. Konkrete strafrechtliche Konsequenzen stellen nach wie vor den Ausnahmefall dar.

Nach unserer Einschätzung und Beratungserfahrung müssen wir also leider feststellen, dass die Hemmschwelle in den letzten Jahren spürbar gesunken ist. Eine Veränderung der Gesellschaft ist auf jeden Fall feststellbar. Ob der Begriff Verrohung das Phänomen in seiner ganzen Bandbreite und Tragweite zutreffend wiedergibt, sei dahingestellt.

## Ursachen

**Anonyme Anfeindungen  
können nicht  
sanktioniert werden.**

Anfeindungen und Bedrohungslagen gegen kommunalpolitische Mandatsträger sind anscheinend grundsätzlich gesellschaftsfähig geworden. Da sie insbesondere regelmäßig aus der Anonymität heraus begangen werden, brauchen die Handelnden im Regelfall auch nicht mit einer Sanktionierung durch die Gesellschaft zu rechnen.

Die Komplexität heutiger Lebensverhältnisse, aber auch von politischen Prozessen macht es für den Einzelnen immer schwieriger, die jeweils zugrundeliegenden Zusammenhänge erkennen und bewerten zu können. Somit findet in vielen Fällen eine Fokussierung auf den eigenen unmittelbaren Lebensraum statt, der in der Kommune vor Ort erlebt wird. Insoweit kumuliert sich die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenswirklichkeit mit wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen auf die kommunalen Mandatsträger vor Ort. Diese sind bekannt, greifbar und werden deshalb als Vertreter des „Systems“ verantwortlich gemacht „für alles“.

Die Motivation der handelnden Täter sind nicht etwa allgemeinpolitische Einstellungen, Wertvorstellungen und Überzeugungen, sondern im Regelfall die konkrete persönliche Betroffenheit durch politische, vor allem auch kommunalpolitische Entscheidungen.<sup>2</sup> Dabei geht es nicht um eine allgemeine unbestimmte, diffuse Ablehnung der Kommunalpolitik oder Kommunalverwaltung als solches, sondern um ganz konkrete Auswirkungen politischen Handelns oder politischer Entscheidungen auf die eigene Lebenswirklichkeit. Dies gilt umso mehr, als unter dem Schlagwort der Individualisierung die eigene Position als wichtiger angesehen wird als das Gemeinwesen, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe oder die konkrete Planungs-, Ordnungs- und Handlungsfunktion, der die Gemeinde in der Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft nachkommen muss.

## Die Rolle von Hate Speech und verbalen Angriffen im Internet

Internet und soziale Medien schaffen ein Forum, das verbalen Angriffen oder Hate Speech den Raum gibt, der in dieser Form in der Vergangenheit nicht zur Verfügung stand. Insbesondere erlauben es diese Medien, in der Anonymität zu bleiben und gleichzeitig eine große Aufmerksamkeit zu erzielen. Im Regelfall wird dadurch nicht ein Forum für Lob, Anerkennung und Wertschätzung geschaffen, sondern die Tür dafür geöffnet, dass man sich über alle Themen und politischen Entwicklungen umgehend äußern und dabei seiner Wut und Frustration Ausdruck verleihen kann, ohne Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen zu müssen.

**Soziale Medien bieten neue Plattformen für verbale Attacken und Hate Speech.**

Durch das Internet bestehen zahlreiche Möglichkeiten, solche Attacken sehr schnell und mit sehr großer Reichweite zu verbreiten. Wie bei einem Schneeballsystem wird die Wirkung der eigenen Aktion noch weiter vervielfältigt, so dass sie einen wahren Shitstorm auslösen kann. Signifikante Merkmale sind die ungezügelte Beschimpfung, die im Vordergrund stehende Herabwürdigung einer Person, die Verwendung von Begrifflichkeiten, die in einem mündlich vorgetragenen Beitrag im Regelfall nie zur Anwendung kämen, das bewusste Schüren von Ablehnung bis hin zum Hass.

Hate Speech verletzt gesellschaftliche Regeln, senkt die Hemmschwelle und führt dazu, dass das gesellschaftliche und politische Miteinander sich grundlegend verändert bzw. erschwert wird und sich das Klima im gesellschaftlichen Umgang nachhaltig verschlechtert. Konventionen werden nicht mehr eingehalten, Regeln des Anstands und gesellschaftlicher Verantwortung haben keine Bedeutung mehr. Es zählen Wut, Hass und Herabwürdigung als Mittel politischer Auseinandersetzung.

Leider ist es für Dritte viel leichter, sich als Trittbrettfahrer an derartigen Aktionen zu beteiligen, als sich engagiert und couragiert für die kommunalen Mandatsträger einzusetzen und in der Diskussion Position zu beziehen. Die Betroffenen in Schutz nehmen – das ist immer noch der Ausnahmefall. Es ist noch ein weiter Weg dahin, dass dies als selbstverständlich gilt.

**Frauen in öffentlichen Ämtern sind oft zusätzlich Sexismus und Frauenfeindlichkeit ausgesetzt.**

## Frauen in der Kommunalpolitik

Frauen sind in gleicher Weise von den angesprochenen Entwicklungen und Bedrohungslagen erfasst, wobei bei Frauen noch spezielle Ausformungen von Frauenfeindlichkeit und Sexismus eine durchaus beachtende Rolle spielen. Insgesamt entsteht manchmal der Eindruck, dass man meint, bei Kommunalpolitikerinnen noch hemmungsloser und drastischer vorgehen zu dürfen als bei männlichen Mandatsträgern. Zudem wird versucht, noch unmittelbarer einzuschüchtern, zu bedrohen und Angst auszulösen. Während uns als Bayerischer Gemeindetag bisher tatsächlich tätliche Angriffe auf Frauen nicht bekannt geworden sind, spielt jedoch die ganze Bandbreite von persönlichen Bedrohungslagen auch unter dem Gesichtspunkt Frauenfeindlichkeit und Sexismus eine erhebliche Rolle mit dem Ziel, die kommunalen Mandatsträgerinnen dazu zu bringen, dass sie aus einem Gremium zurücktreten oder ihr Amt niederlegen. Dabei lassen diese Menschen anscheinend tatsächlich jegliche Hemmungen fallen und schrecken auch vor drastischen Maßnahmen wie Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen, Vergiftung von Haustieren usw. nicht zurück. Gerade hier wären ein gesellschaftlicher Konsens und eine Solidarität der Gemeinde und Bürger mit ihren weiblichen Kommunalpolitikern notwendig.<sup>3</sup>

## Auswirkung auf die Demokratie vor Ort in den Kommunen

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche Vorkommnisse es in Zukunft deutlich erschweren, geeignete Kandidaten für kommunale Wahlämter zu gewinnen. Da die kommunale Ebene auch gerne als Keimzelle der Demokratie bezeichnet wird, wäre dies eine fatale Entwicklung für unser Gemeinwesen. Sinn und Zweck solcher Aktionen durch die Täter ist es ja, kommunalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Inwieweit dies konkret vor Ort geschieht, ist für uns nicht belegbar und feststellbar. Im Einzelfall kommt es darauf an, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen zu ihren Entscheidungen stehen und sich gerade von solchen Aktionen und Bedrohungslagen nicht beeinflussen lassen.

## Strategien – Konzepte – Lösungen

Achtung und Respekt, vor allem aber auch Wertschätzung gegenüber Kommunalpolitikern müssen ernsthaft vorgelebt werden. Hier sind alle, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, gleichermaßen gefordert, dass sie dies nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich hertragen, sondern tagtäglich leben. Sie sollten Solidarität und Unterstützung bei entsprechenden Bedrohungslagen und Vorkommnissen mit dem Betroffenen zeigen und für unsere Werte aktiv eintreten. Gefordert sind aber auch wir alle, ein positives Beispiel darin zu geben, wie auch in schwierigen politischen Auseinandersetzungen Lösungen gefunden und Konflikte gelöst werden können. Auch das Vorleben und die Akzeptanz demokratisch legitimierter Entscheidungen würden dazu beitragen, den Stellenwert politisch Verantwortlicher vor Ort ins rechte Licht zu rücken. Gefordert sind auch die Medien, sich ihrer besonderen Verantwortung in Staat und Gesellschaft bewusst zu werden und mit ihrer Berichterstattung, sei es in den klassischen Printmedien, aber auch in den Online-Medien, journalistische Verantwortung vorzuleben und hierbei als Vorbild zu dienen.

**Jeder politisch Verantwortliche sollte Wertschätzung vorleben und für unsere Werte eintreten.**

Je nach Art der Beschimpfung oder Bedrohungslage stellt sich die Frage, inwieweit strafrechtliche Aktivitäten oder Maßnahmen, z. B. im Zusammenhang mit dem zivilrechtlichen Ehrenschutz, zum Erfolg führen. Neben juristischen Maßnahmen muss man im Einzelfall abwägen, ob man selbst den Schritt in die Öffentlichkeit wagt oder aber das Thema auch bewusst auf kleiner Flamme kocht, weil häufig Verunglimpfungen oder solche Bedrohungslagen in „Räumen“ stattfinden, die von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Dann würde das Thema erst durch aktives Handeln in die Öffentlichkeit gezerrt werden und im Nachgang daraus vielleicht Negativauswirkungen oder Bedrohungslagen entstehen. Hier sollte jeder Einzelfall für sich betrachtet werden, pauschalisierte Lösungen erscheinen wenig zielführend. Jeder sollte also das eigene Handeln hinterfragen und so agieren, wie man es auch von Dritten erwarten würde und sich überlegen, ob man mit seinem eigenen Handeln andere verleitet, Bedrohungslagen zu erzeugen.

## Rolle und Verantwortung des Freistaats Bayern

**In Deutschland existieren bereits Initiativen, das Strafgesetz zu erweitern, damit Kommunalpolitiker geschützt werden können.**

Derzeit ist auf Bundes- und Landesebene ein intensiver Diskussionsprozess in Gang gesetzt worden, wie das Thema „Bedrohungslage von Kommunalpolitikern“ mit Mitteln des Rechtsstaats bewältigt werden kann. Dabei geht es vor allem darum, im Strafgesetzbuch bereits vorhandene Regelungen weiterzuentwickeln, so dass sie auch auf Kommunalpolitiker Anwendung finden können bzw. in das Strafgesetzbuch neue Normen aufzunehmen, die sich mit dieser Thematik befassen.

So hat das Land Rheinland-Pfalz einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der Klarstellungen im Strafgesetzbuch vorsieht. Durch diese Initiative sollen „im politischen Leben des Volkes stehende Personen“ vor üblen Nachreden und Verleumdungen, insbesondere solche über soziale Medien und das Internet, strafrechtlich besser geschützt werden. Hiervon werden auch Kommunalpolitiker erfasst. Vorteilhaft ist, dass die Verfolgung durch die Staatsanwaltschaften nicht von einem Strafantrag des Verletzten abhängig sein würde, wenn die Strafverfolgungsbehörden das Einschreiten gegen üble Nachrede und Verleumdung aufgrund des besonderen öffentlichen Interesses in der Strafverfolgung von Amts wegen für geboten halten. Die Initiative weist in die richtige Richtung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass die Staatsanwaltschaften mit den notwendigen Personalkapazitäten, die für die Strafverfolgung erforderlich sind, ausgestattet werden. Dies bedeutet, dass neben den rein rechtlichen Änderungen auch die Beschaffung und Organisation des notwendigen Personals zwingende Voraussetzung ist, um hier das zu erreichen, was unbedingt als erforderlich angesehen wird. Wünschenswert wäre es außerdem, wenn den in Bayern betroffenen Kommunalpolitikern (einschließlich deren Angehörigen) adäquate Beratung und Hilfsangebote bereitgestellt würden. So haben einzelne Bundesländer hierauf bereits reagiert. Es gibt beispielsweise in Baden-Württemberg beim Landeskriminalamt zentrale Ansprechstellen für Amts- und Mandatsträger. Dies könnte auch ein geeigneter Weg für Bayern sein.

## Fazit

Die Bedrohungslage von Kommunalpolitikern weist mehr Fälle auf, als in der Öffentlichkeit bekannt sind. Es ist an der Zeit zu handeln. Strafbarkeitslücken müssen geschlossen und Strafverschärfungen vorgenommen werden. Damit die Staatsanwaltschaften die Delikte entsprechend verfolgen und verurteilen können, müssen auch die dafür notwendigen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Ein Ansatz könnte auch sein, kommunalen Mandatsträgern zentrale Ansprechstellen staatlicher Seite zur Verfügung zu stellen.

**Die aktuelle Lage lässt erkennen, dass Lücken im Strafrecht geschlossen und Verschärfungen vorgenommen werden müssen.**

Alle, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen, sind aufgefordert, dass sie der aktuellen Entwicklung aktiv entgegenzutreten und das in ihrer Macht stehende unternehmen, sei es durch Zivilcourage, durch ein positives Vorbild bis hin zu einem wirksamen Entgegenzutreten denen gegenüber, die diese Bedrohungslagen schaffen.

Die kommunalen Spitzenverbände sind bereit, hier einen nachhaltigen Beitrag zu leisten.

///

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der vorliegende Bericht geht zurück auf die Stellungnahme des Bayerischen Gemeindetags im Rahmen der vom Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport einberufenen Expertenanhörung im Bayerischen Landtag am 13.11.2019 zum Thema „Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern“. Die Ausführungen wurden auch veröffentlicht in: Bayerischer Gemeindetag 1/2020, S. 17 ff.
- <sup>2</sup> Gleichwohl waren gerade in der Hochphase der „Flüchtlingskrise“ auch politisch motivierte Straftaten Gegenstand der Bedrohungslage. Im Übrigen gehören sogenannte Reichsbürger und Selbstverwalter in Einzelfällen ebenfalls zum „Täterkreis“.
- <sup>3</sup> Nachtrag kurz vor Redaktionsschluss: Das bayerische Justizministerium hat mittlerweile bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften Ansprechpartner benannt, die den Kommunalpolitikerinnen bei begangenen Straftaten zur Seite stehen und der Bundestag hat in seiner Sitzung am 18.6.2020 das Gesetzspaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität verabschiedet. Hier ist insbesondere die Reform des § 188 des Strafgesetzbuches zu nennen. Kommunalpolitiker werden ausdrücklich in den Schutzbereich der Norm einbezogen, der besondere strafrechtliche Schutz vor Verleumdungen und übler Nachrede wird auch auf Beleidigungen erweitert.

### **Larissa Deppisch**

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Ländliche Räume.

### **Dr. Andreas Klärner**

ist Wissenschaftlicher Rat am Thünen-Institut für Ländliche Räume und Privatdozent an der Universität Rostock.

### **Dr. Patrick Küpper**

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Ländliche Räume.

### **Dr. Stefan Neumeier**

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Ländliche Räume.

### **Torsten Osigius**

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Das Thünen-Institut ist u. a. für das „Monitoring ländlicher Räume“ und den Landatlas verantwortlich.

■ Web: [www.landatlas.de](http://www.landatlas.de)

/// Was uns ein Blick auf Strukturdaten verrät

## Von der Erzählung vom „abgehängten ländlichen Raum“

**In diesem Beitrag greifen wir die Diskussion um den abgehängten ländlichen Raum auf und stellen gängige Annahmen auf den Prüfstand. Wir beleuchten schlaglichtartig die Bereiche Gesundheitsdienstleistungen und Gesundheitsinfrastruktur, Soziales, Wanderungsverhalten, regionale Ungleichheiten sowie Wahlverhalten und zeigen, dass wir von einer Vielfalt ländlicher Räume ausgehen sollten.**

### Öffentliche Debatte um ungleiche Lebensverhältnisse

Seit einigen Jahren hat die Diskussion um räumliche, regionale Ungleichheiten bezüglich der Lebensverhältnisse in Deutschland in der Öffentlichkeit wieder eine verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Die gegenwärtige medial und politisch geführte Debatte fokussiert vor allem *den* ländlichen Raum. Dieser sei von den dynamischen und positiven Entwicklungen der urbanen Zentren „abgehängt und in die Peripherie gedrängt“ worden. Die dort lebenden Menschen würden von der allgemein positiven Entwicklung nicht profitieren. In der Folge würden sich diese Menschen der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) zuwenden.

**Die Diskussion um räumliche, regionale Ungleichheiten hat in den letzten Jahren wieder zugenommen.**

Ob diese vereinfachten Bilder und Erklärungsmuster wirklich zutreffen, ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive strittig. Daher ist es sinnvoll, sich die vorliegenden Daten bezüglich wirtschaftlicher, sozialer, demografischer und infrastruktureller Faktoren anzuschauen und zu fragen, ob es gerechtfertigt ist, von den ländlichen Räumen in Deutschland pauschal als „dem abgehängten ländlichen Raum“ zu sprechen. Um diese Frage zu beantworten, greifen wir im Folgenden exemplarisch einige Schlagworte der Erzählung vom „abgehängten ländlichen Raum“ auf und kontrastieren diese mit Erkenntnissen aus der Wissenschaft. Dabei konzentrieren wir uns auf diejenigen Schlagworte, die unseres Eindrucks nach derzeit in der Gleichwertigkeitsdebatte besonders häufig thematisiert werden.

### **„Der ländliche Raum ist eine eigene Raumkategorie mit ganz bestimmten Eigenschaften.“**

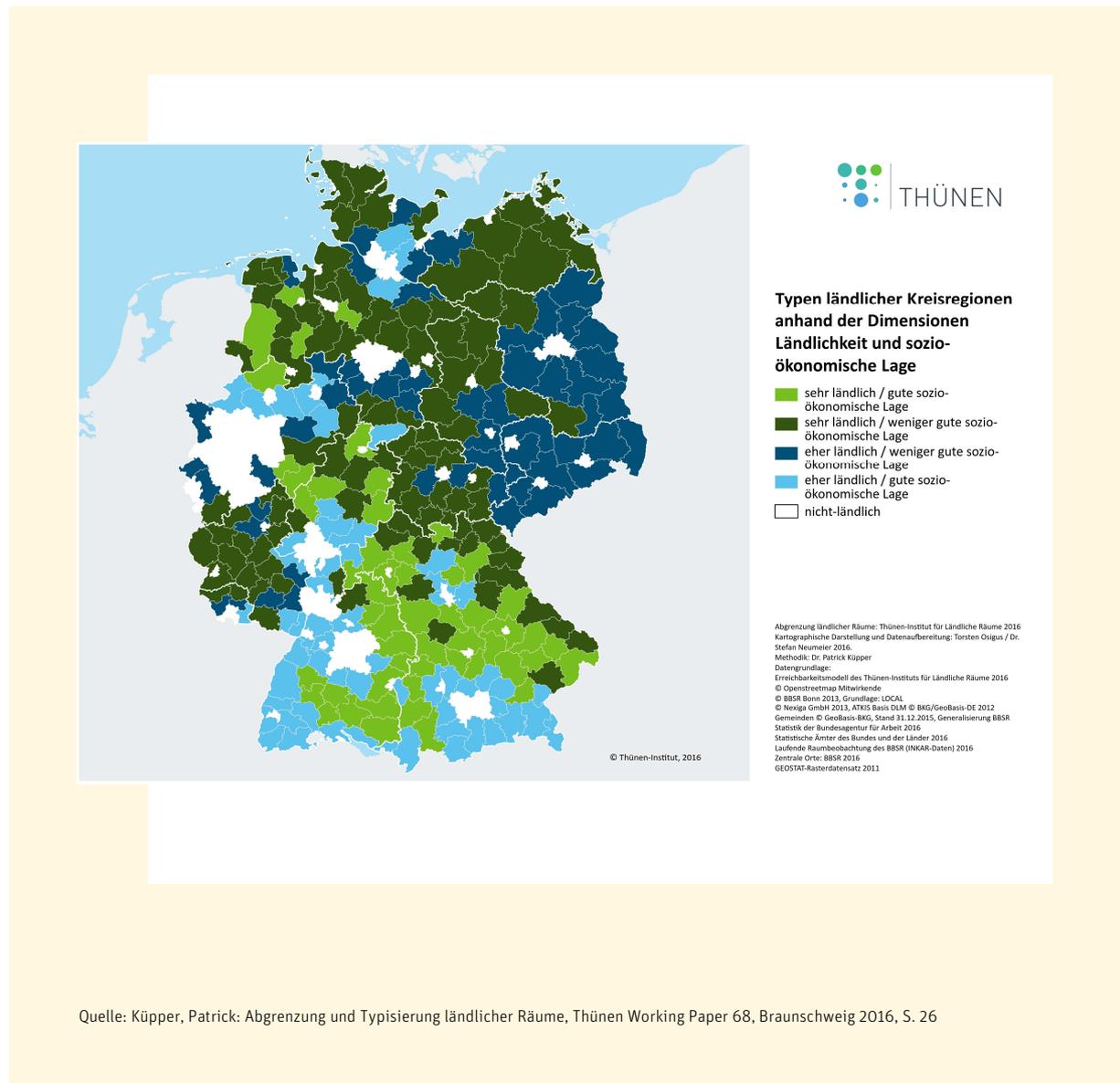
**Zur Einteilung der ländlichen Räume legt das Thünen-Institut die Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage zugrunde.**

Eine allgemeingültige Definition des ländlichen Raumes existiert nicht und die gängigen Definitionen unterscheiden sich im Ergebnis teilweise deutlich hinsichtlich der Fläche, die als ländlicher Raum bezeichnet wird. Gemäß der unseren Analysen zugrunde liegenden Definition des Thünen-Instituts, die verschiedene Aspekte vereint, ist die Ländlichkeit „tendenziell umso ausgeprägter, je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer das Bevölkerungspotenzial und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren ist“.<sup>1</sup> In dieser Definition werden auch Klein- und Mittelstädte den ländlichen Räumen zugeordnet. Nach dieser Abgrenzung sind ca. 91 Prozent der Fläche Deutschlands ländlich geprägt und ca. 57 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben in ländlichen Räumen. Neben der Ländlichkeit unterscheidet das Thünen-Institut Räume anhand einer zweiten Dimension: der sozioökonomischen Lage. Diese berücksichtigt Indikatoren aus den Bereichen Einkommen, Beschäftigung, Gesundheit, Bildung, Wohnen sowie öffentliche Dienstleistungen. Die sozioökonomische Lage kann gut bis weniger gut ausfallen. Entlang der beiden Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage charakterisiert das Thünen-Institut Räume in Form von vier Typen (siehe Abb. 1).

Die Karte in Abbildung 1 zeigt, dass es nicht *den* ländlichen Raum gibt. Vielmehr zeigt sich bereits auf dieser sehr groben Ebene der Unterscheidung eine Vielfalt von ländlichen Räumen in Deutschland. Somit lässt sich als erstes Ergebnis festhalten, dass die Erzählung von der Existenz des einen homogenen ländlichen Raumes nicht haltbar ist. Des Weiteren zeigt die Typologie des Thünen-Instituts, die hier exemplarisch aufgegriffen wurde,

auch, dass es etwa in allen Bundesländern ländliche Räume mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage gibt. Durchgängig gilt dies für alle ländlichen Räume in den ostdeutschen Bundesländern wie auch für große Teile Schleswig-Holsteins, Niedersachsens oder in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig gibt es aber auch ländliche Räume mit einer guten wirtschaftlichen Lage, vor allem in Baden-Württemberg und Bayern.

**Abbildung 1:**  
Typen ländlicher Kreisregionen anhand der Dimensionen Ländlichkeit und sozioökonomische Lage



## „Im ländlichen Raum mangelt es an Medizindienstleistungen.“

Im internationalen Vergleich ist in Deutschland die regionale gesundheitsbezogene Infrastruktur qualitativ relativ gut und räumlich eher gleich verteilt.<sup>2</sup> In vielen ländlichen Gebieten ist die Erreichbarkeit von Haus- und Fachärzten für Menschen mit Pkw zuweilen unkomfortabel, aber machbar. Für Menschen, denen kein Pkw zur Verfügung steht (wie etwa Hochbetagte und Jugendliche), gestaltet sich vor allem die Erreichbarkeit von Fachärzten in vielen Gebieten problematisch. Regionen, in denen besonders ungünstige Erreichbarkeiten vorzufinden sind, befinden sich in ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsen-Anhalts, teilweise aber auch im westlichen Rheinland-Pfalz, in Nord- und Niederbayern, im östlichen Niedersachsen und in Schleswig-Holstein.<sup>3</sup>

Festzuhalten ist, dass sich in Deutschland, bedingt durch die „Niederlassungspolitik“ bei der Ärzteverteilung, ein räumliches Standortmuster herausgebildet hat, das hohe Arztdichten in Städten und geringere Arztdichten in ländlichen Räumen begünstigt. Aktuell und in naher Zukunft, so die Prognosen zur Ärzteentwicklung, werden mehr niedergelassene Mediziner und hier insbesondere Hausärzte altersbedingt aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden.

**Die Gewährleistung  
ärztlicher Versorgung in  
ländlichen Räumen  
wird schwieriger.**

Junge Mediziner bevorzugen in der Regel Praxen in attraktiven Regionen, sodass davon auszugehen ist, dass es vor allem in unattraktiven ländlichen Regionen zunehmend schwerer werden wird, neue Ärzte zu finden. In Konsequenz erhöht sich dadurch die Wahrscheinlichkeit, dass sich in Zukunft die heute noch überwiegend gute ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen verschlechtert. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des normativen Leitbildes der gleichwertigen Lebensverhältnisse kritisch zu sehen, da Unterversorgung in der Gesundheitsversorgung nicht wie bei den übrigen Dimensionen der Lebensverhältnisse durch andere „Infrastrukturen“ kompensiert werden kann und somit mit dem Anspruch der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht vereinbar ist.<sup>4</sup> Insofern bestätigt sich der postulierte Mangel an Medizindienstleistungen teilweise. Aktuell davon betroffen sind vor allem weniger mobile Bürger, die in den oben angesprochenen ländlichen Räumen leben.

## „Im ländlichen Raum Ostdeutschlands ist alles schlechter.“

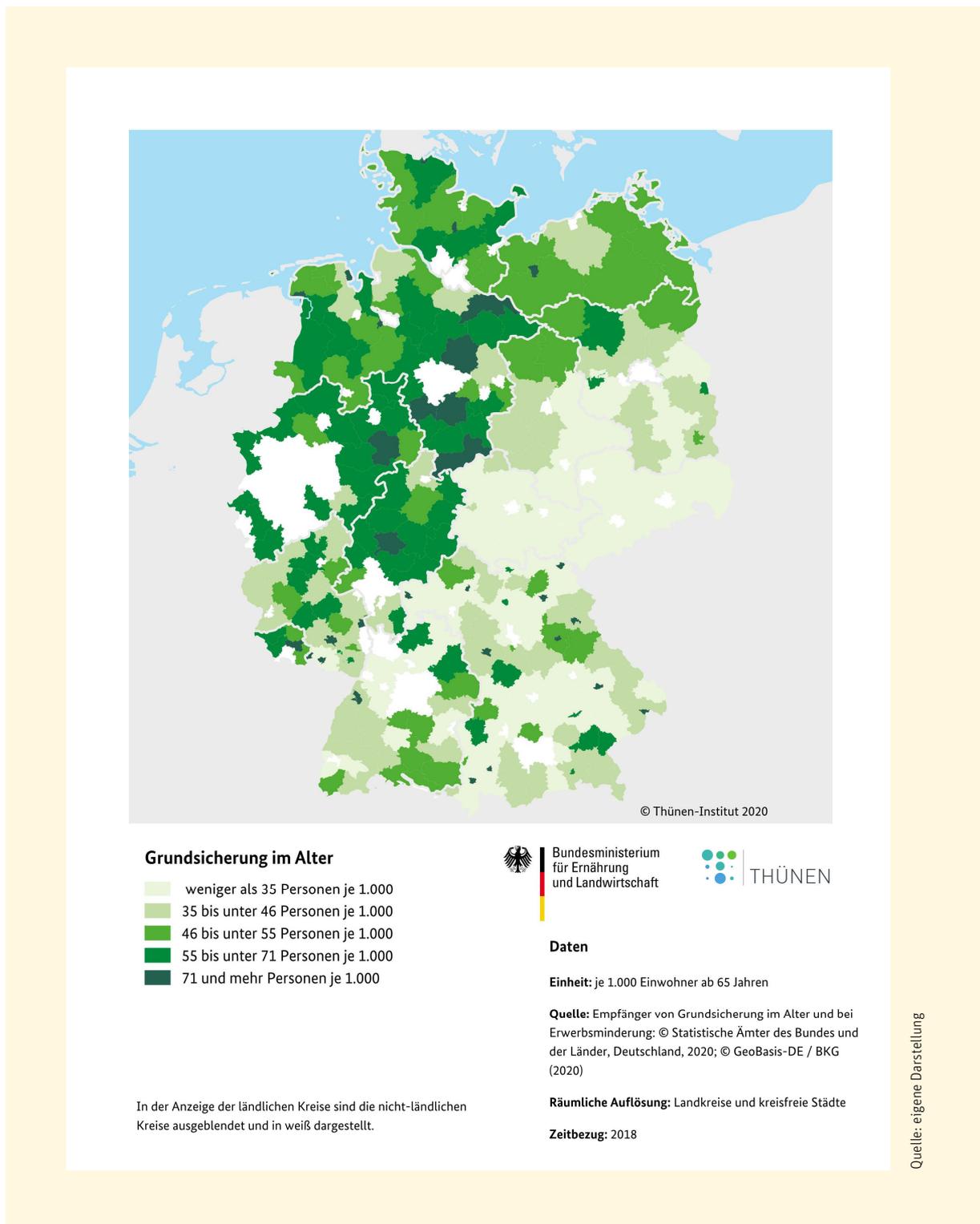
Die ländlichen Räume Ostdeutschlands haben durchweg eine weniger gute sozioökonomische Lage. So ist beispielsweise die Arbeitslosigkeit dort höher und die verfügbaren Einkommen privater Haushalte sowie die kommunale Steuerkraft sind geringer. Aber es gibt andere Indikatoren, bei denen die ostdeutschen ländlichen Räume deutlich besser abschneiden als die westdeutschen. So ist etwa die Betreuungsquote von Kindern zwischen null und drei Jahren in den ostdeutschen Bundesländern besonders hoch, weil die entsprechende Kinderbetreuungsinfrastruktur auch in der Fläche vorhanden ist.

Des Weiteren ist der Anteil der ausschließlich oder im Nebenjob geringfügig entlohnten Beschäftigten in Ostdeutschland geringer. Auch der Anteil der über 65-Jährigen, die Grundsicherung im Alter empfangen, an allen Personen in diesem Alter lag in den ostdeutschen ländlichen Räumen im Jahr 2014 deutlich unter dem der meisten ländlichen Räume westdeutscher Bundesländer (siehe Abb. 2).

Der Anteil lag in ostdeutschen Bundesländern meist bei unter 1 Prozent, während er in manchen westdeutschen Bundesländern oftmals bei 2 bis über 3 Prozent liegt. Dies ist u. a. durch den hohen Anteil an Rentnern, die zu DDR-Zeiten Rentenansprüche erworben haben, und der dort verbreiteten hohen Frauenerwerbstätigkeit zu erklären. Aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien in den 1990er-Jahren ist hier jedoch mittelfristig ein deutlicher Anstieg des Anteils Grundsicherung im Alter empfangender Personen zu erwarten. Wie diese exemplarischen Beispiele zeigen, lässt sich die Erzählung, dass im ländlichen Raum Ostdeutschlands per se alles schlechter ist, nicht halten. Vielmehr ist hier immer eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen Stärken und Schwächen der einzelnen ländlichen Räume notwendig, um adäquate Problemlösungen zu finden.

**Ländliche Räume im Osten schneiden sozioökonomisch schlechter, bei der Betreuungsquote aber besser ab als der Westen.**

Abbildung 2: Grundsicherung im Alter



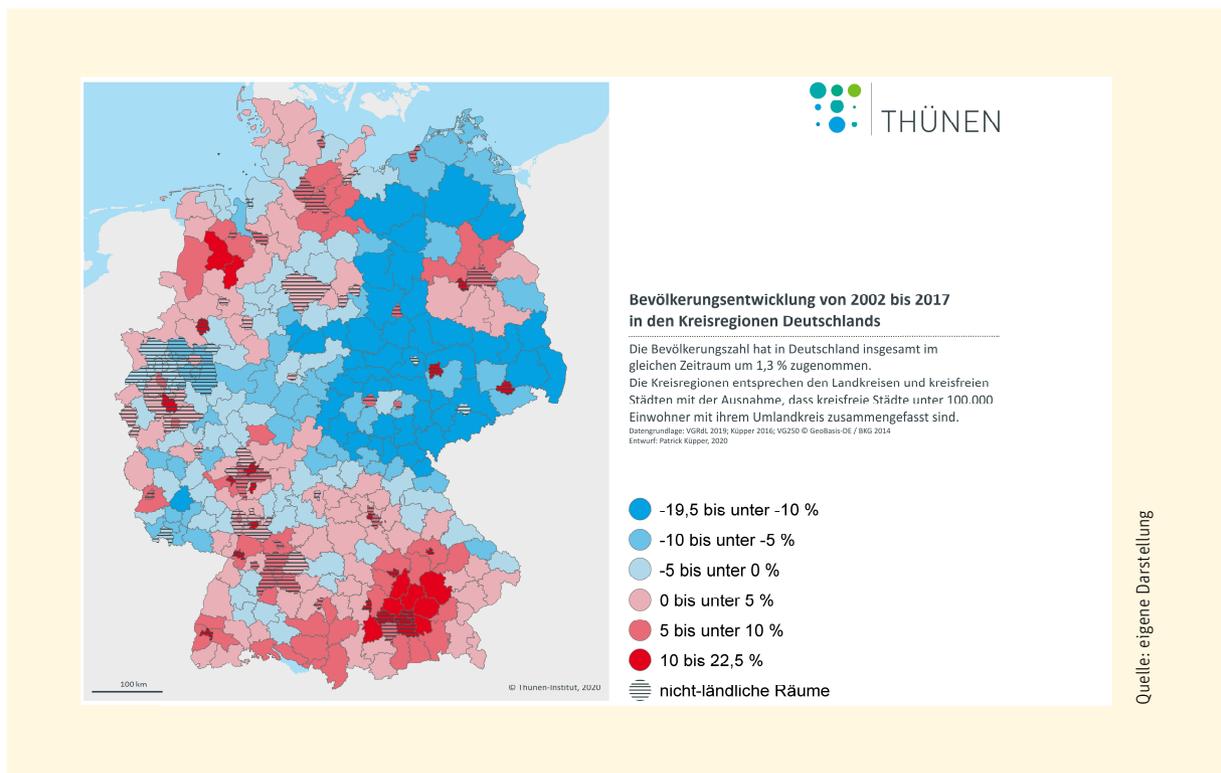
## „Ländliche Räume entleeren sich.“

Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung gibt es eine Reihe ländlicher Kreisregionen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, in denen die Bevölkerungszahl abnimmt (siehe Abb. 3). Gleichwohl gibt es auch eine Reihe ländlicher Regionen, in denen die Bevölkerung wächst, vor allem im Umland von Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und München sowie im Ruhrgebiet. Betrachtet man z. B. die Arbeitskräftemobilität, so lässt sich außerdem feststellen, dass Wanderungsbilanzen ländlicher Räume nicht per se negativ sind. Die Wanderungsströme sozialversicherungspflichtig Beschäftigter weisen auf eine Nettozuwanderung in ländliche Räume hin – sogenannte Suburbanisierungstendenzen. Wanderungsverluste lassen sich in ländlichen Räumen vor allem bei jungen Arbeits-

kräften, Arbeitslosen und Empfängern von Grundsicherung feststellen. Betroffen sind vor allem ländliche Räume mit weniger guter sozioökonomischer Lage im Osten.

Wanderungsergebnisse sind immer auch von der jeweils betrachteten Personengruppe abhängig. Das führt dazu, dass mögliche Handlungsbedarfe innerhalb der Gruppe der ländlichen Regionen variieren. Die Daten deuten somit darauf hin, dass die Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Regionen in Deutschland durch eine große Heterogenität gekennzeichnet ist. Von einer generellen Abwanderung aus ländlichen Räumen, einer „Landflucht“ oder einem „Ausbluten“ ländlicher Räume kann daher nicht die Rede sein.

Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Räumen im Zeitraum 2002-2017



## „Räumliche Ungleichheiten nehmen in Deutschland beständig zu.“

**Eine Abkopplung ländlicher Räume lässt sich ebenso wenig feststellen wie ein Auseinanderdriften der Regionen.**

Die Frage, ob die Ungleichheiten zu Ungunsten ländlicher Räume im Gesamten zunehmen, lässt sich am besten indikatorenübergreifend im Zeitverlauf untersuchen. Eine aktuelle Studie des Thünen-Instituts hat sich diesbezüglich insgesamt 13 Indikatoren aus den Bereichen Wirtschaftskraft, soziale Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur angeschaut. Diese zeigt, wie sich regionale Ungleichheiten in Deutschland seit dem Jahr 2000 entwickelt haben. Die Autoren halten fest, dass sich „auf der räumlichen Analyseebene der Kreisregionen weder ein grundsätzliches Auseinanderdriften der Regionen in Deutschland noch eine pauschale Abkopplung ländlicher Räume von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung feststellen“<sup>5</sup> lässt.

Ein Blick auf den Zeitverlauf zeitigt überraschende Erkenntnisse. So ist zum Beispiel die Arbeitslosenquote zwischen 2001 und 2015 in 94 Prozent aller Kreisregionen gesunken. Regionen mit steigender Arbeitslosenquote finden sich mit einer Ausnahme, dem Landkreis Calw in Baden-Württemberg, ausschließlich in nicht-ländlichen Regionen. In großen Teilen Ostdeutschlands, insbesondere in Sachsen und Thüringen, ist die Arbeitslosenquote vergleichsweise stark zurückgegangen.<sup>6</sup>

Diese Befunde sollten allerdings vorsichtig interpretiert werden, da eine Erklärung für den Rückgang auch eine „passive Sanierung“<sup>7</sup> sein kann. Dies bedeutet, dass der Rückgang der Arbeitslosenquote nicht auf wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zurückzuführen ist, sondern auf ein sinkendes Arbeitskräfteangebot: etwa weil die geburten-schwachen Jahrgänge der 1990er-Jahre, die in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, nur zu einem geringen Anteil die geburtenstarken Jahrgänge, die ins Rentenalter gekommen sind, ersetzen konnten. Zudem sind viele Erwerbspersonen in andere Regionen abgewandert, was auch zum Rückgang der Arbeitslosenquote beigetragen hat.

Insgesamt deckt sich das Fazit der Studie des Thünen-Instituts aber mit anderen Untersuchungen zur Entwicklung räumlicher Disparitäten, deren Ergebnisse alle darauf hindeuten, dass jene nicht grundsätzlich zunehmen.

## „Die AfD wird hauptsächlich in ländlichen Räumen gewählt.“

Wahlerfolge der AfD werden in der politischen und öffentlichen Diskussion immer wieder dadurch erklärt, dass sich Menschen in ländlichen Räumen „abgehängt“ fühlen. Doch lässt sich die These, je ländlicher eine Region, desto höher der Anteil der AfD-Zweitstimmen, auch halten? Eine Analyse des Thünen-Instituts für Ländliche Räume<sup>8</sup> zeigt ein differenzierteres Bild, das für Ost- und Westdeutschland unterschiedlich ausfällt.

In Ostdeutschland weisen vor allem Gemeinden in eher ländlichen Räumen (insbesondere in Kleinstädten) im Vergleich zu allen anderen ostdeutschen Gemeinden die höchsten AfD-Wahlergebnisse auf. Die AfD-Wahlergebnisse in sehr ländlichen (d. h. sehr dünn besiedelten, abgelegenen) Gemeinden und in urbanen (d. h. sehr dicht besiedelten, zentralen) Gemeinden fallen dagegen geringer aus.

Für Westdeutschland zeichnet sich hingegen ein anderes Bild ab. Die AfD-Wahlergebnisse in eher ländlichen (d. h. mäßig dünn besiedelten, mäßig abgelegenen) Gemeinden sowie urbanen Gemeinden befinden sich hier auf demselben Niveau. Sehr ländliche Gemeinden dagegen weisen im Vergleich eher geringere AfD-Wahlergebnisse auf. Insgesamt liegt das Niveau der AfD-Wahlergebnisse ostdeutscher Gemeinden stark über dem westdeutscher Gemeinden. Davon, dass die AfD hauptsächlich in ländlichen Räumen gewählt wird, kann nicht die Rede sein.

**Es ist nicht richtig, dass die AfD vorwiegend in ländlichen Räumen gewählt wird.**

## Fazit

Anhand der hier exemplarisch angerissenen Themenbereiche haben wir die gängige Erzählung vom per se „abgehängten“ ländlichen Raum infrage gestellt und relativiert. Eine Analyse der existierenden Daten zu wirtschaftlichen, sozialen, demografischen und infrastrukturellen Gegebenheiten ländlicher Räume in Deutschland zeigt:

- Den einen ländlichen Raum gibt es nicht. Vielmehr existiert in Deutschland eine Vielfalt ländlicher Räume.
- Von einer generellen wirtschaftlich schlechten Lage ländlicher Räume kann nicht die Rede sein. Vor allem im Norden und Osten Deutschlands gibt es ländliche Regionen mit einer eher schlechten sozioökonomischen Lage. Insbesondere im Süden Deutschlands gibt es aber auch zahlreiche prosperierende ländliche Regionen.

- Während ostdeutsche ländliche Regionen durchgehend eine wirtschaftlich weniger gute Lage aufweisen, schneiden sie in einzelnen Bereichen (z. B. Grundsicherung im Alter oder Ganztagsbetreuung) durchaus gut ab.
- Ländliche Räume sind vielfach attraktive Wohnregionen. Die grundlegenden Infrastrukturen sind aktuell relativ gleich verteilt und per Pkw auch gut erreichbar. Bevölkerungsgruppen, die über keinen Pkw verfügen, sind in ländlichen Räumen jedoch deutlich schlechter gestellt.
- Ländliche Räume werden in ihrer Gesamtheit nicht von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und die Regionen in Deutschland driften nicht grundsätzlich auseinander.
- Die AfD wird nicht hauptsächlich in ländlichen Räumen gewählt. In Ostdeutschland erhält sie in Gemeinden in eher ländlichen Räumen und in Westdeutschland in Gemeinden in eher ländlichen und urbanen Räumen die meisten Stimmen.

**Die Instrumente und Strategien müssen den jeweiligen Begebenheiten vor Ort angepasst werden.**

Auf Basis dieser Fakten möchten wir als Ratschlag für eine ehrliche und an echten Problemlösungen interessierte Politik für ländliche Räume festhalten: Die Vielfalt der ländlichen Räume in Deutschland benötigt nicht nur einen Lösungsansatz und auch keine symbolische Politik, sondern jeweils unterschiedliche, an die individuellen örtlichen Begebenheiten angepasste Instrumente und Strategien. Diese könnten oftmals besser vor Ort erarbeitet werden und von einem flexibleren Förderrahmen<sup>9</sup> oder einer besseren Finanzausstattung der Kommunen profitieren. Lösungsansätze sollten dabei nicht nur die Belange und Bedürfnisse der im Erwerbsleben stehenden Menschen berücksichtigen, sondern auch jene von Kindern, Jugendlichen und Senioren sowie von Menschen, die in der ein oder anderen Weise sozial benachteiligt oder mobilitätseingeschränkt sind.

///

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Küpper, Patrick: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Thünen Working Paper 68, Braunschweig 2016, S. i.
- <sup>2</sup> Neumeier, Stefan: Regionale Erreichbarkeit von ausgewählten Fachärzten, Apotheken, ambulanten Pflegediensten und weiteren ausgewählten Medizindienstleistungen in Deutschland. Abschätzung auf Basis des Thünen-Erreichbarkeitsmodells, Thünen Working Paper 77, Braunschweig 2017.
- <sup>3</sup> Neumeier, Stefan: Haus- und Facharzteerreichbarkeit in Deutschland: Regionalisierte Betrachtung auf Basis einer GIS-Erreichbarkeitsanalyse, in: Raumplanung 192-4/2017, S. 30-37.
- <sup>4</sup> Ried, Walter: Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum: Ziele und Indikatoren, in: Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, hrsg. von Michael Herbst, Frieder Dünkel und Benjamin Stahl, Wiesbaden 2016, S. 1-24.
- <sup>5</sup> Küpper, Patrick / Peters, Jan Cornelius: Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen, Thünen Report 66, Braunschweig 2019, S. i.
- <sup>6</sup> Ebd., S. 15 ff.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 18.
- <sup>8</sup> Deppisch, Larisa / Klärner, Andreas / Osigus, Torsten: Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?, in: Wissen Schafft Demokratie 5/2019, S. 74-87.
- <sup>9</sup> Diesen lässt die Förder- und Interventionslogik der Förderpolitik derzeit jedoch oftmals gar nicht zu, sodass hier die Fördermodalitäten häufig im Widerspruch zum praktischen Bedarf vor Ort stehen, was im Sinne einer zielgerichteten Verwendung öffentlicher Gelder aus unserer Sicht fragwürdig ist.

### **Dr. Heiko Tammena**

ist seit 2011 Referent für Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit an der Landesstelle der Katholischen Landjugendbewegung Bayern (KLJB) in München. Er vertritt die KLJB im „Beirat Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenrechte“ (KDM) und im Bundes-Arbeits-Kreis Kirche und Rechtsextremismus.

■ Web: [www.kljb-bayern.de](http://www.kljb-bayern.de)

■ Mail: [h.tammena@kljb-bayern.de](mailto:h.tammena@kljb-bayern.de)

/// Ergebnisse und Folgen der KLJB-Studie

# Die Jugend will mehr beteiligt werden!

**Im Frühjahr 2020 wurde von der Katholischen Landjugendbewegung Bayern (KLJB) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (isr) die Studie „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt“<sup>1</sup> vorgelegt. Das Besondere daran wird schon nach wenigen Blicken auf die Forschungsfragen und Ergebnisse deutlich: Diese Studie schaut mit dem Blick der Landjugend selbst auf die „weichen“ Halte- und Rückkehrfaktoren, die gegen die „harten“ wie Arbeitsplätze, Bauplätze, Infrastruktur für Verkehr, Bauplätze und Digitalisierung in Wissenschaft, Politik und Medien allzu oft unbeachtet bleiben.**

Die in der Studie stark betonten sozialen Beziehungen im jeweiligen Heimatdorf – in Familien, Vereinen und Jugendverbänden – gehören zu den „weichen Faktoren“. Dazu zählt aber auch das der Landjugend noch wenig überlassene Feld der Politik, der öffentlichen Entscheidungen über die Verteilung von Macht, Geld und weiteren Ressourcen in einem Dorf oder einer Verwaltungsgemeinschaft.

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Jugend wirklich sehr gerne in ihrem Heimatdorf lebt oder dorthin zurückkehrt, dennoch fehlende Partizipation eines der größten Potenziale für die Zukunft auf dem Land ist. Dies ist zugleich eine Gefahr für Parteien und Bewegungen, die zum Rechtsextremismus hin offen sind. Teilhabe und Mitbestimmung im „Mikrokosmos Dorf“, der bei aller Tradition aktuell stark im Wandel ist, werden dabei zu einer wichtigen Frage für die Stabilität der Demokratie im ganzen Land.

**Die „weichen Faktoren“ stellen die sozialen Beziehungen in Familien, Vereinen und Jugendverbänden dar.**

## Viele Stimmen für mehr politische Jugendbeteiligung

Es fehlt seit Jahren nicht an engagierten Plädoyers und Appellen wie „Rettet das Dorf“, die immer auch eine bessere Bürgerbeteiligung „auf dem Weg zur Bürgerkommune mit dem Bürger als Partner“ fordern. Nicht immer wird dabei an eine politische Beteiligung der jungen Menschen gedacht.<sup>2</sup>

Im neuen Standardwerk „Kommunale Jugendpolitik“ verweist Winfried Pletzer darauf, dass die von der Jugendarbeit seit langem eingeforderte Jugendbeteiligung gerade in Zeiten des demografischen Wandels gute Chancen auf Verwirklichung hat: „Das Stichwort ‚Gelingende Kommunale Jugendpolitik als kommunaler Standortfaktor‘ hat politischen Marktwert und lässt sich in kommunalpolitischen Diskursen in den Städten, Märkten und Gemeinden argumentativ durchaus gewinnbringend vertreten.“<sup>3</sup> Hier gibt es also viel Raum und Zeit für neue politische Aufbrüche heraus aus einer selbst verschuldeten Vermeidung von Jugendpolitik als gemeindliche Aufgabe.

In den Gesprächen zur Studie „Stadt. Land. Wo?“ mit Fachkräften der Jugendarbeit konnte dazu passend differenziert werden, welche Gemeinden aktive Jugendpolitik betreiben, nicht nur im stadtnahen Bereich Landkreis Regensburg, sondern etwa auch in der Stadt Viechtach (Landkreis Regen), die bereits im öffentlichen Nahverkehr vorbildlich wirkt und im Ergebnis eine positive Wanderungsbilanz aufweist.<sup>4</sup>



Copyright: Heiko Tammema

In einem Workshop in Aholming wird ein Kurzvideo zum Thema „Was sind die Stärken in unserem Dorf?“ gedreht.

## Viele Wege führen zu mehr Jugendbeteiligung

Zum Thema politische Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen besteht nicht nur großer Handlungsbedarf, sondern auch weiterer Forschungsbedarf. Auch im Bereich politische Bildung in der Jugendarbeit muss noch viel getan werden. Inzwischen liegen immerhin ausreichend praktische Erfahrungen vor: Hier eine Jugendbefragung im Landkreis Freyung-Grafenau, dort in den Landkreisen Roth und Kulmbach, Jugend-Workshops auf Gemeindeebene und anderswo. Jungbürgerversammlungen und andere Formate, die mit wirklich jugendgerechten Methoden und viel Spaß an der Beteiligung zu guten Ergebnissen kommen, müssen nicht immer die große Dimension haben wie im Landkreis Rosenheim unter dem Titel „myvision“ unter Beteiligung des Partizipations-Beraters Erik Flügge.<sup>5</sup>

---

## Bürgermeister sprechen von Bauplätzen – Fachkräfte von Jugendpolitik

Im Ergebnis der KLJB-Studie ergab sich interessanterweise bei den Interviews mit den Bürgermeistern (tatsächlich waren diese nur männlich), dass nur im stadtnahen Raum im Landkreis Regensburg auch über vorhandene Institutionen und Instrumente der Jugendbeteiligung gesprochen wurde. Die Interviewten sprachen ausführlich über Bauplätze, Arbeitsplätze, Verkehrsanbindung und schnelles Internet, immer auch über das aktive Vereinsleben, aber nicht über politische Partizipation.

In den Befragungen und Interviews mit Fachkräften aus der Jugendarbeit gab es klare Hinweise darauf, dass in den Untersuchungsregionen die Strukturen kommunaler Jugendpolitik und besonders die Jugendbeteiligung sehr schwach sind. Auch fiel auf, dass in den peripheren Regionen Regen, Cham und Freyung-Grafenau trotz vorhandener und gut nachgefragter Ansätze nur wenig kommunale Jugendpolitik

betrieben wird, etwa mit Workshops im Landkreis Regen. Im Landkreis Regensburg dagegen bestehen stärkere Strukturen, was wahrscheinlich daran liegt, dass in nahezu jeder Gemeinde ein Jugendtreff mit hauptamtlicher Jugendpflege vorhanden ist.

Besonders gewünscht wurden auch in diesen Fachkräftegesprächen eine nachhaltig wirksame Jugendpartizipation mit professioneller Begleitung und Jugendtreffs als öffentliche Orte für junge Menschen. Partizipation wird dabei als neues und auch nicht immer politisch wichtig erkanntes Feld gesehen, es „hat keine Tradition“, wenn Jugendarbeit bisher als Jugendfreizeitaktivität für und mit Vereinen verstanden wird. Es gehe bei Jugendbeteiligung am Anfang darum, einfach zu fragen, was gibt es und was braucht es, denn „die sind viel kreativer, als man denen zutraut!“

## Klares Urteil: Jugend benennt das Defizit für Partizipation

Sehr klar und schon schockierend war das Ergebnis der Online-Befragung. Bei 447 Befragten wird die Aussage „Die politisch Verantwortlichen interessieren sich für die Probleme der jungen Menschen“ überwiegend negativ bewertet (mit einem Wert von 2,2 auf der Skala von 1 bis 4, mit nur geringen Unterschieden der drei Raumkategorien). Hier gibt es also eine Vertrauenskrise zwischen Jugend und Politik schon auf lokaler Ebene, wo man sich noch kennt, aber nicht immer auch schätzt. Klare Zustimmung findet dagegen die Aussage „Man könnte hier etwas verändern, wenn die jungen Menschen mehr gefragt werden.“ mit 3,2.

**Die Online-Befragung zeigt hohe Unzufriedenheit mit der örtlichen Jugendpolitik auf.**

Besonders auffällig war in der Online-Befragung, dass die Zufriedenheit mit der örtlichen Jugendpolitik einer der schwächsten Faktoren ist. Auf die Frage „Wie zufrieden bist du mit den Angeboten und Lebensbedingungen?“ werden in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten auch sonst häufig diskutierte Defizite wie Wohnungsangebot und Shoppen (2,5), Kino, Kultur, Jugendtreffs (alle 2,6) noch als durchschnittlich, nicht negativ bewertet. Die Frage „Wie zufrieden bist du mit deinen Möglichkeiten politischer Einflussnahme?“ wird unter den Lebensbedingungen dabei exakt gleich der „Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr“ mit 2,4 leicht unterdurchschnittlich bewertet, weitaus schlechter als mit „meinen Möglichkeiten, mein Leben selbst zu gestalten“ (3,3) und „meinen Möglichkeiten, mich in die Gemeinschaft einzubringen“ (3,1).

Dabei bestehen zwischen den drei Raumkategorien und auch den Geschlechtern kaum messbare Unterschiede. Das Defizit der kaum vorhandenen Einflussnahme der Jugend wird in der Befragung von ihnen selbst als ebenso negativ bewertet wie die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr! Während das eine dagegen ein Dauerbrenner der politischen Debatte mit großer Aufmerksamkeit in Gemeinderäten und Verwaltungen ist (ÖPNV), spielt das andere (Jugendpolitik) eine randständige Rolle. Das wird besonders stark sichtbar, wenn man kommunale Haushalte als Ausdruck des politischen Willens zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen sieht.

## Vielfalt auf dem Land – viel Potenzial für „schräge Ideen“

Verbunden ist das Defizit der Partizipation auf dem Land mit Defiziten bei der Vielfalt, nach der die Studie auch gezielt gefragt hat. Hier werden alte Urteile über hohe soziale Kontrolle und relativ geringe Toleranz gegenüber neuen Lebensformen bestätigt: „Wenn einer anders ist, hat er es schwer“, ist ein Zitat aus den Workshops, das es sehr gut ausdrückt. Das Image vom Land ist weiterhin leider „weniger weltoffen“ und „weniger tolerant“ gegenüber der Stadt, so die Urteile der Befragungen.

**Auf dem Land besteht wenig Toleranz gegenüber alternativen Lebens- und Wohnformen.**

Das drückt sich dann aus in der kommunalen Politik – für „junge, alternative“ Lebens- und Wohnformen besteht weniger Offenheit, auch wenn viel Raum dafür wäre. Die Geschlechter-Rollen sind relativ traditionell. Selbst wenn es Jugendangebote gibt, richten die sich einseitig an einer männlich geprägten Freizeitkultur der Bolzplätze aus. Hier gibt es noch viel Potenzial besonders für junge Menschen, die auch kreative, schräge und „spinnerte“ Ideen und Lebensentwürfe haben und diese eher in der Stadt verwirklichen wollen.

## Politische Demokratie stärken – Jugendpolitik als wirksame Maßnahme gegen Rechtsextremismus

Als wichtiges Handlungsfeld für Politik und Kirche gilt es nicht nur, den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die politische Demokratie und Vielfalt zu stärken. Wo es keine vielfältige Jugendarbeit (mehr) gibt, öffnen sich Räume für die extreme Rechte, wie Beispiele aus Oberfranken und Ostdeutschland und die Wahlerfolge der AfD auch im peripheren Raum Ostbayerns zeigen. Wenn die AfD in peripheren Gemeinden aufsteigt (Bundestagswahl 2017 bis 28,1 % in Mauth, Landkreis Freyung-Grafenau, und Landtagswahl 2018 bis 24,5 % in Arrach, Landkreis Cham), dann wird es Zeit, auch über politische Bildung und demokratische Jugendpolitik auf Gemeindeebene nachzudenken.<sup>6</sup>

Dass dieses Problem im Rahmen der Studie „Stadt. Land. Wo?“ von der Jugend selbst in Workshops nur zögerlich Thema wurde, aber sehr stark von den professionellen Fachkräften der Jugendarbeit, muss nicht bedeuten, dass es keine offenen Räume für Rechtsextremismus gibt. Auch in diesem Feld muss die Zivilgesellschaft mit politischer Bildung und Vernetzung demokratischer Strukturen handeln, bevor Rechtsextreme über punktuelle Wahlerfolge hinaus ihre Weltanschauung im zivilgesellschaftlichen Raum auf dem Land verankern können.

Das „Kompetenzzentrum für Demokratie und Menschenrechte“ (KDM) leistet hier in der katholischen Kirche in Bayern mit zwei Stellen in Nürnberg und Freising sehr wichtige Arbeit. Ebenso wichtig sind die Beratungsstellen im Bayerischen Jugendring, das „Bayerische Bündnis für Toleranz“ und in jedem kleinen Ort die fast ausschließlich ehrenamtlich getragene Jugendarbeit. Ihre Ausstattung ermöglicht es aber kaum, ein politisches Bildungs- und Beratungsangebot in alle ländlichen Landkreise zu bringen.<sup>7</sup>

### **Fazit: Die Jugend wartet auf dem Land auf Partizipation**

Die Studie „Stadt. Land. Wo?“ hat neben den großen Stärken des Lebens auf dem Land, die zu „Halte- und Rückkehrfaktoren“ werden, auch die Potenziale und Schwächen gezeigt, die zu „Abwanderungsfaktoren“ werden. Sie liegen in allzu oft vergessenen „weichen Faktoren“ wie Strategien für Jugendpolitik, vielfältigen Räumen für Jugendarbeit sowie Strukturen für Jugendbeteiligung und politische Bildung. Denn junge Menschen selbst wollen hier einfach mehr, und das bekommen sie bisher eher in der Großstadt. Besonders die politisch Interessierten und Engagierten zieht es (zeitweise) dorthin, samt Klimaschutz-Lifestyle und Demokultur – so sehr ihnen dabei das „Miteinander“ im Heimatdorf auch fehlt.



Copyright: Heiko Tammema

Logo für das Projekt Stadt-Land-Wo

## Anmerkungen

- 1 Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayern (Hrsg.): Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt. Ergebnisse und Impulse der Untersuchung zu Bleibe- und Wanderungsmotiven junger Menschen in ländlichen Räumen, München 2020.
- 2 Eine positive Ausnahme ist Henkel, Gerhard: Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist, München, 2. Aufl., 2018, S. 158.
- 3 Pletzer, Winfried: Kommunale Jugendpolitik. Rahmenbedingungen, Leitlinien, Gestaltung, in: Kommunale Jugendpolitik, hrsg. von Werner Lindner und Winfried Pletzer, Weinheim / Basel 2017, S. 71-110, hier S. 107.
- 4 Informationen zum 2019 mit Partizipation neu eröffneten Jugend- und Kulturzentrum Werkstod sowie zum Jugendrat in Viechtach auf [www.move-vit.de](http://www.move-vit.de)
- 5 Vgl. zahlreiche Beispiele in Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayern (Hrsg.): Wir haben was zu sagen! Demokratie und Jugendbeteiligung, München Werkbrief 2017.
- 6 Vgl. Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in ländlichen Räumen, Berlin 2017; Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayern (Hrsg.): Rechtsextremismus auf dem Land, Werkbrief München 2014.
- 7 Aktuelle Informationen auf [www.kdm-bayern.de](http://www.kdm-bayern.de) und [www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)



**Jan Nowak**

ist Mitarbeiter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern und schwerpunktmäßig für die Bezirke Niederbayern und Oberpfalz zuständig.

■ Web: [www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)

/// Musik als Ausdruck der Gesinnung

# Die Rechtsrockszene als Motor rechter Jugendkultur

**Im Bereich extrem rechter Jugendkultur spielt Rechtsrock nach wie vor eine wichtige Rolle, gerade in ländlichen Räumen. Vom organisierten Teil der Szene gehen dabei wichtige Impulse aus. Ein exemplarischer Blick in die Oberpfalz.**

## Die Rechtsrockszene

Die Rechtsrockszene ist keine reine Jugendkultur. Die extrem rechten Jugendlichen der Neunziger- und frühen Nuller-Jahre sind längst erwachsen geworden, häufig jedoch noch immer fest in der Szene verwurzelt. Viele von ihnen führen im Alltag ein unauffälliges Leben, pilgern aber am Wochenende gemeinsam zu Rechtsrockkonzerten im In- und Ausland. In den dort gemeinsam gesungenen Liedern wird der Nationalsozialismus verherrlicht, rassistische und antisemitische Gewalt propagiert und die eigene Gemeinschaft beschworen. Die Konzerte dienen als Orte der ideologischen Selbstvergewisserung und der Vernetzung mit Gleichgesinnten, zudem werden Einnahmen für die Schaffung extrem rechter Infrastruktur oder zur Unterstützung inhaftierter Kameraden generiert. Gleichzeitig ist Rechtsrock ein rentables Geschäft, einige Szeneunternehmer setzen etwa als Konzertorganisatoren oder Inhaber von Musik- und Kleidungslabels beachtliche Summen um. Sie tragen maßgeblich zur Schaffung identitätsstiftender Angebote für die jungen und älteren Anhänger der Szene bei.<sup>1</sup>

**In gemeinsam gesungenen Liedern wird rassistische und antisemitische Gewalt propagiert.**

Die organisierte Rechtsrockszene in Bayern ist insbesondere in ländlichen Räumen verankert. Dies liegt primär daran, dass der organisierte Neonazismus im Freistaat allgemein stärker ein ländliches als ein urbanes Phänomen ist. In den Großstädten ist die Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten häufig bereits besser aufgestellt, wodurch es den Neonazis schwerfällt, dauerhaft Strukturen zu etablieren. Hinzu kommt, dass das kulturelle Angebot in urbanen Räumen oft ausdifferenzierter ist. Angesichts der größeren Konkurrenz fällt es der Rechtsrockszene dort schwerer, neue Anhänger zu gewinnen. Bevor im Folgenden Teile der organisierten Rechtsrockszene in der Oberpfalz in den Blick genommen werden, ist darauf hinzuweisen, dass es ähnliche Strukturen in allen Teilen des Freistaats gibt. Diese sind in der Regel erheblich unterbeleuchtet, eine erfreuliche Ausnahme stellt hier das Allgäu dar.<sup>2</sup>

### Der Szeneunternehmer Patrick Schröder

**Durch Rechtsrock und Jugendsprache gelingt es, junge Anhänger zu gewinnen.**

Ein wichtiger neonazistischer Szeneunternehmer in der Oberpfalz ist der langjährige NPD-Aktivist Patrick Schröder aus Mantel im Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Unter dem Label „FSN – The Revolution“ – das Kürzel FSN steht für den neonazistischen Slogan „Frei, sozial und national“ – betreibt er ein Netzwerk bestehend aus Webradio, Videopodcast, Telegram-Channel und Onlineshop mit Szeneartikeln. Mit einer Mischung aus Rechtsrock, politischen Debatten und Humor versucht er junge Anhänger um sich zu scharen und zu politisieren. Er bemüht sich, ihre Sprache zu sprechen und setzt auf Partizipation und Gemeinschaftsidentität. Das Konzept geht auf, im Laufe der Jahre ist eine Community entstanden, die auch jenseits des Internets sichtbar wird. Schröder ist zudem Kopf des neonazistischen Kleidungslabels „Ansgar Aryan“, einem der erfolgreichsten der Szene. Insbesondere der Versuch, aktuelle Modetrends mit neonazistischen Inhalten aufzuladen, dürfte für die relativ große Verbreitung sorgen. So wird beispielsweise das Logo der beliebten italienischen Retromarke „ellesse“ aufgegriffen und „eness“ daraus gemacht – ein phonetisches Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

## Die Erbendorfer Szene

Regelmäßig ist Schröder auch in die Organisation von Rechtsrockfestivals mit zum Teil mehreren tausend Teilnehmern eingebunden, etwa im thüringischen Themar. Im Juli 2019 fanden in dem kleinen Ort wenige Kilometer hinter der bayerischen Landesgrenze die „Tage der nationalen Bewegung“ mit Rechtsrock, politischen Reden und Verkaufsständen statt. Gekleidet in T-Shirts von „FSN“ und „Ansgar Aryan“ kümmerten sich dort junge Männer und Frauen aus der Region Erbendorf in Schröders Nachbarlandkreis Tirschenreuth um den Getränkeausschank. Sie sind Anfang, Mitte Zwanzig und gehören zu einer im Kern etwa ein Dutzend starken Gruppe junger Neonazis, die als Fußtruppe Schröders in der nördlichen Oberpfalz gilt.

**Junge Neonazis sind in die Organisation von Rechtsrockfestivals eingebunden.**

In der Gegend fallen sie immer wieder auf: So waren Anhänger der Erbendorfer Szene beteiligt, als sich im Februar 2017 junge Männer Zutritt zu einer Flüchtlingsunterkunft in Bärnau verschafften und die Bewohner einschüchterten, dabei soll es zu Sachbeschädigungen und einem Hitlergruß gekommen sein. Vor Gericht konnte das nicht abschließend belegt werden und das Verfahren wurde eingestellt.

In den Jahren 2017 und 2018 versuchte die Gruppe den Kirchweihzug in Erbendorf zu kapern und für ihre Propaganda zu nutzen, die Polizei musste einschreiten. Nicht-rechte Jugendliche berichten zudem, dass bei Dorffesten in der Region immer wieder Anfeindungen von der Gruppe und ihrem Umfeld ausgehen. Im Oktober 2019 wurde eine Hauswand in Wildenreuth mit einem „NSDAP“-Schriftzug beschmiert, die Polizei ermittelt. Auch am jährlichen Fackelmarsch der Neonazipartei „Der III. Weg“ zum „Heldengedenken“ am Volkstrauertag 2019 in Wunsiedel beteiligten sich Anhänger der Erbendorfer Szene. Einer davon wurde zu einer Jugendstrafe verurteilt, da er auf einem Foto bei Facebook mit Hakenkreuzfahne posierte und bei einer Hausdurchsuchung scharfe Munition bei ihm gefunden wurde. Verteidigt wurde er von einem bekannten rechten Szeneanwalt, auch einige seiner Kameraden hatten im Verfahren wegen dem Vorfall in der Flüchtlingsunterkunft in Bärnau entsprechende Rechtsanwälte.

Allgemein ist die Gruppe gut vernetzt, immer wieder sind Anhänger etwa im „Goldenen Löwen“ in Kloster Veßra in Thüringen anzutreffen. Das Gasthaus des Neonazis Tommy Frenck ist ein wichtiger Veranstaltungs- und Konzertort der überregionalen Neonaziszene.

**Neonazigruppen wie „Bollwerk Oberpfalz“ wollen Aufmerksamkeit durch die Organisation von Rechtsrockkonzerten.**

## Das „Bollwerk Oberpfalz“

Einzelne der Erbdorfer Szene sind auch in der neuen Gruppe „Bollwerk Oberpfalz“ aktiv, die erstmals im September 2019 bei einem Neonazikonzert in Kloster Veßra auffällig wurde. Ihr Logo ist ein Zahnrad im Stile der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ in den Farben schwarz-weiß-rot. Als Farben des Deutschen Reiches und der Hakenkreuzfahne sind sie bei Neonazis allgegenwärtig. Hervorgegangen ist das „Bollwerk“ aus der „Prollcrew Schwandorf“, einer subkulturellen Neonazigruppe, die überwiegend durch den Besuch und die Organisation von Rechtsrockkonzerten in Erscheinung trat. Die Truppe organisierte im Dezember 2017 beispielsweise ein Konzert mit dem bekannten Neonazi-Liedermacher Martin Böhne im Sportheim in Klardorf. Ermöglicht wurde dies mutmaßlich dadurch, dass einer der Neonazis Jugendtrainer und Wirt des Vereinsheims war. Nachdem er den Verein wechselte, fand das nächste Konzert mit den Szenebands „Schanddiktat“ und „Germanium“ im April 2018 in einer Gaststätte in Steinberg statt.

An diese Tradition versucht die Gruppe „Bollwerk Oberpfalz“ anzuknüpfen. Im November 2019 wollten sie ein Konzert im Nebengebäude eines Cafés in einem Schwandorfer Wohngebiet organisieren, was jedoch durch eine Verbotsvorgabe der Stadt untersagt wurde. Bis die Polizei die Veranstaltung auflöste, feierten dort gut 60 Neonazis aus ganz Bayern. Ob die rund 15-köpfige Gruppe aus der mittleren und nördlichen Oberpfalz künftig erfolgreicher sein wird, bleibt abzuwarten. Da mehrere Anhänger des „Bollwerks“ zugleich bei einem Amberger Rockerclub aktiv sind, könnte dessen Clubhaus als Veranstaltungsort in Frage kommen. Es ist unklar, ob die Rocker dafür offen sind – anderswo gab es solch unheilige Allianzen jedoch bereits. Sollte es dem „Bollwerk“ gelingen, regional Konzerte zu organisieren, würde dies die lokale Szene stärken und auch für den Nachwuchs attraktiver machen.

## Das Motto „Erkennen. Verstehen. Handeln.“

Die Beispiele aus der Oberpfalz machen deutlich, dass die organisierte Rechtsrockszene nach wie vor ein Faktor ist. Da es vergleichbare Strukturen in allen bayerischen Bezirken gibt, muss sie als Teil der extremen Rechten ernst genommen werden. Von ihr gehen Impulse aus, die auch rechtsoffene und unorganisierte rechte Jugendliche erreichen. Sie liefert die Musik und Kleidung, die in so manchen Hütten und Bauwägen in ländlichen Räumen anzutreffen ist. Neben den Sicherheitsbehörden muss auch die lokale Zivilgesellschaft auf die organisierte Rechtsrockszene reagieren. Der Grad an Organisation und Ideologisierung der entsprechenden Strukturen wird vor Ort jedoch häufig unterschätzt. Zugleich zeigt sich, dass die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure in der Regel ein großes Interesse an Informationen zu neonazistischen Aktivitäten in ihrem Nahbereich haben. Sowohl in der Region Erbendorf als auch im Landkreis Schwandorf hat die kritische Auseinandersetzung mit Neonazistrukturen vor Ort nach Informationsveranstaltungen und medialer Berichterstattung deutlich an Fahrt aufgenommen.

Vereine, Kirchen, Dorfgemeinschaften und nicht-rechte Jugendkulturen können gerade in ländlichen Räumen das politische Klima vor Ort erheblich beeinflussen. Entsprechend des Mottos „Erkennen. Verstehen. Handeln“ unterstützt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern hierbei gerne.

///

**Auch die Zivilgesellschaft muss auf die organisierte Rechtsrockszene reagieren.**

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Einen aktuellen Grundlagentext zum Thema Rechtsrock liefert Raabe, Jan: Rechtsrock in Deutschland. Funktionen, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems, in: Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, hrsg. von Gideon Botsch, Jan Raabe und Christoph Schulze, Berlin 2019, S. 19-44.
- <sup>2</sup> Die Rechtsrockszene im Allgäu ist Gegenstand einer Broschüre von Lipp, Sebastian: Voice of Anger und der rechte Untergrund im Allgäu, Kempten 2019.



**Dr. Daniel Geschke**

ist wissenschaftlicher Referent am Institut für  
Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena.

/// Die netten Nachbarn

# Völkische Siedler und braune Ideologie

„Völkisches Siedlertum“ ist eine in den späten 1990er-Jahren entstandene Bezeichnung. Sie ist ein Sammelbegriff für verschiedene völkisch-religiöse, zum Teil auch sektenartige Gruppierungen. Dieser Artikel beschreibt in aller Kürze die völkische Ideologie sowie verschiedene Aktivitäten völkischer Siedler.

## Völkische Siedler auf den ersten und den zweiten Blick

Auf den ersten Blick wirken sie wie traditionelle, romantische Landleute: Menschen, die in gut organisierten Gruppen mit oft vielen Kindern gemeinsam auf dem Land leben. Sie streben dabei nach einem traditionellen, naturverbundenen und selbstbestimmten Leben, fernab von den Wirren und Komplexitäten der Städte, der Moderne und der Globalisierung. In gelebter Verbundenheit mit ihrer Gemeinschaft, der Natur und der Region folgen sie dabei einer authentischen, nachhaltigen und ökologischen Lebensweise. Oft arbeiten sie beispielsweise als Ökobauern, Handwerker, Imker oder Hebammen und sind als freundliche, hilfsbereite, engagierte und tatkräftige Nachbarn bekannt.

**Das Landleben mit vielen Kindern und einer nachhaltigen Lebensweise dient als gute Tarnung.**

Erst auf den zweiten Blick, nach Monaten oder Jahren der Nachbarschaft zeigt sich, dass sie dabei einer völkischen Weltanschauung folgen, in der „Volk“ und „Blut und Boden“ eine ganz besondere Wichtigkeit haben. Diese völkische Ideologie besteht aus politischen Einstellungen, deren Quellen in der völkischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts liegen. Zum deutschen „Volk“ gehören demnach nur Menschen mit einer „reinen“ deutschen Abstammung („Rassenreinheit“, „Blut und Boden“-Ideologie). Die Verpflichtungen der oder des Einzelnen gegenüber der „Volksgemeinschaft“ sind demzufolge eine Art Naturgesetz: Die persönlichen Interessen zählen gegenüber dem Wohl des „Volkes“ nicht. Dazu kommt die Forderung nach einem „artgemäßen“ Leben im traditionellen „Lebensraum“, welche mit Angst vor „Überfremdung“ und „Volkstod“ einhergeht. Das vermeintlich Natürliche, Gesunde und Starke soll überleben und alles als unnatürlich, schwach oder artfremd konnotierte bekämpfen und besiegen.

**Diese Gruppierungen weisen oft sektenartige Strukturen auf.**

Insgesamt sind eine nationalistische Überhöhung der und des Deutschen, eine Abwertung alles „Fremden“ in Form eines biologistischen Rassismus, gepaart mit sozialdarwinistischen Vorstellungen vom Recht des Stärkeren sowie Antisemitismus und Sexismus integrale Bestandteile dieser völkischen Ideologie. Daneben vertreten solche Gruppierungen häufig antichristliche, esoterische und nordisch-heidnische religiöse Ansichten und sind teilweise sektenartig strukturiert. Zudem sind starke Bezüge zu Naturschutz und verschiedenen Aspekten der Öko-Bewegung charakteristisch, die natürlich auch für die Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig sind.

## Gemeinsame Merkmale einer gemischten Szene

Allerdings handelt es sich dabei keineswegs um eine einzige, eindeutig und klar abgrenzbare Gruppe. Stattdessen bilden viele verschiedene Gruppierungen insgesamt eine vielfältige Mischszene völkischer Siedler. Deren Spektrum reicht vom esoterischen, fast hippiehaft anmutenden Aussteigertum bis hin zu knallharten Ökonazis. Die noch relativ junge, aktuell weltweit und auch in Deutschland zunehmend populärer werdende, spirituelle „Anastasia-Bewegung“, die auf den Fantasy-Romanen eines russischen Schriftstellers beruht, ist als eher rechtseoterisches, ökologisches New Age einzuordnen, verfügt aber zumindest in den Schriften auch über völkische und antisemitische Aspekte.

Der „Bund für (Deutsche) Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ – auch „Ludendorffer“ genannt – ist dagegen eine traditionsreiche, rassistische und antisemitische, religiös-völkische Weltanschauungsgemeinschaft, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. Die neonazistische und rechtsextreme „Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ ist vom Wesen her als völkisch-nationalistische, neuheidnische, sektenhafte Organisation einzuschätzen.

Völkische Siedler finden sich in ganz Deutschland, so unter anderem in Bayern, Hessen, der Lüneburger Heide, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein. Sie leben häufig in peripheren ländlichen Regionen, wo aufgrund der Landflucht Immobilien und Land relativ billig sind. Hier können sie dann, fernab vom verhassten „Verderben“ in den Städten, der Vielfalt, dem Multikulturalismus, und der damit vermeintlich einhergehenden Kriminalität und Entfremdung ihre Ideologien unverfälscht ausleben, ohne auf große Widerstände in der Nachbarschaft zu treffen. Über die Zahlen der bei den Völkischen Siedlern Aktiven gibt es bisher keine offiziellen Statistiken. Die Vereinigungen selbst sprechen jeweils von hunderten bis mehreren tausenden Mitgliedern. Auch Beobachter der Szene geben Schätzungen im insgesamt vierstelligen Bereich ab.

**Das Spektrum der völkischen Siedler reicht von Esoterikern bis zu Ökonazis.**

## **Gemeinsame Merkmale der völkisch-nationalistischen Gruppierungen**

- Die Verbindung von völkisch-nationalistischen („Blut und Boden“) und häufig auch antisemitischen Ideologien mit ökologischen Interessen äußert sich unter anderem in dem Motto „Naturschutz = Heimatschutz = Volksschutz“.
- Die Verfolgung von Zielen der wirtschaftlichen Autarkie und der Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen und globalen Prozessen ist charakteristisch. Zudem wird die Schaffung einer homogenen „Volksgemeinschaft“ angestrebt, die nur Menschen „rein deutscher, arischer“ Abstammung umfassen soll und mit dem Ausschluss und der Bekämpfung alles „Artfremden“ einhergeht.
- Ein zentrales Mittel zur Zielerreichung ist die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen in völkischen und neonazistischen Jugendbünden (z. B. im „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“).
- Ihre Mitglieder praktizieren eine antiurbane, antimoderne und agrar-romantische Lebensführung und üben traditionelle Berufe aus, meist in Handwerk und Landwirtschaft.
- Häufig finden sich zudem über Personen, Netzwerke und gemeinsame Veranstaltungen Verbindungen in Freie Kameradschaften, die NPD und andere rechtsextreme Organisationen.

## Aktionsformen völkischer Siedler

Völkische Siedler treten häufig zunächst unpolitisch auf, betreiben vor allem Stadtflucht und Aussteigertum und engagieren sich für ein Öko-Landleben. Ihre sehr langfristigen Ziele verfolgen sie vor allem durch die eigene Lebensweise. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sozialisation und Indoktrination ihrer (oft vielen) Kinder in ihren „Sippen“ (Familienbünden), sowie in extrem rechten Jugendbünden und -lagern. Völkische Siedler streben eine langfristige Beeinflussung der lokalen Alltagskultur an. Ein Weg dazu ist die „Unterwanderung“ lokaler Strukturen, beispielsweise durch die Übernahme ehrenamtlicher Positionen in Vereinen, Kindergärten oder Schulen. Sie zeigen sich oft kulturell engagiert und sehr traditionsbewusst, organisieren Volksfeste, nehmen an (Kunsthandwerks-)Märkten oder Mittelalterfestivals teil. Darüber soll eine Stärkung einer germanisch-nordischen Kultur erreicht werden. Eine große Rolle zur internen Vernetzung spielt die Brauchtumpflege und das Ausrichten traditioneller und heidnischer Feiern und Feste, z. B. zur Sommersonnenwende. Einher geht dies mit einer Abschottung von kultureller Vielfalt und modernem, demokratischem Zusammenleben. In einigen Fällen werden auch Überlebenstrainings und Wehrsportübungen durchgeführt.

Dazu kommen sehr starre, tradierte Geschlechter-Rollen. Die Frauen sind zuständig für den Haushalt und die Kinder. Sie müssen den „Fortbestand des Volkes“ gewährleisten, den Männern den Rücken stärken, möglichst viel Nachwuchs gebären und im Sinne völkischer Ideale erziehen. Die Männer dagegen treten mehr in der Öffentlichkeit auf, vertreten kämpferisch die völkische Bewegung und sorgen für das Auskommen der Familie. Auch Kinder haben diesen Rollen zu entsprechen und dabei gehorsam und folgsam, diszipliniert und stark zu sein.

**Völkische Siedler streben eine langfristige Veränderung der Gesellschaft an.**

**Aus Angst vor Rufschädigung wird der Rassismus oft ignoriert.**

## Rechtsextremismus ignorieren hilft nicht

Gegenmaßnahmen sind im ländlichen Raum oft schwer zu organisieren. Viele Siedler sind langjähriger Teil der lokalen Gemeinschaft, manchmal schon über Generationen. Oft sind sie gut bekannte, freundliche Nachbarn, die hart arbeiten, sich für anschlussfähige lokale Themen (z. B. Naturschutz, Ökologie, Stärkung des ländlichen Raumes) engagieren und das Dorf und die Region beleben. Erst auf den zweiten Blick geben sie sich als Anhänger extrem rechter Ideologien zu erkennen. Auch deshalb gibt es die Tendenz, die menschenverachtenden Weltanschauungen völkischer Rassisten in der Nachbarschaft zu ignorieren. Stattdessen werden manchmal die, die das Problem vor Ort als solches benennen, als „Nestbeschmutzer“ diffamiert; im Sinne von „Nein, wir haben hier keine Probleme mit Nazis und wollen das auch nicht öffentlich diskutieren, denn das ruiniert nur den Ruf unserer Region“.

Aber Rechtsextremismus ignorieren hilft nicht, sondern führt eher dazu, dass er sich lokal etabliert und verfestigt. Stattdessen muss die rassistisch-völkische Ideologie als solche benannt und in Reden und Handeln klar mit demokratischen Werten und Grundsätzen gekontert werden. So sind die unverhandelbaren demokratischen Grundsätze von der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Würde des Menschen und der Teilhabe aller Menschen dem ausschließenden Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus der Siedler entgegenzuhalten. Ziele der Gleichstellung und Inklusion stehen gegen das ewig gestrige Bild der Familien- und Geschlechterrollen der Siedler; und Internationalität und der Europa-Gedanke wider die „Blut und Boden“-Ideologie. Letztendlich sind die modernen Grundwerte der Demokratie, des Pluralismus, der Vielfalt und des Individualismus der überholten Logik von „Volksgemeinschaft“ und „Führerprinzip“ weit überlegen.

///

### Zum Weiterlesen

Amadeu Antonio Stiftung: „Die letzten von gestern, die ersten von morgen“? Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen. Broschüre. 28 Seiten. Berlin 2017. Online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/voelkischer-rechtsextremismus-in-niedersachsen.pdf>

Schmidt, Anna: Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. Broschüre. 32 Seiten. Berlin 2014. Online: [https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische\\_siedler\\_web-1.pdf](https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/voelkische_siedler_web-1.pdf)



**PD Dr. Nils M. Franke**

ist Umwelt- und Naturschutzhistoriker und Privatdozent für  
Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig.

/// Der Wald, ein Mythos

# Braune Ökologie – Naturschutz von rechts außen

**Naturschutz, Umweltschutz, Tierschutz – sind das Themen der politischen Rechten, seien es nun Rechtsextremisten oder Rechtspopulisten? Handelt es sich um ein marginales oder ein wichtiges Aktionsfeld? Diese Fragen beantwortet der vorliegende Beitrag.**

## Die Identitären

Die rechtsextremistische „Identitäre Bewegung“ ist eine Organisation, die insbesondere durch ihre Präsenz in den Neuen Medien bekannt geworden ist. Ihre Aktionen sind sehr genau geplant und erinnern an das Prinzip von Greenpeace: Die Aktivisten der Identitären treten plötzlich im öffentlichen Raum auf, sie begehen eine Provokation oder einen Tabubruch, wie zum Beispiel die Besetzung des Brandenburger Tores im August 2016. Dort kletterten sie bis zur Quadriga hoch und entfalteten gut sichtbar ein Banner mit der Aufschrift „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft!“. Die Aktion filmten ihre Mitstreiter vor dem Denkmal, und die Bilder gingen sofort in das Internet. Hohe Klickzahlen waren sicher.<sup>1</sup>

**Die Aktionen der rechtsextremen Identitären sind geplante Provokationen, die im Netz veröffentlicht werden.**

**Das Thema Wald wird von den Rechtsextremen für ihre Zwecke missbraucht.**

Genauere Planung ist ein Markenzeichen der Identitären. Deshalb ist es kein Zufall, dass eines ihrer ersten programmatischen Videos mit dem Titel „Zukunft für Europa – die identitäre Bewegung“ vor dem Hintergrund eines Waldes aufgenommen wurde. Texte wie „Wir sind verbunden durch über 1.000 Jahre deutscher und europäischer Geschichte – wir setzen die Kette fort“, oder „Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund, die leben will und ihr Land noch nicht aufgegeben hat“, werden nicht zufällig vor dem Hintergrund eines „deutschen Waldes“ eindringlich vorgetragen.<sup>2</sup>

Im Rechtsextremismus – der nach wie vor stark auf dem Nationalsozialismus aufbaut – ideologisch gut geschult, wissen die Akteure der Identitären Bewegung natürlich, dass der „deutsche Wald“ ein Mythos ist – zentral für das Denken der politischen Rechten.

Nationalsozialismus und Naturschutz waren enger verbunden, als es vielen heute bekannt ist. So pflanzten die Nationalsozialisten in wesentlichen Teilen die späteren Nationalparks der Bundesrepublik Deutschland vor. ▶

Der Reichsforstmeister  
als Oberste Naturschutzbehörde

Zeichen: I Nr.10 553/39<sup>I</sup>

Berlin W 8, den 31.Mai 1939  
Leipziger Platz 11.  
Ortsverkehr: 12 00 49  
Fernverkehr: 12 67 11.

Schnellbrief!

An

Herrn Prof. Alwin S e i f e r t  
in

M ü n c h e n .

von der Pfordtenstr. 19-

-----7 2 Anlagen

Auf persönliche Anordnung des Herrn Reichsforstmeisters, Generalfeldmarschall Hermann Göring, sollen im großdeutschen Reichsgebiet Nationalparks für das deutsche Volk geschaffen werden. Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit habe ich bereits für die Tage vom 9. - 11.Juni d.Js. eine Bereisung des als Mittelgebirgs-Nationalpark in Aussicht genommenen Bayerisch-Böhmischen Waldes vorgesehen. Ein vorläufiges Programm ist in der Anlage beigelegt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie an der Bereisung teilnehmen bzw. einen Vertreter entsenden würden.

Die Fahrt hat lediglich informativ Charakter. Sie bezweckt im wesentlichen, einen Einblick in die örtlichen Verhältnisse zu gewinnen und im möglichst kleinen Kreis grundsätzliche Fragen an Ort und Stelle zu klären. Jedoch stelle ich anheim, die Ihnen nachgeordneten Dienststellen, soweit solche in Frage kommen, zu den betreffenden Abschnitten der Bereisung hinzuzuziehen. Diese Herren müßten in ihren Dienstkraftwagen teilnehmen.

Die Durchführung der Bereisung habe ich Herrn Oberstudienrat Eichhorn als Naturschutzbeauftragten übertragen. Ich bitte Sie, Ihre Zusage auf beigelegtem Vordruck möglichst umgehend an Herrn Oberstudienrat Eichhorn, Regensburg, Wöhrdstr. 9/0, unmittelbar zu richten.

Im Auftrage:  
gez. Eberts.

Begeubigt:

*E. Eberts*  
Verwaltungssekretär.

## Der Mythos von Germanien

**Für die Nationalsozialisten war der „Mythos von Germanien“ der „Beweis“ für die vermeintliche Stärke der „arischen Rasse“.**

Die „überlegene Rasse“ war für die Nationalsozialisten die „arische“ oder „nordische Rasse“. Begründet wurde das mit einem Gründungsmythos – dem „Mythos von Germanien“. Demnach lebten die Germanen von Anbeginn an einem nicht wirklich attraktiven Platz. Das Leben in der Natur war hart, es gab tiefe Wälder mit Wölfen und Luchsen, Moore und Sümpfe scheinbar unendlicher Weite, Kälte und Schnee – alles nicht vergleichbar mit den angenehmen Lebensbedingungen der südlichen Gefilde wie Italien oder Spanien. Der jahrhundertelange Kampf gegen die Unbilden der nördlichen Natur – so ihr Mythos, der sich stark an Tacitus' „Germania“ anlehnte – habe sich als Erbgut in die Germanen eingeprägt: physisch z. B. in Form ihres mächtigen Körperbaus und psychisch z. B. in ihrem harten Durchsetzungswillen.<sup>3</sup>

Das ist wissenschaftlich Unsinn, aber die Nationalsozialisten leiteten daraus ihre „Blut und Boden“-Ideologie ab, indem sie einen Zusammenhang zwischen der „nordischen“ Landschaft und „den Germanen“ unterstellten. Der Jahrtausende lange Kampf gegen die Natur habe sie allen anderen Völkern überlegen gemacht. Und deshalb sei die „heilige germanische Erde“ zu bewahren, denn sie bilde die Grundlage. Und nur wer von dieser abstamme, habe auch die entsprechenden Eigenschaften geerbt und gehöre damit der „Volksgemeinschaft“ an.<sup>4</sup>

## Naturschutz im Nationalsozialismus

Es verwundert deshalb nicht, dass der Naturschutz im Nationalsozialismus eine Förderung erfuhr, die Hans Klose (1880-1963), den Leiter der Reichsstelle für Naturschutz von 1938-1945, im Rückblick auf die Jahre 1935-1939 von einer „Hohen Zeit“ sprechen ließ.<sup>5</sup> Das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 und von Hermann Görings Gnaden stellte den Naturschutz zum ersten Mal in Deutschland auf eine einheitliche Rechtsgrundlage.<sup>6</sup> Naturschützer und Landschaftsplaner konnten sich in den nationalsozialistischen Autobahnbau ebenso einbringen wie beim Bau des Westwalls.<sup>7</sup> In Auschwitz wurde die Begrünung der Stadt geplant und das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau grün eingeeht.<sup>8</sup>

Rechtsextremisten sind diese historischen Fakten oftmals bekannter als Natur- und Umweltschützern. Deshalb sind die „Grünen Themen“ für sie inhaltlich und aus der „Theorie“ von „Blut und Boden“ auch argumentativ nach wie vor leicht nutzbar. So z. B. von der NPD in Hessen, auf deren Homepage ein Aktivist vermerkt: „Der Mensch ist Teil der Natur, deshalb ist Natur nicht einfach nur ‚Umwelt‘ des Menschen, sondern Mitwelt. Ohne eine ökologisch verantwortliche Politik ist jedes Volk in seiner Substanz gefährdet. Nationale Politik ist deshalb immer auch Umweltpolitik. Wirtschaftliche Interessen müssen deswegen dem Naturschutz untergeordnet werden. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes muss durch Einführung regionaler Wirtschaftskreisläufe beendet, oder zumindest eingedämmt werden. Eine intakte Natur ist Grundlage unserer Zukunft!“<sup>9</sup>

Die Aussagen stammen u. a. aus dem NPD-Partei-Programm von 2010 und werden bis heute immer wieder reflexartig wiederholt.<sup>10</sup> Oberflächlich wenig radikal erscheinend, bei Berücksichtigung des oben genannten Mythos von der vermeintlichen Überlegenheit der „arischen Rasse“ aufgrund der „Blut und Boden“-Ideologie leicht als rechtsextremistisch einzuordnen. Der Text behauptet, das Volk – nicht die Bevölkerung (sic!) – eines jeden Landes sei ohne eine verantwortliche Umweltpolitik in seiner Substanz gefährdet.

Was aber ist aus Sicht einer rechtsextremen Partei diese Substanz? Sie beziehen sich auf den diesem Volk vermeintlich eigenen Genpool, der wiederum durch seine Geschichte („Mythos Germanien“) ausgeprägt und vererbbar sein soll. Außerdem sollten wirtschaftliche Interessen dem Naturschutz untergeordnet werden, so der Text. Tatsächlich umgesetzt würde das eine Ökodiktatur einfordern, denn wer könnte diese Forderung z. B. gegenüber einem frei handelnden Unternehmer durchsetzen? Letztendlich nur ein autoritärer Staat.

**Rechtsextremisten wissen die Natur für ihre Interessen zu nutzen.**

Nebenbei wird noch eine nationale Umweltpolitik angestrebt, ein Anachronismus, denn es ist eine Binsenweisheit, dass Umweltprobleme transnational bzw. teilweise global gelöst werden müssen. Natur macht nicht vor nationalen Grenzen Halt. Aussagen wie die sukzessive Abkoppelung von internationalen Märkten dagegen sind geschickt gesetzt, weil regionale Wirtschaftsweisen bei vielen Menschen auf Sympathie treffen.

### Zusammenfassung

**„Grüne Themen“ stehen auf der Agenda von Rechtsextremisten.**

Für Rechtsextremisten sind die „Grünen Themen“ wie Naturschutz und Umweltschutz leicht zu besetzen. Sie haben einen historischen Bezug zum Nationalsozialismus, in dem die überwiegende Mehrheit der führenden Naturschützer das totalitäre System aktiv unterstützte. Ideologisch ist Natur zudem ein Eckstein der eigenen Überlegenheitsannahme als „nordische Rasse“. Diese Ideen beruhen allerdings auf einem Mythos. Wird dieser Mythos und die entsprechenden argumentativen Ableitungen reflektiert, können auch scheinbar harmlose Aussagen der Rechtsextremisten im Bereich Natur- und Umweltschutz leicht eingeordnet und widerlegt werden.

///

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/identitaere-bewegung-rechte-besetzen-brandenburger-tor.2852.de.html?dram:article\\_id=364236](https://www.deutschlandfunk.de/identitaere-bewegung-rechte-besetzen-brandenburger-tor.2852.de.html?dram:article_id=364236), Stand: 11.2.2020.
- <sup>2</sup> <https://www.identitaere-bewegung.de/projekte/zukunft-europa/>, Stand: 11.2.2020.
- <sup>3</sup> Krebs, Christopher B.: Ein gefährliches Buch. Die Germania des Tacitus und die Erfindung der Deutschen, München 2012, S. 255-256.
- <sup>4</sup> Ebd.
- <sup>5</sup> Klose, Hans: Fünfzig Jahre Staatlicher Naturschutz. Ein Rückblick auf den Weg der deutschen Naturschutzbewegung. Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege – Reichsstelle für Naturschutz – Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege, hrsg. von der Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege, Gießen 1957, S. 34-35.
- <sup>6</sup> Weber, Werner / Schoenichen, Walther (Hrsg.): Das Reichsnaturschutzgesetz vom 26.6.1935 (RGBl. I. S. 821) und die Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31.10.1935 (RGBl. I. S. 1275) nebst ergänzenden Bestimmungen und ausführlichen Erläuterungen, Berlin 1936.
- <sup>7</sup> Franke, Nils: Der Westwall in der Landschaft. Aktivitäten des Naturschutzes in der Zeit des Nationalsozialismus und seine Akteure, Mainz 2015.
- <sup>8</sup> Franke, Nils: Bäume für Auschwitz: Die unheilvolle Allianz zwischen Naturschützern und Nationalsozialisten, in: Zeit-Geschichte 1/2016, S. 66-71.
- <sup>9</sup> <https://fr-fr.facebook.com/npd.hessen/videos/umweltschutz-ist-heimatschutz/1953377644728324/>, Stand: 24.4.2020.
- <sup>10</sup> Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) (Hrsg.): Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg, Berlin 2010, S. 15



**PD Dr. Nils M. Franke**

ist Umwelt- und Naturschutzhistoriker und Privatdozent für  
Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig.

/// Ein Begriff wird missbraucht

# Heimatschutz – Heimatpopulismus

Heimat war immer schon ein schillernder Begriff, der die unterschiedlichsten Interpretationen zuließ. Seine Ergänzung mit dem Schutzbegriff, also „Heimatschutz“, beinhaltet per se das Abwehrende, das den Gedanken des Bewahrens überhöht, es wie einen zu schützenden Ort mit Wällen umgibt. Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) bewegte sich im sogenannten „Thüringer Heimatschutz“, die rechtsextremistische Partei „Der III. Weg“ tritt für „Heimatschutz“ ein und die Alternative für Deutschland (AfD) spricht es auch aus: das Wort „Heimatschutz“.<sup>1</sup>

## Heimatschutz in der Geschichte

Das moderne Heimatschutzkonzept, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand, war eine „dünne Programmatik“. Ihre Vertreter wollten die Unsicherheit einer sich im Umbruch befindlichen Gesellschaft nutzen, um mit Hilfe fast aller Bevölkerungsschichten wieder Ordnung und Stabilität herzustellen. Dabei orientierten sie sich an der vorindustriellen Gesellschaft vor 1850 und verklärten diese.<sup>2</sup>

Die Nationalsozialisten konnten dieses Heimatschutzkonzept leicht in ihre Ideologie einordnen. Kernbaustein war „die Volksgemeinschaft“, die pseudobiologisch bzw. rassistisch definiert wurde. Heimat war in ihrer Ideologie der Raum, den die Volksgemeinschaft benötigte.<sup>3</sup> Damit bekam Heimat und ihr Schutz eine nationalistische und tendenziell aggressive Bedeutung.

**Das Heimatschutzkonzept Anfang des 19. Jahrhunderts sollte Ordnung und Stabilität herstellen.**

## Populismus setzt auf Rhetorik.

### Populismus als Instrument

Populismus hat als Hauptkennzeichen ein „dünnes Programm“. Aber er verspricht: „Wir, die Vertreter des Volkes, lösen komplexe Probleme mit einfachen Mitteln“. Der Populist setzt auf rhetorische Mittel, um die breite Bevölkerung hinter sich zu bringen.

Dazu gehörten schon seit jeher folgende Prinzipien:

- Der Populist vertritt den „Kleinen Mann“.
- Er präsentiert das Volk als unteilbare und homogene Einheit.
- Er baut Feindbilder auf: „Wir gegen die!“
- Er klagt über fehlende eigene Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten und bringt sich so in die „Opferrolle“.
- Er setzt gezielt Falschinformationen, wiegelt emotional auf und verkürzt Sachverhalte.
- Populismus arbeitet deshalb mit Dramen und den Schritten „Bedrohung“, „Versagen der Eliten“ und „Erlösung durch den populistischen Führer“.<sup>4</sup>

Populismus beruht weniger auf Inhalten oder politischen Richtungen, sondern auf Rhetorik.

### Heimatschutz und Populismus?

Doch kehren wir zu den Heimatschützern zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Auch ihr Programm war dünn, und sie befanden sich in einer politisch sehr schwierigen Lage. Wie sollte man insbesondere als bürgerlicher Vertreter das Bekenntnis zu einer vorindustriellen Welt und ihrer Ständegesellschaft mitten in einer sich industrialisierenden Gegenwart offensiv verteidigen? Also griffen sie auf den schillernden Begriff Heimat zurück.

## Heimatschutz heute

Beide Konzepte – der Ansatz der Heimatschutzbewegung um 1900 und das völkische Konzept der „Volksgemeinschaft“ – sind heute wieder aktuell.

In der völkischen Variante der aktuellen Rechtsextremisten wird die Thematik vor allem mit „grünen“ Themen wie Natur-, Umwelt- oder Tierschutz verbunden. Die Rechtspopulisten dagegen haben aufgrund ihrer „dünnen Programmatik“ einen viel breiteren Zugang zum Thema.

## PEGIDA – Heimatschutz vom Bauchspeck her gedacht

Für PEGIDA, eine populistische Bewegung par excellence, ist „Heimat und ihr Schutz“ ein zentrales Ziel. So berichtete PEGIDA zum Beispiel am 23.10.2018 (Originalzitat mit übernommenen Textunsicherheiten):

„Der 4. Jahrestag, seitdem sich mutige Dresdner Bürger mit dem Mitbegründer Lutz Bachmann versammelten, um gegen die menschenverachtende Politik und die zunehmende Islamisierung unsere Heimat bedroht, zeigte eindrucksvoll, welchen Stellenwert PEGIDA mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft erreicht hat.“<sup>5</sup>

Heimat wird hier nicht konkret gefasst, sondern es wird von einem unausgesprochenen Konsens ausgegangen. Sie wird zudem mit einem diffusen Traditionsbegriff verbunden und mit „Werten des Abendlandes“ konnotiert.

Die Alternative für Deutschland (AfD) spricht direkt von Heimatschutz, wenn sie auch den Begriff in dieser Form nicht so oft verwendet. So forderte sie in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 zum Thema Bundeswehr: „Die allgemeine Wehrpflicht verwurzelt die Streitkräfte in der Gesellschaft. Dazu könnte der Wiederaufbau von Heimatschutzkräften oder ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild mit kurzer Präsenzpflcht geeignet sein.“<sup>6</sup>

Grundsätzlich verwendet die AfD den Begriff Heimatschutz allerdings selten. Wahrscheinlich, weil er aufgrund des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und dem damit oft verbundenen Thüringer Heimatschutz diskreditiert ist.

**Die AfD forderte in ihrem Programm von 2017 sogar Heimatschutzkräfte.**

## Eine demokratische Definition von Heimat

Aufgrund des völkischen Heimatkonzeptes der Rechtsextremisten und seiner rhetorischen Instrumentalisierungen durch die Rechtspopulisten ist es umso wichtiger, ein klares demokratisches Konzept entgegenzusetzen.

**Aus demokratischer Sicht ist der Begriff Heimat immer subjektiv.**

Die Vielfalt der Auffassungen, was Heimat sei, hat auch ihren Vorteil. Denn aus demokratischer Perspektive kann Heimat als ein individuelles Konzept verstanden werden, das jeder subjektiv in seiner persönlichen Form entwickeln und ausfüllen kann. Dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz folgend kann niemand sein Verständnis von Heimat dazu missbrauchen, um einen anderen abzuwerten oder ihn mit diesem Argument auszuschließen. Heimat ist und bleibt subjektiv.

Räumlich bezieht sich Heimat erfahrungsgemäß v. a. auf einen lokalen oder regionalen Zusammenhang, und sie unterscheidet sich damit vom Begriff der Nation.<sup>7</sup> Heimaten können also ohne Probleme nebeneinander existieren bzw. sie bestehen tatsächlich so. Nicht bei allen, aber bei den meisten von uns.

///

## Anmerkungen

- 1 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211923/oekologie-von-rechts?show=image&k=6>, Stand: 10.2.2020; Thüringer Innenministerium (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen, Pressefassung 2011, S. 41; <https://www.afdbundestag.de/wp-content/uploads/sites/156/2019/07/Dresdener-Erkla%CC%88rung-V7.pdf>, Stand: 10.2.2020, S. 8.
- 2 Vgl. Sieferle, Rolf Peter: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart. Die Sozialverträglichkeit von Energiesystemen, Bd. 5, München 1984.
- 3 Franke, Nils: Umweltschutz ist Heimatschutz? Der Zugang des rechtsextremistischen Denkens zum Thema Heimat und eine demokratische Gegenposition, in: Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt, hrsg. von Martina Hülz, Olaf Kühne und Florian Weber, Wiesbaden 2019, S. 393-394.
- 4 Vgl. Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 3. Aufl., 2010, S. 633-634; Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 7, Politische Begriffe, München 1998, S. 514-515; Holtmann, Eberhard (Hrsg.): Politiklexikon, München / Wien, 3. Aufl., 2000, S. 552.
- 5 <https://www.pegida.de/>, Stand: 11.2.2020. Es handelt sich um ein nicht bereinigtes Originalzitat, die Textunsicherheit um den Begriff „bedroht“ stammt direkt von der Homepage.
- 6 PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24.9.2017, [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf), Stand: 11.2.2020.
- 7 Franke, Nils / Eissing, Hildegard / Körner, Stefan: Heimaterfahrung und Regionale Identität, in: Politische Ökologie, 21. Jg., Oktober 2003, S. 73-75.





# HALTUNG ZEIGEN, DEMOKRATIE STÄRKEN

ANLAUFSTELLEN FÜR BERATUNG  
UND VERNETZUNG



**Daniela Marckmann**

ist seit Anfang 2019 Leiterin der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), einer Kooperationsplattform der Bayerischen Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

■ Web: [www.bige.bayern.de](http://www.bige.bayern.de)

■ Mail: [gegen-extremismus@stmi.bayern.de](mailto:gegen-extremismus@stmi.bayern.de)

/// Individuelle Beratung und Hilfe für Betroffene

# Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus

**Gemeinsam gegen Extremismus – unter diesem Motto ist die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) seit 2009 gegen politischen Extremismus im Freistaat aktiv. Die Präventionsstelle der Bayerischen Staatsregierung unterstützt mit Informationsveranstaltungen und individuellen Beratungen bayernweit und kostenfrei Kommunalverwaltungen, Landesbehörden, Schulen, Verbände, Vereine sowie Unternehmen.**

## Langjährig erfolgreiche Präventionsarbeit

Im Jahr 2019 feierte die BIGE ihr 10-jähriges Jubiläum. Nach ihrer Gründung im Jahr 2009 als zentrale Informations- und Beratungsstelle der Bayerischen Staatsregierung wurde sie rasch zu einem wichtigen Ansprechpartner für alle, die Extremismus vorbeugen wollen oder unmittelbar mit Extremisten konfrontiert sind. Ende 2016 wurde neben dem Hauptsitz in München eine Außenstelle in Nürnberg eröffnet. Schwerpunkt der BIGE ist die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Weitere Arbeitsfelder sind Linksextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter sowie verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit. Für Islamismus ist die BIGE nicht zuständig. Hierzu existieren Ansprechpartner aus dem Bayerischen Netzwerk gegen Salafismus ([www.antworten-auf-salafismus.de](http://www.antworten-auf-salafismus.de)) und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz ([www.verfassungsschutz.bayern.de](http://www.verfassungsschutz.bayern.de)).

**Die BIGE ist die zentrale Informations- und Beratungsstelle der Bayerischen Staatsregierung gegen Extremismus.**

Abbildung 1: Erste Hilfe gegen Extremismus durch die BIGE



Copyright: BIGE

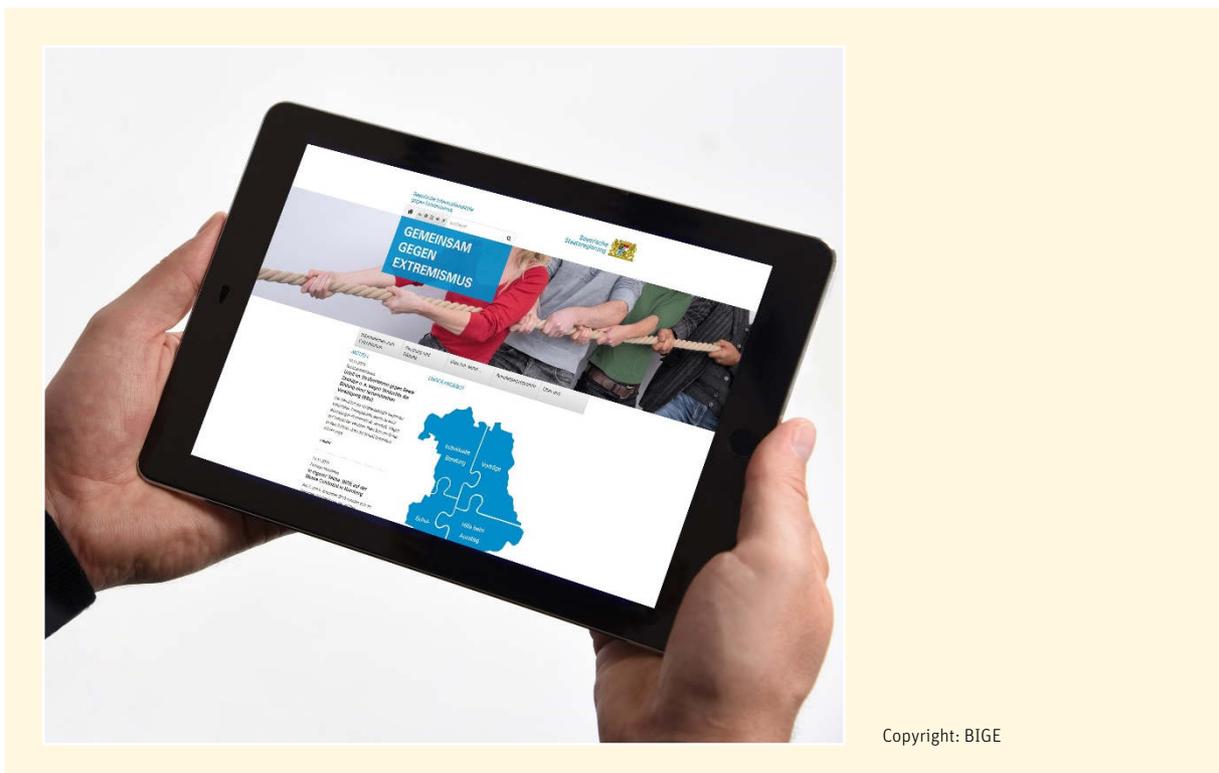
In der BIGE arbeiten Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und der Bayerischen Polizei unmittelbar zusammen. Bei allen schulbezogenen Themen wird eng mit dem Kultusministerium kooperiert. Neben ihrem behördenübergreifenden Ansatz sucht die BIGE beständig die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ihre Mitarbeiter verfügen über breite Fachkenntnis und langjährige Erfahrung in den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Öffentliche Verwaltung, Politikwissenschaft, Pädagogik und Kriminologie. Aktuelle Informationen und Fachexpertise der Sicherheitsbehörden werden so mit wissenschaftlichen Standards verknüpft.

## Extremismus vorbeugen durch Information und Aufklärung

Extremisten jeglicher politischen Couleur bedrohen Freiheit und Demokratie. Die BIGE leistet mit ihrer Präventionsarbeit einen Beitrag zu der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Extremismusbekämpfung.

Ein Aufgabenschwerpunkt der BIGE ist die Information. Ohne eine sachgerechte Information kann keine politische Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen und Aktivitäten stattfinden. Die BIGE bietet deshalb bayernweit und kostenlos Vorträge sowie Workshops an, insbesondere für kommunale Verwaltungen, Landesbehörden und Schulen. Diese sind stets adressatenorientiert gestaltet, z. B. indem je nach Region auf besondere lokale Ereignisse eingegangen wird. Außerdem betreibt die BIGE das Online-Informationsportal [www.bige.bayern.de](http://www.bige.bayern.de). Hier werden Hintergrundwissen, aktuelle Nachrichten und regionalspezifische Lagebilder über Extremismus im Freistaat bereitgestellt. Interessierte erhalten außerdem praktische Tipps und Hilfsangebote zum Umgang mit Extremisten und können sich über die Fortbildungs- und Vortragsangebote der BIGE informieren.

Abbildung 2: Website der BIGE als Online-Informationsportal zu Extremismus in Bayern



Copyright: BIGE

**Im Aussteigerprogramm werden Einzelpersonen betreut, die eine extremistische Szene verlassen wollen.**

## Hilfe zur Selbsthilfe im Aussteigerprogramm für Extremisten

Bei der BIGE ist auch das Bayerische Aussteigerprogramm für Extremisten angesiedelt. Hier werden Einzelpersonen individuell betreut, die eine extremistische Szene verlassen wollen und bei denen eine Deradikalisierung möglich erscheint. Speziell ausgebildete Betreuer begleiten Ausstiegswillige mit Hilfe zur Selbsthilfe, unter anderem durch Beratung bei familiären Problemen oder bei der Suche nach neuen beruflichen Perspektiven. Über einhundert Personen wurden bislang in ihrem Ausstiegsprozess unterstützt und haben sich erfolgreich ein neues Leben ohne Extremismus aufgebaut.

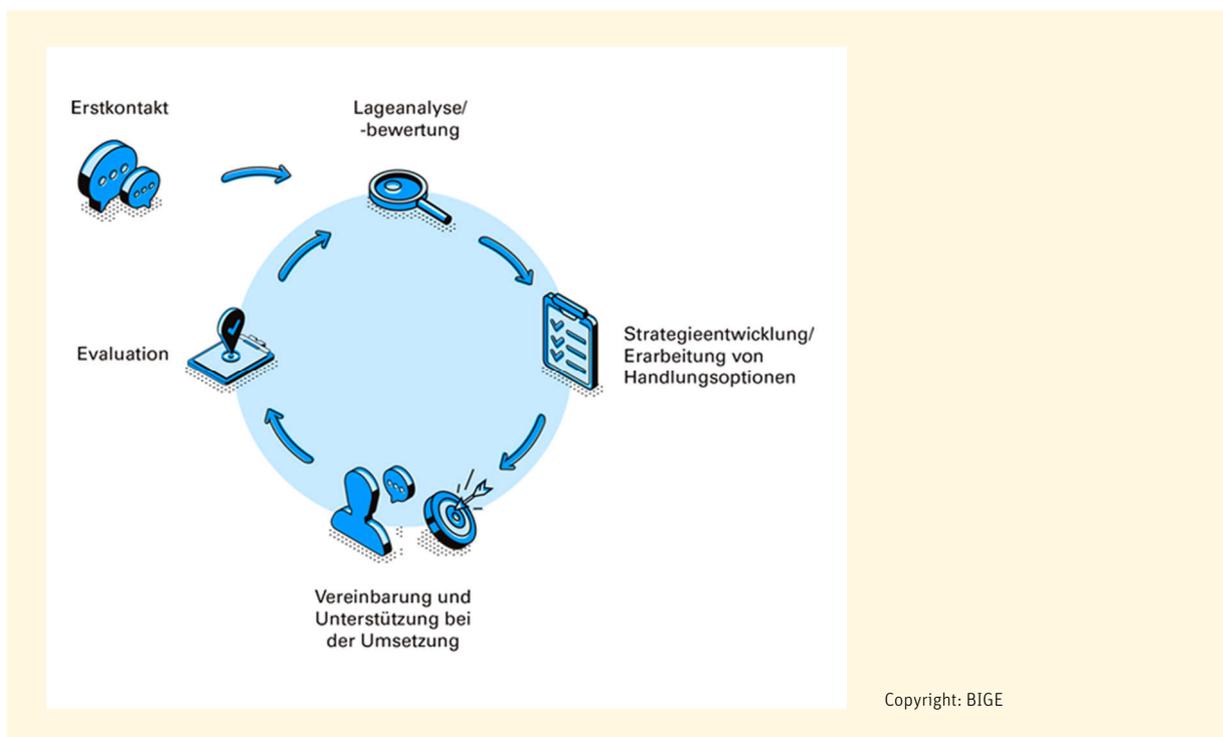
## Beratung bei konkreten Problemen mit Extremisten

Weiterer Aufgabenschwerpunkt der BIGE ist die Beratung. Die BIGE unterstützt Betroffene kostenfrei und vertraulich im oft schwierigen Umgang mit Extremismus. Denn Extremisten stellen mit ihren Aktionen Privatpersonen, Schüler, Lehrer, Gewerbetreibende, Verwaltungsmitarbeiter oder politische Amtsträger mitunter vor praktische Probleme in deren Alltag. Der Schwerpunkt der BIGE-Beratungstätigkeit liegt auf der Kommunenberatung. Typische Problemstellungen sind z. B. der Ankauf von Immobilien durch Rechtsextremisten in Kommunen, rechtsextremistische Agitation gegen Lokalpolitiker, Belästigungen von Verwaltungsmitarbeitern durch Reichsbürger oder linksextremistische Sachbeschädigungen. In allen derartigen Fällen steht die BIGE Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite.

## Beratungsablauf

Wenn sich eine auf Extremismus bezogene Problemstellung ergibt, kann die BIGE jederzeit per E-Mail oder Telefon in einem Erstkontakt angesprochen werden. Ihre Mitarbeiter erstellen dann gemeinsam mit dem Bedarfsträger vor Ort eine Lagebewertung. Dabei erfolgt eine Problemanalyse, die auf den Erkenntnissen von Polizei und Verfassungsschutz beruht. Darauf aufbauend unterstützt die BIGE bei der Strategieentwicklung, um das Problem anzugehen; z. B. mit individuellen Handlungsempfehlungen und mit Szenarien, wie sich die Situation weiter entwickeln könnte. Auch bei der anschließenden Umsetzung konkreter Maßnahmen hilft die BIGE mit Rat und Tat weiter. Experten können z. B. Informationsveranstaltungen oder Fortbildungen für den Bedarfsträger durchführen oder andere spezialisierte Ansprechpartner aus dem BIGE-Netzwerk vermitteln. Anlassbezogen können etwa lokale und regionale zivilgesellschaftliche Strukturen wie Helferkreise, Vereine, Kirchen etc. eingebunden werden. Im Rahmen einer Evaluation melden sich die BIGE nach einiger Zeit wieder beim Bedarfsträger, um die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen zu besprechen und diese gegebenenfalls gemeinsam weiter zu optimieren.

Abbildung 3: Ablauf einer Beratung durch die BIGE



**Ein anonymisiertes Praxisbeispiel veranschaulicht die Beratung von Kommunen.****Praxisbeispiel**

Das folgende Praxisbeispiel illustriert die Kommunenberatung der BIGE. Entsprechend dem Beratungsgrundsatz der Vertraulichkeit wurde es so anonymisiert, dass ein Rückschluss auf den Originalsachverhalt nicht mehr möglich ist.

Nach der Gründung einer rechtsextremistischen Ortsgruppe in Südbayern kam es häufiger vor Ort zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen (z. B. Aufkleber an Straßenschildern). Die BIGE, die hierüber Kenntnis erlangt hatte, kontaktierte daraufhin eigeninitiativ die Kommune (Erstkontakt) und initiierte einen Runden Tisch mit Vertretern der Gemeindeverwaltung und den Sicherheitsbehörden (Lagebewertung). In dieser Runde wurden gemeinsam sinnvolle Maßnahmen der Kommune zur Sensibilisierung der Bürgerschaft erörtert. Der Kommune wurden verschiedene Handlungsoptionen unterbreitet, um die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung vor Ort über die Gruppierung, ihre Ziele und ihr Vorgehen zu informieren und Schulklassen und Lehrer vorbeugend zu sensibilisieren (Strategieentwicklung).

Aufgrund einer Anfrage aus der Zivilgesellschaft zu dieser Thematik wurde zudem die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus ([www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)) eingebunden. Diese unterstützte die Beratungsnehmer daraufhin eigenständig vor Ort durch Informations- und Aufklärungsmaßnahmen sowie bei der Strategieentwicklung und Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren (Umsetzung).

## Beratungsgrundsätze

- Die BIGE behandelt alle Anliegen von Bedarfsträgern diskret. Vertraulichkeit und der Schutz persönlicher Daten sind stets gewährleistet.
- Die Beratung erfolgt in der Regel persönlich beim Bedarfsträger. Mit ihren Standorten in München und Nürnberg können Mitarbeiter der BIGE schnell bayernweit vor Ort sein.
- Die Zusammenarbeit der BIGE mit den Bedarfsträgern findet auf Augenhöhe statt und basiert immer auf Freiwilligkeit. Welche Maßnahmen gegen Extremismus ein Bedarfsträger ergreifen will, entscheidet er immer eigenständig.
- Die Arbeit der BIGE basiert auf dem gesetzlich definierten Extremismus-Begriff. Extremist ist, wer sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) wendet. In welchem politischen Spektrum er sich verortet, spielt dabei keine Rolle. Die fdGO definiert den Dreiklang von Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat als oberste Wertprinzipien von Staat und Gesellschaft in Deutschland. Sie müssen von allen Akteuren anerkannt werden, die am politischen Prozess teilnehmen.
- Die BIGE nutzt bei ihrer Beratungsarbeit alle bei Polizei und Verfassungsschutz vorhandenen Informationen. Dieser kombinierte Informationszugang ist ein Alleinstellungsmerkmal der BIGE im Vergleich zu anderen Beratungsstellen.
- Alle Leistungen der BIGE sind stets kostenfrei.

///



**Nicola Hieke (M.A.)**

leitet die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus in München und ist seit 12 Jahren beruflich mit dem Aufbau und der strategischen Weiterentwicklung von Beratungsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Bayern beschäftigt.

/// Gegen Rechtsextremismus: Beratung, Information und Vernetzung

# Die Arbeit des Beratungsnetzwerkes Bayern

**Eine wirksame Arbeit gegen Rechtsextremismus basiert auf dem Zusammenspiel staatlicher und nicht staatlicher Maßnahmen. Die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen ist daher ein entscheidender Baustein. Die Angebote im Beratungsnetzwerk Bayern gegen Rechtsextremismus sind seit Jahren erfolgreich in diesem Bereich tätig. Die Finanzierung ist langfristig jedoch noch immer nicht gesichert.**

## Zur Entwicklung der Beratungsstrukturen

Mit einer Teilzeitstelle in München nahm die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) Ende 2007 ihre Tätigkeit als Projekt beim Bayerischen Jugendring (BJR) auf. Die Finanzierung erfolgte zu einem Großteil durch Bundesmittel, die Zielsetzung war ebenfalls in diesem Rahmen vorgegeben: die themenfeldbezogene Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Aufbau von möglichst flächendeckenden Beratungsangeboten. Aufgaben, die eine große Herausforderung darstellten. Insbesondere für den ländlichen Raum in einem Flächenland wie Bayern und mit Blick auf die zunächst prekäre personelle Ausstattung. Die LKS arbeitete daher zu Beginn vor allem mit freiberuflichen Experten aus ganz Bayern zusammen, die maßgeblich am Aufbau der ersten Beratungsstrukturen beteiligt waren.

**Staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen im Beratungsfeld Rechtsextremismus arbeiten flächendeckend zusammen.**

**Die LKS ist zu einer der größten landesweiten Fachstelle zum Thema Rechtsextremismus in Bayern herangewachsen.**

In den vergangenen 12 Jahren ist die LKS zu einer eigenen Einrichtung des BJR und einer der größten landesweit tätigen Fachstellen zum Thema Rechtsextremismus in Bayern herangewachsen. Sie wirkt dabei weit über den Bereich der Jugendarbeit hinaus und dient als Anlaufstelle für verschiedenste Zielgruppen und Akteure. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die Förderung stammt aus Bundesprogrammen – derzeit „Demokratie leben!“ – und einer Ko-Finanzierung aus Landesmitteln im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familien, Arbeit und Soziales.

Hauptaufgaben der LKS mit Sitz in München sind die Information und die Vernetzung im Themenfeld. Die Beratung erfolgt an anderer Stelle durch eigenständige Beratungsangebote und Fachstellen. Sie bilden das Beratungsnetzwerk (BNW) Bayern gegen Rechtsextremismus, das von der LKS koordiniert wird.

### **BNW Bayern: Aufsuchende Beratung – niedrighschwellige Zugänge**

Die Beratungsangebote im BNW richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und unterscheiden sich auch in Inhalten und Ansätzen der Beratung. Sie weisen jedoch alle zentrale Gemeinsamkeiten auf: Sie sind mobil. Dies bedeutet, dass bei Bedarf aufsuchend vor Ort beraten wird. In einem Flächenland wie Bayern ist dies der entscheidende Ansatz, um besonders die Ratsuchenden in ländlichen Regionen erreichen zu können. Je nach Ausgangslage kann Beratung aber ebenso telefonisch oder per Mail, gegebenenfalls auch anonym erfolgen. Die Beratung ist kostenlos, die Zugänge sind so möglichst niedrighschwellig gehalten. Im Mittelpunkt steht der Bedarf der Ratsuchenden, Handlungs- und Lösungsstrategien werden gemeinsam erarbeitet. Alle Fachstellen im BNW Bayern sind bundesweit vernetzt und stehen im Austausch mit Kollegen aus anderen Bundesländern. Die Arbeit erfolgt nach Grundlagen und Qualitätsstandards, die gemeinsam entwickelt wurden. Auch die Fort- und Weiterbildung findet auf Bundesebene statt.

Ebenso wie die LKS sind die Beratungsangebote des BNW zu einem Großteil aus Bundesmitteln finanziert. Das Netzwerk besteht derzeit aus 3 Fachstellen und berät Eltern, Angehörige und Fachkräfte („Elternberatung“) aus dem sozialen Umfeld extrem rechts orientierter Jugendlicher. Ziel ist es, Bezugspersonen in ihrer Handlungssicherheit zu stärken. In den letzten Jahren häufen sich Anfragen, bei denen nicht nur Jugendliche, sondern auch Personen im Erwachsenenalter im Mittelpunkt stehen. Beispielsweise ein Elternteil oder

Lebenspartner, die antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten oder sich vor Ort einer rassistischen Initiative gegen die Unterbringung Geflüchteter anschließen.

Für Betroffene von rechtsextremer, antisemitisch oder rassistisch motivierter Gewalt und Bedrohung besteht die Möglichkeit, sich an die Fachstelle B.U.D. Bayern zu wenden. B.U.D. steht für Beratung, Unterstützung und Dokumentation. Die Berater orientieren sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und ergreifen für deren Interessen Partei. B.U.D. ist dabei bayernweit mit Experten und anderen Fachstellen vernetzt, engagiert anlassbezogen Dolmetscher und hilft bei der Vermittlung psychotherapeutischer Angebote. Träger ist der unabhängige Verein B.U.D. Bayern e.V.

Die Fachstelle ist darüber hinaus Mitglied im bundesweit tätigen VBGR, dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

## Die Mobile Beratung (MB) gegen Rechtsextremismus in Bayern

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird von LKS und Beratungsnetzwerk als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, bei der vor allem auch der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zukommt. Grundlegend hierfür ist das Verständnis, dass rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet und nicht nur an den vermeintlichen Rändern zu finden sind. Eine wirkungsvolle Arbeit gegen Rechtsextremismus beginnt so bereits in der Auseinandersetzung mit diesen Einstellungen. In Schulen, Vereinen und Verbänden, in Kirchen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen findet diese tagtäglich statt.

Das Konzept der Mobilien Beratung entstand vor knapp 30 Jahren vor dem Kontext, diese professionell zu unterstützen. Ausgehend von den ostdeutschen Bundesländern wurde es seither beständig weiterentwickelt und wird inzwischen in allen 16 Bundesländern umgesetzt. Die unterschiedlichen Gegebenheiten werden dabei berücksichtigt. Ziel der Beratung ist es stets, möglichst passende Handlungsstrategien zu entwickeln. Dafür ist ein Wissen um regionale Besonderheiten, um Akteure und wichtige Kooperationspartner vor Ort ebenso wichtig wie die Kenntnis lokaler rechtsextremer Strukturen. Die MB in Bayern arbeitet daher von 3 dezentralen Bürostandorten aus. Die Arbeit der Berater besteht zu einem wesentlichen Anteil aus Recherchen – sowohl zu rechtsextremen Akteuren als auch zu zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern vor Ort.

**Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt gerade die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.**

Die Beratung umfasst Informationen zur Einschätzung der Lage ebenso wie langfristige Strategieentwicklungs- und Vernetzungsleistungen. Die Nachfrage ist hoch. Im Zentrum der 99 Beratungsfälle im Jahr 2019 standen neben der Agitation neonazistischer Akteure vor allem jene Anfragen, die sich auf die Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischen und rechtspopulistischen Akteuren beziehen.

Zentrales Element der Beratung ist stets auch die Vernetzung. So arbeitet die MB seit Jahren eng mit zivilgesellschaftlichen Bürgerinitiativen und Bündnissen zusammen. Sie unterstützt diese sowohl in ihrer Gründung als auch langfristig mit der Organisation jährlich stattfindender Vernetzungstreffen in der Region zum Austausch von Informationen und Good-Practice-Strategien.

Themenfeldbezogene Aufklärung, Information und Sensibilisierung sind ein weiterer Tätigkeitsbereich. Im Jahr 2019 führte die MB bayernweit 141 Bildungsveranstaltungen durch. Besonders häufig angefragt sind dabei sogenannte „Argumentationstrainings“ – Workshops zum Umgang mit Parolen und Rhetorik – und Informationen zu Rechtsextremismus in der Region.



Beratungsnetwork  
**Bayern gegen  
Rechtsextremismus**

Das Beratungsnetwork Bayern gegen Rechtsextremismus ist ein Zusammenschluss einzelner, themenfeldspezifischer Fachstellen. Ihre Bildungs- und Beratungsangebote richten sich an verschiedene Zielgruppen wie beispielsweise zivilgesellschaftliche Akteure, Kommunen, Eltern und Fachkräfte sowie von rechter Gewalt Betroffene. Alle Leistungen sind kostenfrei.

Nähere Informationen unter

[www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)

Auch die Mitarbeiter der MB Bayern sind länderübergreifend vernetzt und arbeiten im Bundesverband Mobile Beratung BMB e.V. mit Kollegen aus ganz Deutschland zusammen. In Bayern ist die Mobile Beratung ein Teil des Beratungsnetzwerkes, Träger ist der Bayerische Jugendring.

## Handlungserfordernisse im Arbeitsfeld

Von zentraler Bedeutung ist die Anerkennung zivilgesellschaftlicher Strukturen als unverzichtbarer Partner in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von Seiten der Politik und der Sicherheitsbehörden. Neben der Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist hier vor allem der Aufbau verlässlicher Förderstrukturen für zivilgesellschaftliche Arbeit notwendig. Diese sind bisher nicht gegeben. Maßnahmen werden nur punktuell mit Bundesmitteln gefördert – in jeder Förderphase müssen so neue, innovative Schwerpunkte gesetzt werden. Vielfach wird wichtigen Projekten die Förderung wieder entzogen. Die Maßnahmen laufen aus, Expertise geht verloren.

Selbst etablierte Fachstellen wie LKS und Beratungsnetzwerk sind in Bayern nach wie vor von der Bundesmittelförderung abhängig. Auch als Maßnahmen im Handlungskonzept der Bayerischen Staatsregierung bleiben die Angebote befristet. Unsicherheit und Fluktuation sind entsprechend hoch. Der Verwaltungsaufwand schafft zeitfressende Nebenschauplätze. Es ist daher auf Landes-, genau wie auf Bundesebene wichtig, Möglichkeiten für eine dauerhafte Förderung zu schaffen und die Arbeitsbereiche als eigenständige Berufsfelder anzuerkennen.

Derzeit werden vielerorts Strategien gegen Hate Speech diskutiert. Neue Maßnahmen werden vor allem dort eingeleitet, wo Personen aus Kommunalpolitik und Verwaltung bedroht sind. Dies ist wichtig und richtig. Wünschenswert ist jedoch auch, die Lage all derer sichtbar zu machen, die alltäglich von Hass, Hetze und Hate Crime betroffen sind. Häufig sind das Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten. Das tatsächliche Ausmaß an Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen ist nicht bekannt. Nach dem Vorbild der Stadt München braucht daher Bayern ebenfalls ein zivilgesellschaftliches, landesweites Monitoring solcher Vorfälle und den Ausbau bestehender Strukturen der Betroffenen- und Antidiskriminierungsberatung im Bundesland.

**Es müssen verlässliche Förderstrukturen aufgebaut werden.**

///



### **Christopher Vogel**

arbeitet als Sozialpädagoge beim Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hessen in Kassel und ist Sprecher der AG ländliche Räume im Bundesverband Mobile Beratung.

/// Erfahrungen aus der Arbeit eines Mobilen Beratungsteams

# Demokratie braucht Engagement

**Aus vielen Gesprächen in den ländlichen Regionen ergibt sich ein Gefühl für die Stimmungslagen und rechtsextremen Gefährdungen vor Ort. Es ist wichtig, dem nachzugehen und zu hinterfragen, warum dem so ist, damit an den eigentlichen Problemen und Bedürfnissen gearbeitet werden kann, statt an Parolen. Was viele Menschen brauchen, ist das Gefühl, etwas bewirken zu können. Dies ist der Ansatzpunkt für Demokratie förderndes Engagement.**

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e.V. (kurz MBT Hessen) gründete sich im Sommer 2003 in Kassel als erstes Mobiles Beratungsteam in Westdeutschland. Im Jahr 2009 erstellte das MBT Hessen für einen sehr ländlich geprägten nordhessischen Landkreis eine Regionalstudie. Anhand von fast hundert Interviews sollten rechtsextreme Gefährdungen, aber auch bestehendes Engagement für Demokratie erhoben werden.

Anlass war ein gewalttätiger Übergriff durch Neonazis auf ein Jugendzeltlager, bei dem ein 13-jähriges Mädchen lebensgefährlich verletzt wurde. Als Reaktion auf den Überfall bestätigte der damalige Landrat, dass im Kreis ein Problem mit Rechtsextremismus existiere und beauftragte das MBT Hessen mit einer Studie, um herauszufinden, wo genau rechtsextreme Gefährdungen bestehen, wie darauf vor Ort reagiert wird, welches Engagement es schon gibt und wo es noch ausbaufähig ist.

**Das mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus war das erste in Westdeutschland.**

In einem Schneeballsystem wurden lokal relevante Akteure in fast allen Gemeinden im Kreis interviewt und um ihre Einschätzungen gebeten. Neben den Interviews reicherte das MBT die Studie mit eigenen Kenntnissen der Neonaziszene und Recherchen zu einzelnen Gruppen und Gemeinden an. In der Folge richtete der Kreis eine Stabsstelle zum Thema ein, die heute in eine Partnerschaft für Demokratie übergegangen ist und sehr erfolgreich zum Thema arbeitet. Es ist heute, zehn Jahre später, für Rechtsextreme schwieriger geworden, öffentlich aufzutreten, und die Sensibilität gegenüber demokratiefeindlichen Phänomenen im Landkreis ist spürbar höher geworden.



Beratungsnetzwerk  
**Bayern gegen  
Rechtsextremismus**

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratieentwicklung unterstützt und aktiviert deutschlandweit engagierte Menschen, Organisationen und Initiativen mit dem Ziel, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken. Das Konzept wird in einer heterogenen Struktur von Trägern in den 16 Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. In Bayern arbeiten drei regionale Teams unter dem Dach des bayerischen Jugendrings.

Nähere Informationen unter

[www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)

## Wahrgenommenes Stimmungsbild vor Ort

Viele Interviewte berichteten schon damals, dass allgemein ein Gefühl vorherrschen würde, es ginge mit der Region bergab, obwohl wirtschaftliche Kenndaten des Landkreises wie etwa die Arbeitslosenquote keine Auffälligkeiten zeigten. Beklagt wurde, die Politik in der Landes- bzw. Bundeshauptstadt würde sich nicht mehr kümmern.

Aus meiner Sicht waren dies bereits Anzeichen für die seit den Jahren 2015/16 zu konstatierende Spaltung der Gesellschaft in Deutschland: Während ein Teil der Gesellschaft die Aufnahme Geflüchteter tatkräftig anpackte, wandte sich ein anderer Teil dem Rechtspopulismus zu, weil „die Politik“ sich scheinbar mehr um Geflüchtete kümmerte als um sie. Zu den wahrgenommenen Veränderungen im eigenen Umfeld – wie leerstehende Häuser oder dass Geschäfte schließen und immer mehr Menschen wegziehen – kommen auch allgemeine Entwicklungen. Hierzu zählen die Digitalisierung, die Veränderung von beruflichen Anforderungen und eine allgemeine Unsicherheit, wie es im Alter werden wird. Globalisierung wird in diesen Kreisen signifikant stärker als Bedrohung denn als Chance gesehen.<sup>1</sup>

Viele Menschen machen keine Erfahrungen der Selbstwirksamkeit mehr. Wahlanalysen zeigen, dass Männer signifikant stärker AfD wählen als Frauen, weil sie ihre bisherige Position in der Gesellschaft gefährdet sehen.<sup>2</sup> Viele scheinen sich in eine Zeit zurückzusehnen, in der Männer, gerade in ländlichen Regionen, die alleinigen Versorger der Familie waren, Frauen Haushalt und Kinderbetreuung verrichteten und Minderheiten im öffentlichen Diskurs nicht vorkamen bzw. ohne Konsequenz abgewertet werden konnten.

Aber es griffe natürlich viel zu kurz, ländliche Räume als defizitäre Sozialräume wahrzunehmen, die fest in der Hand von rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen und Aktivitäten sind (vgl. Beitrag von Larissa Deppisch und Andreas Klärner in diesem Heft). Unzählige Vereine und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse engagieren sich tagtäglich für ihr Gemeinwesen. Lokale Akteure wehren sich gegen demokratiefeindliche Phänomene.

**Seit 2015/16 wandte sich ein Teil der Bevölkerung dem Rechtspopulismus zu.**

## Zwischenfazit

Im Moment scheint es nicht nur darum zu gehen, wie Rechtsextremismus und -populismus zurückgedrängt werden können, sondern auch darum, wie demokratische Kultur in schrumpfenden Räumen verteidigt und ausgebaut werden kann. Sinnvoll wären folgende Maßnahmen:

### Investitionen in Köpfe, nicht nur in Steine

Es gibt viele Förderprogramme für die Entwicklung ländlicher Räume, die sie dabei unterstützen, ihre Infrastrukturen und Gebäude zu modernisieren und neue Angebote sowie ehrenamtliches Engagement zu initiieren. Beispielsweise werden Bürgerbusse finanziell gefördert, der Fahrdienst selbst wird ehrenamtlich organisiert. Doch Ehrenamt hat auch seine Grenzen. Für viele Aufgaben braucht es hauptamtlich Beschäftigte, und zwar mit längerer Perspektive, nicht nur auf 2-3 Projektjahre befristet.

### Stärkung von Engagement gegen demokratiefeindliche Bestrebungen – Aufstand der Zuständigen

**Ein positiver öffentlicher Umgang mit den Flüchtlingen verstärkt das Engagement der Bevölkerung.**

Im Umgang mit den Geflüchteten in den Jahren 2015/2016 hat sich gezeigt, dass Lokalpolitik und Verwaltung als Vorbilder dienen. Überall dort, wo sie motivierend voranschritten, waren die Menschen umso stärker bereit, sich für die Neuankommenden zu engagieren – und umgekehrt. Es ist ihre Aufgabe, klare Haltung zu zeigen, wenn mit populistischen Äußerungen auf Flüchtlinge oder andere Minderheiten gezeigt wird, weil diese angeblich an allem die Schuld tragen. Hier gilt es deutlich zu machen, was das eigentliche Problem ist und auf eine Lösung zu drängen. Statt resigniert Platz zu machen für jene, die rassistische und minderheitenfeindliche Ressentiments schüren, ist es besser, die Bürger für die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens zu motivieren, sie nach Ideen und Konzepten zu befragen und in die Umsetzung einzubinden.

Hier können sie Erfahrungen von „Selbstwirksamkeit“ erleben, denn mit ihrem Engagement stehen sie einem Menschen bzw. einer Familie bei ihrem Ankommen zur Seite und bekommen Erfolge (und Niederlagen) direkt mit. Das gilt auch allgemein für das Engagement in ländlichen Räumen: für die Anliegen aller Menschen, die dort leben, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder kulturellen Prägung.

**Perspektivwechsel: Nicht an der lautstarken Minderheit abarbeiten, sondern die leise Mehrheit wahrnehmen**

Gerade in den letzten drei Jahren sind viele Engagierte verstärkt mit menschenfeindlichen Einstellungen und Aussagen im privaten, ehrenamtlichen und beruflichen Kontext konfrontiert. Die Mehrheit hierzulande lehnt rechts-extreme und -populistische Hetze ab, die überwältigende Mehrheit sieht in unserer Demokratie das bevorzugte und beste politische System.<sup>3</sup> Dennoch arbeiteten sich Medien, Politik und Zivilgesellschaft an Provokationen des rechten Randes ab, statt sich ihrer eigenen Stärke bewusst zu sein und eigene Forderungen zu formulieren. Fehlen bezahlbarer Wohnraum, ausreichend Kitaplätze oder andere Infrastrukturen? Dann sollte das geändert werden, egal ob es um Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund oder Alteingesessene geht. Die Politik konzentriert sich auf Ballungsräume und urbane Erfordernisse? Dann sollten die Belange ländlicher Räume offensiv eingefordert werden. Es braucht politische Verantwortungsträger, die der bisher ziemlich leisen Mehrheit zuhören, anstatt eine laute Minderheit bedienen zu wollen.

**Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt rechte Hetze ab, nur eine kleine Minderheit verbreitet menschenfeindliche Parolen.**

## Lokales Handlungskonzept für das Zusammenleben

Das MBT Hessen hat ein Modellprojekt zur Aktivierung gesellschaftlichen Engagements im Dorf bzw. in der Kleinstadt entwickelt. Ziel ist es, eine lebendige Zivilgesellschaft zu aktivieren und gemeinsam mit Politik und Verwaltung für lokales Handeln zu gewinnen. In einem begleiteten Prozess erarbeiten sie vor Ort gemeinsam ein Handlungskonzept, das ihre Visionen und die konkreten Schritte für eine Stärkung des Zusammenlebens beschreibt.

**In einem Modellprojekt zur Aktivierung gesellschaftlichen Engagements werden Bedarfe erhoben.**

In einem ersten Schritt werden die spezifischen Bedarfe, Problemlagen und Ideen in der Kommune erhoben und analysiert. Hierzu entwirft ein lokaler Projektbeirat zusammen mit dem MBT Hessen einen Fragenkatalog für Interviews. Die entsprechenden Fragestellungen könnten z. B. lauten: Wie nehmen die vor Ort lebenden Menschen ihre Kommune wahr, welche Probleme und Potenziale sind aus ihrer Sicht vorhanden? Was sollte sich bessern bzw. ausgebaut werden? Welche Veränderungen gibt es und was wird für die Zukunft erwartet? Welche sozialen Differenzen, die ihr Leben direkt betreffen, werden von den Einwohnern beobachtet? Letztendlich geht es darum, was für Themen die Menschen vor Ort als wichtig für ein gelungenes Zusammenleben und die Zukunft ihres Wohnortes definieren. Aber auch, welches Engagement schon existiert und worin Befragte bereit wären, sich einzubringen (aktivierende Befragung)<sup>4</sup>.

Außerdem werden Interviews geführt mit einem so heterogenen Publikum wie machbar im Gemeinwesen: vom Bürgermeister über die Vorsitzende der Landfrauen bis zur Jugendclique und den Neuzugezogenen. So kann man ein umfassendes Bild der Gemeinde aus der Sicht möglichst vieler Bewohner mit ihren spezifischen Sichtweisen, Kritikpunkten und Vorschlägen bekommen.

Die Ergebnisse werden von der MTB Hessen ausgewertet und aufbereitet und mit Handlungsempfehlungen der Kommune zur Verfügung gestellt (z. B. Bürgermeister oder Ortsbeirat), ehe sie in einer geeigneten Form der lokalen Öffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt werden (z. B. in einer Bürgerversammlung).

Der nächste Schritt besteht aus einem Bürgerdialog in allen Ortsteilen, in dem die Bürger zusammen mit Vertretern der Kommunalpolitik und der Verwaltung auf der Grundlage der Analyse des ersten Schritts gemeinsam Ideen und konkrete Handlungsstrategien entwickeln. Wichtig hierbei ist tatsächlich, möglichst in allen Ortsteilen eine Veranstaltung durchzuführen, weil sich Problemlagen in einem Ortsteil völlig anders darstellen können als im Kernort der Gemeinde. Wenn gewünscht, kann dieser Bürgerdialog wiederholt oder institutionalisiert werden.

**Im nächsten Schritt werden auf einem Bürgerdialog gemeinsam Handlungsstrategien entwickelt.**

In einem längerfristigen Prozess soll auch die Expertise der klassischen Angebote anderer Träger vor Ort wie z. B. Volkshochschulen, Jugendpflege, Vereine, Verbände und Kirchen eingebunden werden. Denn natürlich kann nicht über bestehendes Engagement und vor Ort tätige Akteure hinweggegangen werden. Dies alles geschieht immer anhand der geäußerten Bedarfe und der vor Ort vorhandenen Ressourcen.

So ein Vorgehen kostet Zeit und Geld, aber einfache und schnelle Lösungen gibt es nicht in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen. Zurzeit (Februar 2020) steht die Übertragung des Projekts auf weitere Gemeinden am Anfang, erste Gespräche sind in Nordhessen geführt worden. Aber es gibt allorts diverse ermutigende Beispiele dafür, dass Bürger über Wissen verfügen, das darauf wartet abgerufen zu werden und diese auch bereit sind, sich für Gemeinwesen und Demokratie zu engagieren.

///

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> de Vries, Catherine / Hoffmann, Isabell: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum, Gütersloh 2016, S. 21.
- <sup>2</sup> Vgl. z. B. [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/390abd1b-20da-4317-b321-195b332c884b/btw17\\_wista\\_03-2018.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/390abd1b-20da-4317-b321-195b332c884b/btw17_wista_03-2018.pdf), Stand: 16.1.2020.
- <sup>3</sup> Vgl. z. B. Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018, S. 96 f.
- <sup>4</sup> Vgl. z. B. <https://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php>, Stand: 16.1.2020.



### **Martin Stammler**

ist Diplom-Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent in der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg und verantwortet dort den Standort Nordbayern des Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche Bayern.

/// Katholisches Bildungszentrum für Demokratie

# Ein Kreuz ohne Haken

**Antisemitismus, Rassismus und autoritäre Haltungen sind auch unter Katholiken verbreitet. Seit dem Frühjahr 2018 widmet sich ein eigens eingerichtetes Zentrum in Bayern mit Bildungs-, Beratungs- und Vernetzungsarbeit der Unterstützung kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenwürde. Wie arbeitet dieses Kompetenzzentrum der Katholischen Kirche in Bayern?**

## Szene eins – Parolen dreschen

Ein kalter Mittwochvormittag im Februar irgendwo in Mittelfranken: 25 Menschen, die in unterschiedlichen Fachberatungsbereichen der Caritas arbeiten, sitzen in kleinen Gruppen zusammen und werfen mit Parolen um sich: „Der Genderwahn ist pure Ideologie!“, hört man da, oder „Ein Stück Papier macht noch keinen Deutschen!“. Die Teilnehmenden an unserem Argumentationstraining erproben gerade, wie es sich anfühlt, auf pauschalisierende oder ausgrenzende Statements in Beratungsgesprächen auf unterschiedliche Weise zu reagieren. Wie kann ich schnell die so genannte „Schocksekunde“ überwinden? Argumentiere ich nun sachlich, oder gehe ich auf die Beziehungsebene: „Was macht Sie so wütend?“ Diese Fragen bearbeiten wir gemeinsam. In intensiven Rollenspielen trainieren wir mit den Teilnehmenden anschließend die Anwendung verschiedener Argumentationsstrategien. Und dieses Training ist nötig, denn eine differenzierte Sicht hat im Konflikt immer einen Ausgangsnachteil gegenüber einer pauschalen oder diffamierenden Position.

**In Rollenspielen lernen die Teilnehmer verschiedene Argumentationsstrategien.**

## Szene zwei – „Lügenpresse“

Uns erreicht ein verzweifelter Telefonanruf: Ein Kollege aus der Erwachsenenbildung hat es bei seinen Veranstaltungen regelmäßig mit zwei Gästen zu tun, mit denen konstruktive Diskussionen kaum mehr möglich sind. Rassistische Aussagen und antisemitische Verschwörungstheorien werden wortstark verbreitet, Leitmedien und Wissenschaft als glaubwürdige Informationsquellen nicht mehr akzeptiert. Unser Rat: Irgendwann ist auch mal Schluss. Zwar ist es Aufgabe politischer Bildung, im breiten Dialog über Gesellschaft und Politik zu bleiben, aber es gibt für öffentliche Veranstaltungen klare Grenzen: Betroffene müssen vor diskriminierenden Äußerungen geschützt werden, autoritäre Gesellschaftsvorstellungen dürfen nicht wiederholt Resonanzraum finden. Wir haben dem Kollegen empfohlen, diese Grenzen zu kommunizieren, eine klare Linie in seiner Veranstaltungsmoderation zu führen und zur Not auch vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

## Sich der Herausforderung stellen – die Einrichtung unseres Zentrums

Die beiden Szenen geben einen typischen Einblick in unsere tägliche Arbeit – die Arbeit des Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde der Katholischen Kirche in Bayern. Im April 2018 wurden die beiden Standorte in der Stiftung Bildungszentrum Freising und der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg eingerichtet. Doch von vorne:

**Antidemokratische Einstellungen finden sich in der Mitte der Gesellschaft wieder.**

Der Mord an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke im Juni 2019, der rechtsterroristische Anschlagversuch in Halle nur wenige Monate später und jüngst der rassistische Terroranschlag von Hanau bildeten die Spitze eines Eisberges, welcher sich auch schon vor der so genannten „Flüchtlingskrise“ 2015 immer wieder manifestiert in regelmäßigen, aber kaum Aufmerksamkeit erregenden, rechtsmotivierten Angriffen auf Moscheen und Unterkünfte von Geflüchteten sowie alltäglicher psychischer und physischer Gewalt gegen Nicht-Weiße.<sup>1</sup> Die Täter fühlen sich motiviert – durch die Verschiebung des Sagbaren nach rechts, durch öffentliche Diffamierung, Echokammern und „Fake News“, und durch die Wahlerfolge einer Partei, die einen autoritären Staat und eine völkische Gesellschaftsordnung anstrebt.<sup>2</sup> Die zugrunde liegenden antidemokratischen Einstellungsmuster finden sich seit Langem in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ in Deutschland wieder – und damit auch in den beiden großen christlichen Kirchen.<sup>3</sup>

Angesichts dieser Entwicklung und der letztgenannten Erkenntnis handelte die Freisinger Bischofskonferenz und rief auf ihrer Frühjahrsvollversammlung 2018 das Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde ins Leben. Auf drei Arbeitsfeldern – Bildung, Beratung und Vernetzung – sollen kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure in Bayern in ihrer entsprechenden Arbeit unterstützt werden. Sei es präventiv oder weil sie vermehrt mit antidemokratischen Haltungen konfrontiert werden.

## Vor Ort bilden und Netzwerke stärken

Und so bilden wir seit zwei Jahren Haupt- und Ehrenamtliche in Kirchen- und Verbandsstrukturen fort, halten Abendvorträge in Pfarrgemeindesälen in der Stadt und auf dem Land und geben Workshops und Impulse auf kleinen und größeren Tagungen, auch über Bayern hinaus. Mit eigenen Veranstaltungen rücken wir mit unseren zahlreichen Kooperationspartnern dabei vor allem immer wieder ein Thema ins Zentrum der gemeinsamen Auseinandersetzung: Die Schnittstellen und verbindenden Narrative zwischen neu-rechter Ideologie und konservativem Christentum, die sich trotz Nächstenliebe und katholischer Soziallehre herauschärfen. Ausdruck fand diese Arbeit nicht zuletzt in unserer Mitwirkung an der empfehlenswerten Arbeitshilfe „Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen“<sup>4</sup> der Deutschen Bischofskonferenz.

Ein Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit liegt gegenwärtig bei der Fortbildung von Lehrkräften. Angesichts der politischen Debatten und Einschüchterungsversuche von rechts fühlen sich nicht wenige Lehrkräfte verunsichert und klammern politische Themen aus Unterricht und Schulleben aus. Doch eine starke Demokratie braucht mündige Jugendliche, die sich mit autoritären Bedrohungen für Grund- und Menschenrechte auseinandersetzen. In unseren Fortbildungen erarbeiten wir, was dafür notwendig ist: Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip, selbstbewusste Lehrkräfte mit demokratischer Haltung und letztlich demokratischere Schulstrukturen.

Eine der zentralen Erkenntnisse im Engagement für Demokratie und Menschenwürde, welche sich insbesondere in den letzten Jahren noch einmal verdichtet hat, ist: Die Befürworter einer pluralen Gesellschaft in demokratischer Verfasstheit sind in Deutschland in der Mehrheit. Wenn sie auch gemeinsam sprechen und handeln, sind sie unüberhörbar. Mit unseren regelmäßigen Vernetzungstreffen wollen wir hier ansetzen und Engagierte in verfasster Kirche und den Verbänden immer wieder an einen Tisch bringen,

**Kirchenmitarbeiter werden im Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen geschult.**

um sich gegenseitig zu beraten, zu unterstützen und vielleicht auch gemeinsame Projekte zu entwickeln. Die ökumenische Vernetzung ist uns dabei ebenso wichtig wie das Netzwerk der Zivilgesellschaft. So kooperieren wir immer wieder mit unseren evangelischen Partnern wie der Projektstelle gegen Rechtsextremismus und engagieren uns in der Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion Nürnberg. Aber auch der enge Draht zu unseren Bezugswissenschaften findet seinen Ausdruck im Austausch und der Projektarbeit unter anderem mit den Universitäten in Eichstätt, München und Erlangen-Nürnberg.

### **Dranbleiben und zusammenstehen – Ziele unserer zukünftigen Arbeit**

**Politische Bildung soll helfen, eine demokratische Haltung zu entwickeln und zu verteidigen.**

Der Angriff auf unsere offene Gesellschaft wird sich auf absehbare Zeit nicht abschwächen. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kirche und Religionsgemeinschaften sehen sich permanent reaktionären Attacken ausgesetzt. Politische Bildung, wie wir sie betreiben, kann menschenverachtende Einstellungen und Taten allein nicht aus der Welt schaffen. Aber sie kann ihren Beitrag leisten in der Befähigung von Menschen, eigene Ressentiments zu hinterfragen, Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen, Solidarität mit Betroffenen zu zeigen und eine demokratische Haltung zu entwickeln und zu verteidigen.

Deshalb haben wir uns einiges vorgenommen: Mit unserer Bildungs- und Vernetzungsarbeit wollen wir nach und nach in allen sieben bayerischen Diözesen – insbesondere in den ländlichen Regionen – präsent sein. Die Zusammenarbeit mit Schulen und die Fortbildung von Lehrkräften nehmen wir ebenso verstärkt in den Blick wie die Schulung von frühpädagogischem Fachpersonal und Mitarbeitenden in Ordinariaten und kirchlichen Tagungshäusern. Durch Publikationen in Magazinen, Fachzeitschriften und eigenen Veröffentlichungen<sup>5</sup> sollen die Erkenntnisse unserer Arbeit auch weiterhin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, insbesondere mit praxisnahen Handreichungen für Multiplikatoren.

Wir vom Team des Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde sind nach den Erfahrungen unserer Arbeit und den gesellschaftlichen Entwicklungen in den letzten Jahren nun noch fester der Überzeugung, dass Kirche gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften klar gegen autoritäre Positionen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Stellung beziehen muss. Dazu wollen wir ermutigen und befähigen.

///

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Aydemir, Fatma / Yaghoobifarah, Hengameh: Eure Heimat ist unser Alptraum, Berlin 2019.
- <sup>2</sup> Quent, Matthias: Es gibt nur einen Rand – und der ist rechts, Jena 2019.
- <sup>3</sup> Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn 2019, S. 188.
- <sup>4</sup> Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Berlin 2019.
- <sup>5</sup> Akademie CPH (Hrsg.): Was tun gegen rechts? Empfehlungen für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Kirche und Gesellschaft, Nürnberg 2018.



**Martin Becher**

ist Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz –  
Demokratie und Menschenwürde schützen sowie  
Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus, Bad Alexandersbad.

/// Ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus

# Das Bayerische Bündnis für Toleranz

Das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ ist das größte bayernweite Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus. In ihm engagieren sich zivilgesellschaftliche, religiöse, staatliche und kommunale Akteure gemeinsam gegen „extrem rechts“. Handlungsleitend für das Bündnis ist das Zusammenführen des „Aufstands der Anständigen“ (Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften) mit dem „Aufstand der Zuständigen“ (Staat und Kommunen).

Das Bündnis für Toleranz ist wesentlich getragen von einem selbstreflexiven Ansatz. Den Mitgliedern ist durchaus bewusst, dass für ein erfolgreiches Agieren gegen „rechts außen“ immer auch andere Akteure und Partner vonnöten sind. Jede Mitgliedsorganisation ist sich bewusst, dass extrem rechte Gedanken überall, in allen Lebensbereichen und Institutionen auftauchen (können). Deshalb lautet unser Motto: „Wir sind erst dann Teil der Lösung, wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind.“



## Entstehung und Zusammensetzung

Das Bayerische Bündnis für Toleranz setzt sich seit 15 Jahren für eine nachhaltige Stärkung von Demokratie, Toleranz und Menschenwürde ein. Gegründet wurde das Bündnis im Jahr 2005 auf Initiative der Jüdischen Gemeinden, der beiden großen Kirchen, des Bayerischen Innenministeriums und des DGB Bayern. Die Gründung war eine Reaktion auf den letztlich vereitelten Versuch eines Bombenanschlags auf die Grundsteinlegung der Synagoge und des Gemeindehauses der Jüdischen Gemeinde am Jakobsplatz in München.

**Das Bayerische Bündnis für Toleranz ist eine Vernetzungsplattform gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.**

Das Bündnis versteht sich als eine Vernetzungsplattform und wendet sich in erster Linie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, Akteure aus Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften sowie Staat und Kommunen in ihrem Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung miteinander in diesen Anliegen zu vereinen. Außerdem erhalten alle Mitglieder bei ihren eigenen Bestrebungen in diesem Handlungsfeld Unterstützung durch die Geschäftsstelle in Form von Informationsveranstaltungen, Fortbildung und Beratung. Aktuell haben sich 78 bayernweit tätige Organisationen dem Bayerischen Bündnis für Toleranz angeschlossen (Stand März 2020).

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Bündnisses für Toleranz befindet sich seit 2007 im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad, unweit von Wunsiedel entfernt. Wunsiedel war durch die Aufmärsche von extremen Rechten vor zwanzig Jahren der wichtigste Kristallisationspunkt in der Auseinandersetzung mit Neonazis in Bayern. Hier entstand eines der ersten lokalen Bündnisse mit dem Namen „Bunt statt braun!“, hier wird diese Tradition durch das jährlich stattfindende Wunsiedler Forum gepflegt. Personen aus der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung treffen sich mit engagierten Menschen aus der Zivilgesellschaft und diskutieren über aktuelle Themen: z. B. 2018 über die sogenannte „Neue Rechte“, 2019 über die Versuche von Rechtspopulisten, demokratiefördernde politische Bildungsarbeit inner- und außerhalb der Schule zu diskreditieren, da sie angeblich nicht „neutral“ sei.

## Arbeitsweise und Jahresschwerpunktthemen

Die Arbeit des Bündnisses ist zum einen sehr stark durch die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder geprägt. Viele Mitgliedseinrichtungen beschäftigen sich regelmäßig mit den Herausforderungen Rechtsextremismus und Rassismus. Beim Bayerischen Flüchtlingsrat oder AGABY, dem Dachverband der bayerischen Migrations- und Integrationsbeiräte in den Städten und Kommunen, liegen diese Aktivitäten auf der Hand. Aber auch für die Lehrer- und die Wohlfahrtsverbände genauso wie für den Bayerischen Landes-Sportverband und viele andere Mitglieder sind diese Aufgaben inzwischen alltäglich geworden. Um das Spektrum aufzuzeigen, das durch die Mitglieder des Bündnisses für Toleranz eröffnet wird, sei aber hier ausdrücklich auf den Bayerischen Sportschützenbund hingewiesen. Er hat vor einigen Jahren eine Broschüre für seine Übungsleiter in der Jugendarbeit erstellt mit dem Titel „Schützenhilfe gegen rechts!“

**Die Aktivitäten der einzelnen Mitglieder prägen die Arbeit des Bündnisses.**

Damit die große Bandbreite der Mitgliedseinrichtungen einen gewissen Zusammenhalt erfährt, gibt sich das Bündnis seit 2011 ein Jahresschwerpunktthema. Dabei werden unterschiedliche Mitglieder des Bündnisses zu Hauptkooperationspartnern. Im Jahr 2020/21 ist das Thema „Jüdisches Leben in Bayern – Demokratie und Menschenwürde schützen“ geplant.

In den vergangenen Jahren lauteten die Schwerpunkte u. a.

- Toleranz und Sport (2012/13),
- Toleranz und Medien – ARD-Themenwoche durch unser Mitglied Bayerischer Rundfunk (2014),
- Schule und Toleranz (2015/16).
- Partner des Schwerpunkts „Toleranz und ländliche Räume“ im Jahr 2017 war der Bayerische Bauernverband mit seinen drei Jugendorganisationen. Mit der Hauptaktion, dem Wettbewerb „Maibaum für Toleranz“, haben wir versucht, eine Tradition unserer Heimat mit dem Gedanken des Respekts und der Weltoffenheit zu verbinden. Am 1. Mai sprachen ca. 30 Repräsentanten des Bündnisses bei der Maibaumaufstellung „Gemeinsam gut aufgestellt“. Dieses Motto haben Jugendliche der drei Landjugendverbände für die Aktion entwickelt. „Gut aufgestellt“ zu sein, heißt: die eigenen Traditionen kennen und pflegen und gleichzeitig immer wieder neu entdecken. Seine eigenen Wurzeln zu kennen, ist Voraussetzung für Wachsen, für sich Entwickeln – bei Bäumen wie in menschlichen Gemeinschaften.

- Im Jahr 2018 hieß unsere Aktion „Demokratie find‘ ich gut – Demokratie stärken und Menschenwürde schützen“.
- 2019 fand anlässlich der Europawahlen mit „Toleranz und Menschenrechte in Deutschland und Europa“ die bisher größte Veranstaltung des Bündnisses statt. Im niederbayerischen Pfeffenhausen, dem Gewinner des Maibaum-für-Toleranz-Wettbewerbs aus dem Jahr 2017, hat das Bündnis in acht Gasthäusern parallel zwei Talk-Runden mit insgesamt mehr als 1.000 Besuchern veranstaltet. Mehr als 50 prominente Gesprächspartner aus Politik und Gesellschaft waren vor Ort und haben mit den Interessierten über europapolitische Themen und Toleranz und Menschenrechte diskutiert.

### Projektstelle gegen Rechtsextremismus



Mit seiner Projektstelle gegen Rechtsextremismus engagiert sich das Bayerische Bündnis für Toleranz seit 2007 aktiv in der Prävention von menschenfeindlichem Gedankengut, etwa in Workshops und Vorträgen in Schulen, Kirchen, Vereinen oder Organisationen, in Fachtagungen zu spezifischen Themen oder mit Hilfe von Materialien, die zur Verfügung gestellt werden. Die Projektstelle berät und begleitet entsprechende regionale Bündnisse und Bürgerinitiativen bzw. steht als Kooperationspartner zur Verfügung. Daneben veröffentlicht die Projektstelle gegen Rechtsextremismus Artikel in diversen Medien, Fachzeitschriften und Sammelbänden. Die Projektstelle ist mit ihrer Expertise als Ansprechpartner gefragt. Seit 2015 agiert die Projektstelle auch als Träger der Koordinierungs- und Fachstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für Stadt und Landkreis Hof, Landkreis Wunsiedel und Landkreis Tirschenreuth, seit 2019 auch in der Stadt Bamberg.

Den Dialog zu fördern, ist ein großes Anliegen. Seit 2017 bieten wir z. B. bayernweit Seminare zum Perspektivwechsel von Zivilgesellschaft und Polizei an. Die Seminare werben aktiv für gegenseitigen Respekt und sollen alle Teilnehmer für die Herausforderungen der jeweils anderen Seite sensibilisieren.

Zusammen mit den bayerischen Staatsministerien führt die Projektstelle Fachtagungen durch, in denen Erkenntnisse über Intentionen, Programme und Methoden ausgetauscht und Koordinierungsmöglichkeiten ausgelotet werden. Für 2020 ist eine gemeinsame Tagung mit dem Innenministerium über „Feindbilder“ geplant.

## Die Rolle der evangelischen Kirche

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) war von Anfang an der Hauptakteur im Bayerischen Bündnis für Toleranz. Der jeweilige Landesbischof ist Sprecher des Bündnisses, der größte finanzielle Einzelbeitrag kommt von der ELKB und der Sitz der Geschäftsstelle befindet sich im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad. Die Geschäftsstelle ist gleichzeitig auch die Projektstelle gegen Rechtsextremismus für die evangelische Kirche.

**Die evangelische Kirche ist von Beginn an Hauptakteur des Bayerischen Bündnisses für Toleranz.**

Die wesentlichen Unterstützungsangebote der Projektstelle wie Fortbildung, Beratung und Begleitung von Aktivitäten werden insbesondere von Akteuren der ELKB nachgefragt. Wichtige Bausteine für die Arbeit in der ELKB sind:

- das Handlungskonzept der ELKB „Für Gottes gelebte Menschenfreundlichkeit – gegen Rechtsextremismus“: Damit ist die ELKB die erste verfasste Kirche in Deutschland, die systematisch formuliert hat, auf welchen Grundlagen, mit welchen Methoden und mit welchen Zielen sie sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagiert;
- der „Runde Tisch ELKB und Rechtsextremismus“, der zwei Mal jährlich alle relevanten Akteure aus Kirchengemeinden, Dekanaten, Facheinrichtungen, Bildungswerken und Jugendarbeit zum Erfahrungsaustausch zusammenbringt, und
- ein Projektetopf, mit dem Klein- und Kleinstprojekte im Raum der ELKB sehr unbürokratisch und kurzfristig gefördert werden, damit etwa Kundgebungen gegen Neonazis in Bayern nicht an kleinen Geldbeträgen scheitern müssen.

Rechtsextremismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er system- und menschenverachtend ist. Aufgrund dessen kooperiert die ELKB mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, denn diese sind von Rechtsextremismus bedroht und damit aufgerufen, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen. Dabei nutzt die ELKB die Doppelstruktur von Kirche: Kirche ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts, als sogenannte „Amtskirche“, ein Partner für die staatliche Politik. Gleichzeitig ist Kirche aber auch „Kirche vor Ort“. Sie ist in ihren Gemeinden und deren Gruppen oder in ihren Verbänden Teil der Zivilgesellschaft. Dort ist sie regional vernetzt und auf der Handlungsebene aktiv. Damit kann Kirche einen wesentlichen Beitrag für das Zusammenspiel zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren leisten.

///

### **Elisabeth Schönrock**

war von 2015 bis 2020 Referentin im Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ und arbeitet seit 2020 als Referentin im Programmbüro Engagierte Stadt beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Berlin.

Mehr zum Arbeitsbereich und Themenschwerpunkt

■ Web: [www.laendlicher-raum.info](http://www.laendlicher-raum.info)

Mehr zum BBE

■ Web: [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

/// Gemeinsam mehr erreichen

# Engagement belebt das Land

**Ländliche Räume haben thematische Hochkonjunktur. Dörfer und Regionen können auf vielfältige Weise in die Zukunft gehen – aber ohne Vernetzung, Kooperation und Haltung geht wenig. Der Blick über den Tellerrand kann zur Stärkung von Demokratie, Miteinander und Teilhabe beitragen.**

## Einführung

Wer sich engagiert, der bleibt. Das gilt besonders in Hinblick auf ländliche Räume, die sich in einem anhaltenden Umbruch befinden. Weil Angebote für Kultur, Freizeit und Bildung auf dem Land weniger ausgebaut sind, hat Engagement für die Gesellschaft hier einen besonderen Stellenwert. Ob Sportverein, freiwillige Feuerwehr oder Laientheater: Wo Menschen aktiv werden, soziales Miteinander fördern und gemeinsam anpacken, entsteht Sinn, wächst gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Demokratie wird gestärkt. Denn ein demokratisches Zusammenleben bedingt die Beteiligung und das Engagement der Bürger für ihre Mitmenschen und ihr Lebensumfeld. Nur wenn sich möglichst viele beteiligen (können), bleiben Gemeinwesen und Regionen lebendig und vielfältig, inklusiv und attraktiv.

In den meisten ländlichen Regionen ist die Anzahl an Akteuren im Feld der Demokratiestärkung überschaubar – und deshalb ist Vernetzung essenziell. Seit März 2015 wirkten wir mit dem Arbeitsbereich „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ darauf hin, engagierte Akteure und Organisationen, die Themen des ländlichen Raums bearbeiten, gezielt in Austausch zu bringen, Kooperationen anzubahnen und (weiter-) zu entwickeln. Dabei nahmen

**Gerade auf dem Land ist Engagement für die Gesellschaft besonders wichtig.**



Copyright: Ulrich Wessollek, BBE

Abends nach der Probe. Laientheater erfreuen sich auf dem Land immer größerer Beliebtheit.

wir besonders Akteursgruppen aus drei Themenfeldern in den Blick: dem der Demokratiestärkung, der Engagementförderung und der ländlichen Entwicklung. Eigen ist ihnen, dass sie mit je unterschiedlichen Instrumenten, Sichtweisen und Schwerpunkten arbeiten, weswegen gemeinsame Anknüpfungspunkte und eigentlich ähnliche Visionen und Ziele einer aktiven demokratischen Bürgergesellschaft auf den ersten Blick oft nicht ersichtlich sind. Umso wichtiger werden Begegnungs- und Austauschformate, im Rahmen derer unterschiedliche Akteure themenbezogen in den Austausch kommen und gemeinsam Vernetzungsoptionen für die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und gelingender Teilhabe ausloten können. Dazu drei Beispiele aus unserer Projektpraxis.

## **Gemeinsam Demokratie stärken: Partnerschaften für Demokratie und LEADER-Aktionsgruppen im Austausch**

(Fast) Niemand kämpft allein auf weiter Flur. Ländliche Räume als attraktive, inklusive und demokratische Lebensregionen zu gestalten, ist das Ziel verschiedener Gruppen und Zusammenschlüsse; etwa von Partnerschaften für Demokratie (PfD) und LEADER-Aktionsgruppen (LAG). Oftmals wissen sie jedoch (noch) nichts voneinander und handeln parallel. Zusammen aber können sie demokratische Strukturen vor Ort besser stärken und eine Plattform für Bürger, Zivilgesellschaft und Kommunen bilden. In insgesamt drei Barcamps (offene Tagungen mit offenen Workshops) vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Deutschen Vernetzungsstelle ländliche Räume (DVS) wurde unter verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten ausgelotet, welche Kooperations- und Vernetzungsmöglichkeiten den Strukturen entsprechend möglich wären und bereits erprobt wurden.

### **Barcamp I: November 2016 in Bad Blankenburg (Thüringen)**

2016 haben wir zum ersten Mal Vertreter von PfDs aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ mit ihren Kollegen der lokalen Aktionsgruppen des europäischen LEADER-Programms zu einem Barcamp eingeladen. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Themen diese beiden zentralen bundes- und europaweit geförderten Strukturen bewegen und wie der gemeinsame Einsatz für ein demokratisches Zusammenleben vor Ort gelingen kann. Ein Beispiel zum Anfassen und Besichtigen lieferte das Barcamp direkt mit – das Schloss Schwarzburg im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt wird durch einander ergänzende, gemeinsam geplante Projekte von PfD und LAG zu neuem Leben erweckt, restauriert und zu einem „Denkort der Demokratie“ entwickelt.

### **Barcamp II: Juni 2018 in Storkow und Seelow (Brandenburg)**

Der zweite Austausch von PfD und LAG führte uns nach Brandenburg. Weiterhin aktuell war die Frage, wie beide Strukturen gut zusammenarbeiten können, um demokratisches Zusammenwirken vor Ort zu stärken und eine Plattform für Bürger, Zivilgesellschaft und Kommunen zu bilden. Daneben beschäftigte viele der Anwesenden der nicht nur auf dem Land immer deutlicher zu Tage tretende Rechtspopulismus. Während am ersten Tag konkrete Kooperationsmöglichkeiten diskutiert wurden, beispielsweise durch gegenseitige Einbeziehung in die Gremien- und Planungsstrukturen, war am zweiten Tag „Demokratie“ die zentrale Überschrift. Verbunden mit einer Begehung der Gedenkstätte Seelower Höhen (letzter und größter Kriegsschauplatz auf deutschem Boden im Oderbruch) diskutierten die Teilnehmenden über ihre Erlebnisse mit Normalisierungsstrategien rechter und rechtsextremer Akteure sowie über Möglichkeiten und erprobte Maßnahmen gegen abwertende und rechtspopulistische Einstellungen.

### **Barcamp III: Oktober 2019 in der Akademie Waldschlösschen (Niedersachsen)**

Im dritten Barcamp wurde die begonnene Vernetzung weiter vertieft und ein inhaltlicher Fokus auf das Thema Jugendbeteiligung im ländlichen Raum gelegt. Wie funktioniert Jugendpartizipation auf dem Land? Wie können wir engagierte Jugendliche gewinnen und welche Rolle spielen dabei die passenden Formate? Aber auch: Wie können Partnerschaften für Demokratie und LEADER-Regionen an einem Strang ziehen? Welche konkreten Möglichkeiten der Vernetzung und Zusammenarbeit bieten sich innerhalb der beiden Strukturen? Diesen und weiteren Fragen gingen wir mit den Teilnehmenden auf den Grund.

## Kooperation in der Kommune

„Zusammenleben vor Ort – Gemeinsam. Demokratisch. Engagiert“, so lautete der Titel einer vierteiligen Fachwerkstattreihe zwischen September 2017 und September 2018. In Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern haben wir uns gefragt:

Wie funktioniert vor Ort eigentlich das Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft? Was sind Ziele, Gelingensbedingungen, Herausforderungen, Stellschrauben und lessons learned?

Dazu luden wir 35 Experten des Feldes ein, von zivilgesellschaftlich Engagierten über (u. a. ehrenamtliche) Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete, Verbandsakteure, Verwaltungsmitarbeitende und Akteure der ländlichen Entwicklung, um gemeinsam über die Verbesserung der Bedingungen bürgerschaftlichen Engagements in Gemeinden des ländlichen Raums ins Gespräch zu kommen und möglichst vielfältige Perspektiven und Erfahrungen zusammenzutragen. In vier Veranstaltungen arbeitete der feste Kreis an verschiedenen Aspekten des Themas, tauschte sich aus und lernte voneinander. Dabei über klassische Rollenmuster hinaus in den Erfahrungs- und Wissenstransfer zu kommen, stellte für alle einen ungewöhnlich bereichernden Perspektivwechsel dar.

Daraus entstand ein praxisorientierter Handlungsleitfaden für kommunale Akteure, in dem die Ergebnisse der Fachwerkstattreihe aufbereitet wurden. Denn ein florierendes bürgerschaftliches Engagement, bestmöglich unterstützt durch die Kommune, erhöht die Lebensqualität, stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert die demokratische Kultur vor Ort.<sup>1</sup>

**Ein Handlungsleitfaden für kommunale Akteure stellt die Ergebnisse der Fachwerkstattreihe vor.**

## Engagement und Demokratie fördernde Infrastrukturen in ländlichen Räumen

Das dritte Kooperationsbeispiel steht unter der Überschrift: Engagementförderung ist Demokratiestärkung! Insbesondere in peripheren ländlichen Regionen sind Infrastrukturen rar und gute Konzepte gefragt, um strukturell wirksam zu werden. Denn: Während Anlaufstellen für Engagementförderung in Ballungsräumen gut funktionierende Konzepte haben, ist es in dünner besiedelten, mit weiten Wegen verbundenen Regionen schwieriger, Wirksamkeit zu erzeugen und Menschen dauerhaft zu vernetzen.

Deswegen luden wir im April 2016 erstmals Partnerschaften für Demokratie aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ein, gemeinsam mit Vertretern aus Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Mehrgenerationenhäusern, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen in den Erfahrungsaustausch zu kommen über die Möglichkeiten und Instrumente von Engagementförderung und Demokratiestärkung. Gemeinsam arbeiteten die Teilnehmenden die inhaltlichen Verbindungen zwischen den beiden Themenbereichen heraus, identifizierten Schnittstellen der Arbeit und tauschten sich über erprobte Konzepte in ländlichen Räumen aus. Diese Vernetzung wurde mit zwei weiteren Fachwerkstätten vertieft, unter jeweils verschiedenen inhaltlichen Fokussen: 2017 zu Chancen und Herausforderungen demokratiestärkenden Engagements älterer Menschen in ländlichen Räumen und 2019 zum Thema „Digitalisierung“.<sup>2</sup>



Copyright: Ulrich Wessollek, BBE

Sommerfeste in der Nachbarschaft fördern die Gemeinschaft.

## Zu guter Letzt

Wir sind fest davon überzeugt: Die Vernetzung der unterschiedlich Engagierten, die vor Ort und in den Regionen wirken, bringt uns voran! Denn Engagement und Ehrenamt, demokratisches Miteinander und die Entwicklung ländlicher Regionen können aus unserer Sicht nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Wenn sich Menschen aus verschiedenen Bereichen mit ihrer spezifischen Expertise und ihren Ressourcen einbringen, kann das ungeahnte Potenziale in Gemeinden, Kommunen und Landkreisen erschließen. Es geht um die Anstiftung zu eigenem Handeln, um Belebung, um die Ermöglichung von Engagement durch Neuorientierung und Neujustierung in ländlichen Räumen. Wertschätzend zu zeigen, was getan wird, sowie nachzufragen und einzufordern, was dafür gebraucht wird – so wird gelebte Demokratie vor Ort möglich.

Und dafür braucht es die Bemühungen aller: nicht nur eine klare Haltung der Menschen vor Ort, sondern auch förderliche Rahmenbedingungen. Inklusives Engagement und Selbstorganisation sind keine Selbstläufer, sondern bedürfen staatlicher Wertschätzung und tragfähiger Unterstützungsstrukturen.

///

**Die Vernetzung von Engagierten aus unterschiedlichen Disziplinen erschließt neue Potenziale.**

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Mehr zum Prozess und dem Praxisleitfaden unter <https://www.laendlicher-raum.info/spezial/bbe-fachwerkstattreihen/zusammenleben-vor-ort/>
- <sup>2</sup> Die Dokumentationen der einzelnen Veranstaltungen findet man unter <https://www.laendlicher-raum.info/spezial/bbe-fachwerkstattreihen/engagement-infrastruktur/>





# FÜR EINE STREITKULTUR



**Dr. phil. Christian Boeser-Schnebel**

ist Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik  
mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung  
an der Universität Augsburg.

**Florian Wenzel, M.A.**

ist freiberuflicher Trainer und Prozessbegleiter.

/// Beteiligung und Kommunikation neu denken

# Demokratische Streitkultur lernen

**Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist die offene Auseinandersetzung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Werten von hoher Bedeutung. Mit den Formaten „Dorfgespräch“, „Lange Nacht der Demokratie“ und „Politik wagen“ werden drei konkrete Praxisprojekte vorgestellt, die dem Rechnung tragen.**

## Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

„Auf die Frage, was hält individualisierte Gesellschaften zusammen, gibt es eine schlichte Antwort: geteilte Selbstverständlichkeiten, die so selbstverständlich sind, dass sie als solche gar nicht mehr erscheinen“.<sup>1</sup> Doch was können diese Selbstverständlichkeiten sein? Bezogen auf Herkunft, Religion oder Werte leben wir in einer sehr heterogenen Gesellschaft. Unterschiede sind hier ebenso selbstverständlich wie ein Grundkonsens darüber, dass diese Unterschiedlichkeiten, so lange sie sich innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen, zu akzeptieren sind. Und damit stellt sich die Frage, wie Regeln des gemeinsamen Zusammenlebens so gestaltet werden können, dass sie den Zusammenhalt, konkret die Bereitschaft zur Einhaltung der Regeln, fördern. Für diesen Prozess sind sowohl akzeptierte Verfahren, z. B. der parlamentarisch-demokratische Entscheidungsprozess, als auch eine politische Kultur von Bedeutung, die auch diejenigen zu berücksichtigen versucht, die sich nicht oder nur wenig in den vereinbarten Regeln wiederfinden können.

**Die Regeln des gemeinsamen Zusammenlebens sollten den Zusammenhalt fördern.**

*„Wir müssen reden. Wir müssen dringend an der Kommunikationsstörung arbeiten, die inzwischen die Substanz der Demokratie untergräbt. Unserer Gesellschaft fehlt es an Orten der Begegnung für unterschiedliche Schichten und Milieus, es fehlt an Formaten des offenen Diskurses in einer Kultur des Zuhörens und Argumentierens, in der der Hass keine Chance hat.“<sup>2</sup>*

Jürgen Wiebicke

Grundlage dieser politischen Kultur ist die offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Interessen und Werte. Eine Auseinandersetzung, die nicht feindselig aber eben doch auch „offen“ sein muss. Offen hinsichtlich der Artikulation eigener Bedürfnisse und offen bezogen auf die Bedürfnisse, welche die Anderen nennen.

Aktuell haben wir in unserer Gesellschaft hier zwei Probleme: zum einen die Tendenz, die offene Auseinandersetzung zu vermeiden, und zum anderen einen Hang zur Feindseligkeit gegenüber dem Andersdenkenden, insbesondere, wenn sich die Unterschiede auf konflikträchtige Themen wie Integration, Klimaschutz oder Gender beziehen. Die jüngste Shell-Jugendstudie bestätigt dies, wenn sie zum Ergebnis kommt, dass 56 % der befragten Jugendlichen Angst haben „vor einer wachsenden Feindseligkeit zwischen Menschen, die unterschiedlicher Meinung sind“.<sup>3</sup> Und auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier forderte in seiner Weihnachtsansprache 2018: „Wir müssen wieder lernen, zu streiten, ohne Schaum vorm Mund, und lernen, unsere Unterschiede auszuhalten. Wer Streit hat, kann sich auch wieder zusammenraufen. [...] Sprechen Sie mit Menschen, die nicht Ihrer Meinung sind!“<sup>4</sup>

## Demokratische Begegnungsformate

Wie lässt sich demokratische Streitkultur lernen? Wir brauchen demokratische Begegnungsformate, in denen Beteiligung und Kommunikation neu gedacht werden – und eine offene Auseinandersetzung zwischen Andersdenkenden gelebt wird.

Solche Begegnungsformate wurden im Kontext des Netzwerks Politische Bildung Bayern entwickelt, einem seit 2006 bestehenden Multiplikatorennetzwerk, welches am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung der Universität Augsburg angesiedelt ist. Ziele dieses Netzwerks sind die Kooperation von schulischer und außerschulischer politischer Bildung, der interdisziplinäre Austausch und die Verzahnung von Theorie und Praxis.<sup>5</sup>



Copyright: Kathrin König

Das Logo symbolisiert ein Dialogprojekt, um unterschiedlichste Dorfbewohner miteinander ins Gespräch zu bringen.

### Dorfgespräch – ein demokratischer Suchprozess

In einem Dialogprojekt im ländlichen Raum wurde 2017 versucht, das Dorf als Ausgangspunkt zu nehmen, um quasi die Gesamtheit der Gesellschaft in einen Raum zu bringen und einen intensiven Austausch von alteingesessenen Bürgern, Vereinsverantwortlichen, Neuzugezogenen, der Nachbarschaftshilfe, einem Helferkreis, Geflüchteten, engagierten Einzelbürgern, Bewohnerinnen eines Mutter-Kind-Heims, Senioren und Kindern etc. zu ermöglichen.<sup>6</sup> Damit wurde weniger ein klassischer „interkultureller Dialog“ initiiert, wie er in der Arbeit mit Geflüchteten zu beobachten ist. Vielmehr wurde die aktuelle gesellschaftliche Realität als Ausgangspunkt genommen, um neue Wege und Orte der Kommunikation zu eröffnen und sich überraschen zu



Copyright: Doerthe Winter-Berke

Ein Bierzelt ist eine hervorragende Begegnungsstätte für „Dorfgespräche“.

lassen von der Vielfalt, welche gerade im Dorf oft in unmittelbarer Nachbarschaft existiert, aufgrund der zunehmend wegfallenden alltäglichen Begegnungsorte aber immer weniger in einen aktiven Austausch kommt.

In einer zweimonatigen Vorbereitungsphase des „Dorfgesprächs“ wurden ca. 40 Schlüsselpersonen des Dorfs kontaktiert. Sie wurden zu ihren Assoziationen zum Dorf befragt, teilten ihre Einschätzung der Ressourcen im Dorf mit und diskutierten mit den Initiatoren, wie sie einen Erfolg des Dialogprojekts definieren würden. Auf dieser Basis wurden drei „Dorfgespräche“ mit jeweils drei Stunden geplant, die möglichst viele sehr unterschiedliche Dorfbewohner in einen intensiven Dialog mit vielen persönlichen Begegnungen und temporeicher Interaktion brachten. Gerade das Thema der Alteingesessenen („Kommt doch zu unserem Verein!“) und Neuzugezogenen („Auf mich geht keiner zu, das ist ja eh nur ein geschlossener Club“) wurde zum Exempel der allgemeinen Notwendigkeit der Verständigung zwischen verschiedenen Perspektiven auf das Dorf: Die bestehende gegenseitige Wahrnehmung kann sich negativ verstärken und zu einem „Teufelskreis“ der gegenseitigen Ablehnung führen. Alteingesessene sehen, dass Neuzugezogene vielleicht nicht so präsent in manchen Vereinen oder am Stammtisch sind und meinen: „Die sind verschlossen“. Neuzugezogene haben das Gefühl, dass in bestehenden Strukturen kein Platz für sie ist und denken ebenfalls: „Die sind verschlossen“. Dies zeigt eine Wechselwirkung mit identischer Wahrnehmung: Von jeder Seite wird der Andere als das „Problem“ angesehen und es entsteht kein Dialog miteinander.

Der Perspektivenwechsel beim „Dorfgespräch“ und die Aufforderung, mit Unbekannten ins Gespräch zu kommen, zeigte unter anderem, dass gerade auch Neuzugezogene und Menschen, die vermeintlich am Rand des Dorfes stehen, unerwartete Ressourcen sowie die Fähigkeit besitzen, den Alteingesessenen neue und ganz andere Blickwinkel auf das Dorf zu ermöglichen.

### Lange Nacht der Demokratie – ein neues Begegnungsformat

Aus der Beobachtung heraus, dass sich das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern verschlechtert und dass sowohl politische Bildung als auch Medien diese Entfremdung zum Teil begünstigen, entstand die Idee zu einer „Lange Nacht der Demokratie“ als niederschwelligem Begegnungsformat im öffentlichen Raum, an einem zentralen Ort einer Kommune, wo Politiker, Journalisten, politische Bildner und Bürger auf gleicher Augenhöhe in einen Austausch kommen. Ziel war es, einen gemeinsamen öffentlichen Raum zu schaffen, wo Wertschätzung und Inspiration für Demokratie durch Begegnungen ermöglicht werden.

**Politiker, Journalisten, politische Bildner und Bürger können auf Augenhöhe in Austausch kommen.**

Die „Lange Nacht der Demokratie“ fand erstmals vom 2. auf den 3. Oktober 2012 mit über 350 Personen in der Neuen Stadtbücherei in Augsburg statt. Im Jahr 2018 wurde sie als Projekt des Wertebündnisses Bayern<sup>7</sup> in zehn Kommunen zeitgleich vom 15. auf den 16. September durchgeführt.

Der „Lange Nacht der Demokratie“ 2018 ging sowohl bayernweit als auch in den beteiligten Kommunen ein ca. einjähriger Planungsprozess voraus. Als entscheidend für den Erfolg des Projekts hat sich die Qualität des Planungsprozesses selbst erwiesen. Die Ressourcen Vertrauen, persönliche Begegnung und konsequente Wertschätzung führten dazu, dass der Planungsprozess sehr offen war und bereits hier Demokratie nicht nur erlebt, sondern eingeübt und nachvollzogen werden konnte. Eine persönliche Beteiligung der Mitwirkenden führte zu starker Identifikation mit dem Projekt, was wiederum die weitere Beteiligung sicherte und stärkte. Neben dem konkreten Event, der eigentlichen „Lange Nacht der Demokratie“, zielte das Projekt auch auf die Vernetzung vor Ort: Die Zusammenarbeit von u. a. Jugendverbänden und Volkshochschulen in den jeweiligen Kommunen brachte Akteure der politischen Bildung zusammen, die bislang nicht oder nur wenig miteinander kooperiert hatten.

Die nächste „Lange Nacht der Demokratie“ findet in Bayern am 2. Oktober 2020 – der Nacht vor dem Jubiläum 30 Jahre Deutsche Einheit – in über 30 bayerischen Kommunen statt.<sup>8</sup>

## Politik wagen – Streitkultur fördern

„Politik wagen“ basiert auf einer langjährigen theoretischen und praktischen Auseinandersetzung im Rahmen eines Forschungs- und Konzeptentwicklungsprojekts. War anfangs das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern im Fokus, ist seit einigen Jahren auch die grundsätzliche Diskursfähigkeit zwischen politisch Andersdenkenden in unserer Gesellschaft zentrales Thema. In über 300 Workshops und Vorträgen wurden mit ganz unterschiedlichen Zielgruppen wichtige Erfahrungen gesammelt, die in die Konzeptentwicklung bzw. -weiterentwicklung eingegangen sind.<sup>9</sup>

### Wie geht man mit Parolen und populistischen Statements um?

Das Konzept zielt auf die Förderung der Streitkultur gerade auch im Umgang mit denjenigen, die sich auf eine Art und Weise äußern (beispielsweise in Stammtischparolen), dass ihnen von Kritikern die Diskursfähigkeit abgesprochen wird. Konkret geht es darum, zwei problematische Reaktionsmuster auf Stammtischparolen bzw. populistische Statements in Frage zu stellen, nämlich zum einen die Diskursvermeidung und zum anderen die Eskalation hin zu einem feindseligen Konfliktverhalten.

Statt Argumente und Argumentationstechniken in den Mittelpunkt zu rücken, wird bei „Politik wagen“ die eigene Haltung gegenüber dem Andersdenkenden reflektiert und es werden Strategien eingeübt, wie in der Balance von eigener Positionierung und Offenheit gegenüber der Position des Anderen ein demokratischer Diskurs gelingen kann. Für viele sehr überraschend: Manchmal hat die interessierte Nachfrage einen höheren Lerneffekt als das vorschnell vorgetragene Gegenargument.

„Politik wagen“ reagiert auf einen wachsenden gesellschaftlichen Bedarf, der sich inzwischen nicht nur bei klassischen Bildungsträgern wie Schulen, Volkshochschulen oder Stiftungen zeigt, sondern auch bei Institutionen wie Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei oder Verwaltungen. Hintergrund dafür ist, dass unsere Gesellschaft aktuell insbesondere bezogen auf die Themen Flüchtlinge, Integration, Islam und Sicherheit gespalten ist. Dies zeigt sich nicht nur in der Feindseligkeit beispielsweise zwischen AfD und Grünen oder in der Zerrissenheit der Volksparteien, sondern auch darin, dass in den Familien, in der Nachbarschaft oder bei der Arbeit Menschen miteinander zu tun haben, die bei diesen Themen ganz unterschiedliche Auffassungen haben.<sup>10</sup>

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Beck, Ulrich: Kinder der Freiheit, Frankfurt a. M. 1997, S. 385.
- <sup>2</sup> Wiebicke, Jürgen: Zu Fuß durch ein nervöses Land. Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält, Köln 2016.
- <sup>3</sup> Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun: Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie, Weinheim und Basel 2019, S. 15.
- <sup>4</sup> <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2018/12/181225-Weihnachtsansprache-2018.pdf>, Stand: 10.2.2020.
- <sup>5</sup> Boeser-Schnebel, Christian / Kral, Gerhard / Sell, Michael (Hrsg.): Mehr Demokratie (er)leben! Beispiele gelungener Politischer Bildung, Ulm 2015.
- <sup>6</sup> Wenzel, Florian / Boeser-Schnebel, Christian: Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, Bonn 2019.
- <sup>7</sup> Das im Jahr 2010 gegründete Wertebündnis Bayern vereint über 160 Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, darunter Kirchen, Religionsgemeinschaften, Lehrer- und Elternverbände sowie Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.
- <sup>8</sup> Weitere Informationen finden sich unter: <https://www.lange-nacht-der-demokratie.de>, Stand: 10.2.2020.
- <sup>9</sup> Boeser-Schnebel, Christian / Hufer, Klaus-Peter / Schnebel, Karin B. / Wenzel, Florian: Politik wagen. Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts. 2016.
- <sup>10</sup> Weitere Informationen, Veranstaltungsformate und Medienberichte finden sich unter: [www.politik-wagen.de](http://www.politik-wagen.de), Stand: 10.2.2020.



**Dr. Ina Schildbach**

ist Projektleiterin für das Kompetenzzentrum Demokratie und Menschenwürde bei der Stiftung Bildungszentrum der Erzdiözese München und Freising sowie Lehrbeauftragte an der KSH München und TH Nürnberg.

/// Kann man mit „Rechten“ reden?

# Dem Rechtspopulismus widerstehen

**Soll man mit Vertretern rechtspopulistischer Weltanschauungen überhaupt in den Dialog treten? Und wenn ja, was gilt es hierbei zu beachten? In diesem Beitrag werden einige Denkanstöße zum möglichen Umgang mit Rechtspopulisten gegeben und zugleich Grenzen der Argumentation aufgezeigt.**

## Den Diskurs suchen?

„Mit Rechten reden?“ – seit dem weltweiten Erfolg der Rechtspopulisten ist eine Debatte darüber entbrannt, ob man mit Vertretern dieser politischen Richtung den Diskurs suchen soll. Dahinter steht die Frage, ob sie einer vernünftigen Ebene zugänglich sind oder ob die offene Argumentation nicht zielführend ist, weil es sich beim Rechtspopulismus zum Beispiel nicht um eine politische Weltanschauung handelt, sondern vielmehr um eine Art des „Nicht-Denkens“ bzw. der Dummheit oder gar um einen Wahn, der sich in seiner eigenen Blase selbstreferentiell bestätigt. An dieser Stelle fehlt der Raum, um ausführlich darauf einzugehen, inwiefern Entpolitisierung und partiell auch Pathologisierung meines Erachtens höchst problematisch sind. Der folgende Beitrag erläutert – ausgehend von einer positiven Beantwortung der eingangs gestellten Frage – mögliche Umgangsweisen und zeigt zugleich auch die Grenzen des Dialogs auf.

**Rechtspopulismus sollte als politische Weltanschauung ernst genommen werden.**

## Gesprächsvorbereitung

Da die Konfrontation mit rechtspopulistischen Gedanken inzwischen keine Seltenheit mehr darstellt, sondern vielmehr unabhängig von einem im engen Sinne politischen Kontext im Alltag und privaten Bereich zu erwarten ist, ist es ratsam, sich bereits vorab mit einer entsprechenden Situation zu beschäftigen: Würde ich mir eine Debatte zutrauen oder gehe ich ihr lieber aus dem Weg – vielleicht auch, weil ich die argumentative Auseinandersetzung als nicht zielführend einschätze? In jedem Fall sollten die Implikationen und Konsequenzen der jeweiligen Antwort reflektiert werden.

Wird die Frage mit „ja“ beantwortet, könnte als erster Schritt eine kritische Reflexion der eigenen Werte und Grundprinzipien sowie eine Zielklärung erfolgen: Wie stehe ich zu zentralen Themen der Rechtspopulisten wie Volk, Nation, Demokratie, Multikulturalismus, Islam und Menschenrechte? Häufig neigt man dazu, sich beispielsweise grundsätzlich für Menschenrechte auszusprechen, ohne die argumentativen Grundlagen und damit auch die Kritik an den Konzepten zu kennen. Das macht im Gespräch angreifbar. Natürlich kann die Aufgabe nicht darin bestehen, alle potentiellen Gegenargumente a priori vorwegzunehmen und sich damit selbst in den theoretischen Ansprüchen zu überfordern. Dennoch sollte die Positionierung für Demokratie und Menschenrechte über eine intuitive Befürwortung hinausgehen – zum Beispiel durch eine intensivere Auseinandersetzung in eines der von unterschiedlichsten Einrichtungen angebotenen Argumentationstrainings oder mit Hilfe von einem der zahlreichen Leitfäden (siehe Literaturhinweise am Ende des Beitrags).

## Die Ziele des Gesprächs klären

**Ob man überzeugen oder verstehen will, muss man mit sich selbst klären.**

Auch die Frage nach den Zielen eines möglichen Gesprächs kann vorab geklärt werden: Habe ich den Anspruch, mein Gegenüber von meiner Position zu überzeugen oder möchte ich sie „nur“ verstehen? Soll ein Konsens erreicht werden oder bin ich auch zu einem Kompromiss bereit – also dazu, eventuell meine eigene Position im Lichte der Aussagen des Gegenübers zu relativieren oder gar zu revidieren? Die Klärung dessen hilft, eigene Überforderungen und Enttäuschungen zu vermeiden, auch wenn die Ziele im Laufe eines konkreten Gesprächs selbstverständlich modifiziert werden können.

Nach dieser Selbstvergewisserung kann man sich in einem zweiten Schritt dem Standpunkt des Gegenübers zuwenden. Dabei ist vor allem wichtig, dass es „den Rechtspopulismus“ und insofern „den Rechtspopulisten“ nicht gibt, sondern er vielmehr eine im Weberschen Sinne idealtypische Konstruktion darstellt. Tatsächlich existiert eine große Bandbreite von politischen Anschauungen, die keineswegs in sich kongruent sein müssen.<sup>1</sup> Wähler der „Freiheitlich Demokratischen Partei Österreich“ oder der „Alternative für Deutschland“ werden kaum allen parteipolitischen Programmpunkten zustimmen und begründen ihre Wahlentscheidung eventuell mit einigen wenigen Themenfeldern.

### Wo steht mein Gegenüber?

Im Kontext des Rechtspopulismus scheint es dabei zentral, die Stellung meines Gegenübers zu den nationalradikalen Positionen zu klären: Steht ein gefestigtes Weltbild hinter der parteipolitischen Unterstützung oder handelt es sich um diffuse Ängste, die sich im Gespräch konkretisieren lassen? Durch präzises Nachfragen, in dem der Gesprächspartner ernst genommen wird, können diese Fragen geklärt werden. Meines Erachtens ist es hierbei wichtig, das Gegenüber nicht in eine Ecke zu drängen und die Klärung des anderen Standpunkts primär als Unterstützung der eigenen Diskussionsfähigkeit zu verstehen. Insofern sollte man dem anderen also nicht sagen: „Du bist also ein Rassist / ein Nazi / ein Islamgegner“ etc., sondern vor allem zur eigenen Reflexion der nächsten Schritte die politischen Anschauungen des Gesprächspartners klären. Hierbei können Nachfragen unterstützen: „Habe ich das also richtig verstanden, dass du denkst...?“, um mögliche Missverständnisse zu vermeiden und den anderen zur Präzisierung seiner Ansichten zu bringen.

Offenbaren sich manifeste menschenverachtende Einstellungen, indem anderen Menschen ihre Gleichwertigkeit abgesprochen wird, und zeigt sich ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, indem beispielsweise auch Fakten bestritten werden („Den Holocaust hat es nie gegeben“ etc.), ist die Grundlage eines Dialoges entzogen. In einem solchen Fall kann lediglich konstatiert werden, dass die vernünftige Auseinandersetzung an ihre Grenze stößt und die Ablehnung entsprechender Äußerungen aufgrund der eigenen Prinzipien bekräftigt werden.

**Präzises Nachfragen  
beim Gesprächspartner  
lässt die politische  
Einstellung erkennen.**

**Durch Erkennen der Motive für rechtspopulistisches Gedankengut kann man argumentativ gegensteuern.**

## Woher kommt das rechtspopulistische Gedankengut?

Im Falle von verunsicherten und enttäuschten Bürgern, die auf Basis von bestimmten Sorgen und Unzufriedenheit ihre Wahlentscheidung getroffen haben, eröffnen sich Ansatzpunkte für den nächsten Schritt des Gesprächs: Weiß man, worin die Motivation für das rechtspopulistische Gedankengut liegt, kann man sich diesem Thema zuwenden und versuchen, die rechtspopulistischen Narrative zu durchbrechen. Damit ist gemeint, dass gesellschaftliche, politische und soziale Probleme – die man übrigens nicht bestreiten sollte, nur, weil sie von dieser politischen Richtung angesprochen werden – häufig mit bestimmten Deutungsmustern belegt werden, die einer genaueren Prüfung nicht standhalten. So heißt es zum Beispiel in einer Überschrift des AfD-Wahlprogramms: „Sozialpolitik und Zuwanderung“<sup>2</sup>, wodurch ein Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und den Ausgaben hierfür auf der einen und Fragen der Migration auf der anderen Seite konstruiert wird. „Weil wir so viele Geflüchtete hier aufgenommen haben, bekomme ich so wenig Rente“, könnte etwa eine entsprechende Klage lauten. Tatsächlich handelt es sich hier um eine nicht zutreffende Verbindung zweier Politikfelder und im Extremfall sogar um eine irrtümlich postulierte Kausalität, die im Gespräch dekonstruiert werden kann.<sup>3</sup>

## Durch Argumente überzeugen

Entsprechende Argumentationsmuster wie diese falsche Verknüpfung von Fragen der Sozialpolitik und der Migration, von generalisierenden, kontrafaktischen Aussagen über „den Islam“, „dem fernen Brüssel“ oder „unserer abendländischen Kultur“ sind feste Bestandteile des rechtspopulistischen Weltbildes.<sup>4</sup> Diese Narrative zu erkennen und zu durchbrechen kann dabei helfen, das Gegenüber vielleicht nicht unmittelbar zu überzeugen, jedoch – sofern sich auf die Gegenargumente tatsächlich eingelassen wird – Zweifel zu säen und insofern ein Stückweit an seinem rechtspopulistischen Weltbild zu kratzen. Denn wer möchte schon zugestehen, dass er an seinem politischen Standpunkt trotz Widerlegung seiner vermeintlichen Argumente daran festhält?

///

### Weiterführende Literatur für Rhetoriktipps und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parolen

Boeser-Schnebel, Christian / Hufer, Klaus-Peter / Schnebel, Kathrin / Wenzel, Florian / Drewelow, Heike: Politik wagen: Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts. 2016.

Horaczek, Nina / Wiese, Sebastian: Gegen Vorurteile: Wie du dich mit guten Argumenten gegen dumme Behauptungen wehrst, Wien 2017.

Migrationskonferenz der DBK (Hrsg.): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Bonn 2019.

Schildbach, Ina: Artikelserie in „Gemeinde creativ“ 2019, in der je eine Parole behandelt wird.

Zorn, Daniel-Pascal: Logik für Demokraten. Eine Anleitung, Stuttgart 2017.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Heitkamp, Sven: Politikstunde mit Rechten, in: Erziehung & Wissenschaft 4/2019, S. 10.
- <sup>2</sup> Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Wahlprogramm der AfD für die Wahl zum Deutschen Bundestag, S. 56, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf), Stand: 2.2.2020.
- <sup>3</sup> Vgl. zu konkreten Parolen beispielsweise die von der Autorin publizierte Artikelserie in „Gemeinde creativ“ im Erscheinungsjahr 2019.
- <sup>4</sup> Seeßlen, Georg: Der semantische Bürgerkrieg, in: Erziehung & Wissenschaft 4/2019, S. 20-21.



**Silke Franke**

ist Referentin für Umwelt und Energie, Städte, Ländlicher Raum  
in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,  
Hanns-Seidel-Stiftung München.

/// Handlungsempfehlungen

# Vorgehensweisen gegen Rechts

**Die Autoren der vorhergehenden Beiträge haben aus ihrer Sicht geschildert, mit welchen rechtspopulistischen und rechtsextremen Situationen sie in ihrer Arbeit umgehen müssen und welche Handlungsansätze Demokratie stärken können. Nachfolgend haben wir für Sie die wichtigsten Punkte übersichtlich zusammengefasst.**

## Politische Bildung

Erklären, wie das politische System funktioniert und warum wir eine „wehrhafte“ Demokratie brauchen. Demokratische Grundsätze – Errungenschaften der Demokratie. Was macht den „mündigen“ Bürger aus?

## Persönlichkeitsbildung

Selbstvertrauen und Urteilsfähigkeit stärken. Eigen- und Fremdwahrnehmung schulen. Zur Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung (eigene Ressentiments) gegenüber anderen anregen. Den Umgang mit dem Gegenüber in bestimmten (kritischen) Situationen schulen.

## Rhetoriktraining

Debattenkultur lernen und pflegen, etwa in Gemeinderatssitzungen und anderen Versammlungen oder beim Stammtisch. Dem Gegenüber zuhören, ihn ernst nehmen, Argumente austauschen.

Miteinander reden, Rechtsextremen aber keine Plattform bieten. Auch selbst pauschale Diskriminierungen vermeiden.

## **Empowerment: Haltung zeigen**

Eine klare Linie nach rechts außen ziehen. Sich trauen, gegenüber Populisten oder Radikalen eigene Standpunkte zu vertreten.

Menschen ermutigen und befähigen, Stellung zu beziehen und Solidarität mit Betroffenen zu zeigen. Argumentationshilfen erstellen, die rechtsextreme Inhalte analysieren und ihnen Fakten und Werte entgegenhalten. Rechtspopulistische Instrumentalisierungen offenlegen und darstellen, wie demgegenüber bewusst „demokratische Konzepte“ definiert werden könnten (Beispiel Heimatbegriff).

## **Menschen schützen**

Jene unterstützen, die Haltung zeigen und die – wie etwa Rettungskräfte, Polizisten und Kommunalpolitiker – tagtäglich an exponierter Stelle ihre Arbeit verrichten.

Ihnen vor Ort Beratung bieten, wie sie mit Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen umgehen können.

Den strafrechtlichen Schutz mit Blick auf üble Nachreden und Verleumdungen verbessern. Notwendige Personalkapazitäten z. B. in den Staatsanwaltschaften aufbauen.

## **Verantwortungsvollen Umgang mit Medien fördern**

Journalisten sensibilisieren, inwiefern ihre Berichterstattung eine Situation auch eskalieren lassen kann oder jenen eine Plattform verschafft, die zu einer Spaltung der Gesellschaft beitragen wollen.

Bürger in der Urteilsfähigkeit von „Meinungsmache“ schulen – insbesondere in den sozialen Medien.

## **Mit den Gruppierungen vor Ort auseinandersetzen**

„Erkennen, verstehen, handeln“. Den Fehler vermeiden, den Grad an Organisierung und Ideologisierung von z. B. einer Rechtsrockszene oder Neonazistrukturen vor Ort zu unterschätzen.

Systematisch formulieren, auf welchen Grundlagen, mit welchen Methoden und Zielen man sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagiert.

Mit Betroffenen sprechen. Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus wahrnehmen und das gesellschaftliche Engagement für Demokratie wecken.

## Politikverdrossenheit ernst nehmen

Sich nicht durch laute Parolen von den wahren Problemen ablenken lassen. Die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Zeigen, dass sie wahrgenommen werden und dass an der Lösung der eigentlichen Probleme tatsächlich gearbeitet wird – häufig sind es jene, die bei den Menschen das Gefühl auslösen, benachteiligt zu sein.

Die Belange und Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen, sozialen Schichten und Teilräume berücksichtigen. Hier gilt es auch, entsprechende Forschungen zu unterstützen, um pauschale Annahmen (z. B. zu „dem ländlichen Raum“) auch revidieren zu können.

## Teilhabe – Das „Wir“ stärken

Mitwirkung und Mitbestimmung ermöglichen: Raum für bürgerschaftliches Engagement bieten und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen. Zielgruppenspezifische Zugänge schaffen, wie etwa für die Jugend.

Demokratiebilanzen erstellen: Wie gut sind die Rahmenbedingungen für die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten? Wie nehmen diese die Angebote wahr?

Neue Begegnungs-, Beteiligungs- und Dialogformate erproben. Zu einem Perspektivwechsel einladen. Mehr Augenmerk auf Wertehaltungen legen: Wer sind „Wir“? Räume bieten, wo Menschen etwas gestalten und bewirken können, insbesondere für Jugendliche. Bürger zur gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens motivieren. Nicht nur auf Defizite schauen, sondern vor allem auch die vor Ort vorhandenen Stärken wahrnehmen und dort ansetzen.

An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an alle Autoren – nicht nur für Ihre Textbeiträge, sondern auch für Ihren Einsatz, Demokratie lebendig zu halten. ///

Die Hanns-Seidel-Stiftung bietet ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm, von Expertenrunden, die sich mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinandersetzen, bis hin zu Argumentationstrainings vor Ort.

Besuchen Sie uns auf

[www.hss.de](http://www.hss.de)



## Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –  
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den  
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –  
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?  
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:  
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische  
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten  
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik – Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –  
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –  
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des  
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –  
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –  
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –  
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in  
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –  
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der  
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:  
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?  
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –  
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –  
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –  
China’s Silk Road Initiative and the European Union:  
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –  
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –  
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –  
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken



## IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-583-0
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: <a href="mailto:info@hss.de">info@hss.de</a> , Online: <a href="http://www.hss.de">www.hss.de</a>
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Claudia Magg-Frank (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



Hanns  
Seidel  
Stiftung

